KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 140 November/Dezember 2008 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 140 November/Dezember 2008 berichten wir über:

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark	20 dkr.
Großbritannien	2 bp.
Norwegen	20 nkr.
Schweden	20 skr.
Schweiz	4 sfr.

Titelbild:
Demonstration am 19.10. in Urfa
Foto: DIHA

Rückseite:
Demonstration am 4.10. in Hasankeyf; Foto: DIHA

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Massenhafte verschiedenste Proteste gegen die Misshandlung Abdullah Öcalans Fotos: DIHA

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

während diese Zeilen geschrieben werden, toben in vielen Städten Kurdistans Straßenschlachten zwischen kurdischen Demonstranten und türkischen „Sicherheits"kräften. Auslöser der Proteste ist der physische Angriff auf den kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan in seiner Zelle auf der Gefängnisinsel Imralı. Seine Anwälte erklärten am 16. Oktober gegenüber der Presse, ihr Mandant habe ihnen am Vortag im Gespräch mitgeteilt, dass er die Woche zuvor von Gefängnispersonal in einen Nebenraum gezerrt, von drei Personen zu Boden gedrückt und seine Zelle verwüstet worden sei. Als er gegen diese brutale Maßnahme protestiert habe, sei ihm ausdrücklich seine Ermordung angedroht worden.

Nach Bekanntwerden dieser Nachricht gingen auch schon Kurden gegen diesen Angriff auf die Straßen. Nicht nur in den kurdischen Städten, sondern auch in vielen europäischen Städten kam es zu Demonstrationen, Kundgebungen oder Besetzungen. Heute kam dabei in Doğubeyazıt ein Kurde durch Schüsse der Sicherheitskräfte ums Leben und viele wurden verletzt. Die Zahl der Festgenommenen müsste sich auf Hunderte belaufen. Die Bilanz der seit drei Tagen andauernden Konfrontationen ist momentan gar nicht zu überblicken.

Seit einigen Tagen war zudem bekannt, dass der türkische Ministerpräsident Erdoğan zur Eröffnung der Abteilung für Brandopfer an der medizinischen Fakultät der *Dicle-Universität* heute Diyarbakır besuchen werde. Die *Volksinitiative Diyarbakır* rief zu Boykott und Intifada auf. 90 % der Geschäfte blieben heute aus Protest geschlossen, viele Schülerinnen und Schüler boykottierten die Schule und Fahrzeuge wurden nicht benutzt. In vielen Stadtteilen versperrten Barrikaden schon vor Erdoğans Ankunft Panzern, Polizisten und Soldaten den Weg. Die *Volksverteidigungskräfte* HPG erklärten alle für diesen Angriff auf Öcalan Verantwortlichen zum Angriffsziel. Bei den von den Morgenstunden bis zum späten Abend anhaltenden Auseinandersetzungen setzte die aus benachbarten Provinzen verstärkte Polizei Schusswaffen, Pfeffer- und Tränengas, Wasserwerfer ein.

Die Studentinnen und Studenten der *Dicle-Universität* zündeten aus Protest einige Bereiche der Universität an und hängten Transparente auf. Neben der Eröffnung traf Erdoğan den Gouverneur und besuchte das Büro seiner Partei. Er verließ Diyarbakır, ohne unter die Menschen zu gehen.

Trotz dieser angespannten Situation gibt es keine offizielle Erklärung der Regierung, die zur Entspannung beitragen könnte. Der Justizminister hat lediglich die Behauptung vom Übergriff gegen Öcalan zurückgewiesen. Eine ähnliche Haltung hatte die AKP-Regierung auch beim Giftangriff auf Öcalan im letzten Jahr gezeigt und hat den Vorwurf bis heute nicht entkräften können.

Die Entwicklungen der letzten Monate weisen darauf hin, dass die AKP gemeinsam mit der Armee auf totale Konfrontation setzt. So wurde die parlamentarische Bevollmächtigung der Armee für grenzüberschreitende Operationen um ein weiteres Jahr verlängert und es vergeht seitdem kaum ein Tag, an dem türkische Kampfflugzeuge Südkurdistan nicht bombardieren. Kurden sind in verschiedenen Städten Lynchangriffen organisierter ziviler Faschisten ausgesetzt, und nun der Angriff auf Öcalan. Jeder erkennt darin die Absicht, die kurdische Bevölkerung zu provozieren, um einen Bürgerkrieg entfachen zu können.

In der vorliegenden Ausgabe des *Kurdistan Reports* wird diese gefährliche Entwicklung aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Wir bedauern sehr, Ihnen keine Texte positiveren Inhalts anbieten zu können. In der Hoffnung, dass diese Phase die schlechteste in Kurdistan sein möge, wünschen wir Ihnen eine informative Lektüre.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Bumerang – die militärische Lösung der kurdischen Frage

Songül Karabulut

Es ist jetzt ein Jahr her, dass das türkische Parlament das Militär zu grenzüberschreitenden Militäraktionen bevollmächtigte. Das Militär hat diese Vollmacht auch genutzt, um sein eifriges Vorhaben, das Nachbarland Südkurdistan (Nordirak) von den PKK-KämpferInnen zu säubern, zu verwirklichen. Das vergangene Jahr war folglich von einem nationalen Konsens über das alte Vorhaben bestimmt, die kurdische Frage militärisch zu lösen. Alle staatlichen Institutionen sprachen dieselbe Sprache, von Differenzen zwischen der AKP-Regierung und Militärs war nichts mehr zu hören, auch die Opposition bejubelte das Vorhaben. Bei unterschiedlichen Treffen mit PressevertreterInnen wurde auch dafür Sorge getragen, dass die Presse in diesem Konzept den Part der psychologischen Kriegsführung übernimmt. Die unzähligen diplomatischen Bemühungen hatten auch die Bündnispartner USA und EU überzeugt, ein weiteres Mal die Türkei in ihrer Vernichtungspolitik zu unterstützen. So deklarierte der US-Präsident Bush nach einem offiziellen Gespräch mit dem türkischen Premier Erdoğan in Washington die PKK zum gemeinsamen Feind und sagte konkrete Unterstützung zu. Nationalistisch-kemalistische Extremisten wurden durch die Operationen gegen die Ergenekon-Bande geschwächt. Viele dieser Bandenmitglieder (ehemalige hochrangige Armeemitglieder, Mitglieder der kemalistischen Linken und Ultranationalisten) wurden gruppenweise verhaftet. Man weiß, dass viele von ihnen in Beziehungen mit China, Russland und dem Iran einen Gegenpol gegen die alleinigen Herrschaftansprüche der USA über die Türkei bilden wollten. Ein Ziel des Ergenekon-Prozesses ist es unter anderem, diese Clique zu schwächen, um der AKP den Rücken zu stärken, damit sie als Mittel des milden politischen Islam für die Strategie eines Großen Mittleren Ostens langfristig erhalten bleibt. Die Bedeutung der AKP für diese Strategie hat türkeiübergreifende Bedeutung. Nicht ohne Grund war ein reger diplomatischer Verkehr der AKP-Regierung zwischen Israel-Libanon, Syrien-Israel, Syrien-Libanon in diesem Jahr zu verzeichnen. Zum anderen gelang es den westlichen Kräften, allen voran den USA, die Armee und die AKP-Regierung auf einer proamerikanischen Linie zusammenzubringen. Auch wenn sich diese konkret an einer antikurdischen Politik ausrichtet, so hat sie globale Zielsetzungen und Absichten.

Die Türkei war dermaßen benommen von all ihrem „Erfolg", dass sie schon im Vorfeld ihren Sieg feierte. Der neue türkische Generalstabschef İlker Başbuğ erklärte u. a., dass mit der Hilfe der Verbündeten Südkurdistan sich zum Big-Brother-Haus verwandelt habe. Die Guerilla sei nicht mehr in der Lage sich zu bewegen, sie suche verzweifelt nach Unterschlupf, um nicht von der angewandten Technik erkannt und vernichtet zu werden. Anfänglich schien die psychische Oberhand bei der Türkei zu liegen, aber es dauerte nicht lange, um dieses Kartenhaus der Propagandalüge zum Einsturz zu bringen. Die Niederlage im Zap-Gebiet im Februar 08, wo die Bodentruppen der türkischen Armee sich schon nach einer Woche zurückziehen mussten, hatte tiefe Risse in der Glaubwürdigkeit des türkischen Staates bzgl. einer militärischen Lösung hinterlassen. Spätestens in Zap war klar, dass der Einmarsch nach Südkurdistan und auch eine militärische Lösung der kurdischen Frage keineswegs einfach sein würden. Auf der Sitzung des *Nationalen Sicherheitsrats* im April kam es zum politischen Kurswechsel. Man entdeckte erneut die alte Option, „Kurden gegen Kurden" kämpfen zu lassen. Einer der Gründe für den militärischen Misserfolg war nach Ansicht des Sicherheitsrats, dass die irakischen Kurden keine ausreichende Unterstützung geleistet hätten. Und so war prompt in der Schlusserklärung zu lesen, man werde den Dialog mit den Kurden in Irak suchen. Mit der Verlängerung des Beschlusses zu grenzüberschreitenden Operationen vom 7. Oktober wurde dann dieser Dialog konkretisiert. Nach einer Pause von vier Jahren wurden offizielle Gespräche mit Mesut Barzani in Bagdad im Anschluss aufgenommen.

Nach einem Angriff der kurdischen Guerilla am 3. Oktober auf den Militärposten Aktütün – nur vier Kilometer von der irakischen Grenze entfernt –, bei dem die türkische Armee hohe Verluste einstecken musste, wurden kritische Stimmen vor allem aus der Presse laut. Dabei hatten diese zuvor für das Vorhaben der politischen und militärischen Elite in der Türkei geworben. All die übereifrig gemachten Versprechungen der politischen und militärischen Kräfte in der Türkei kehrten wie ein Bumerang zurück. Zu Recht fragen Journalisten, wie es sein kann, dass am hellichten Tag eine große Guerillagruppe einen Grenzposten für mehrere Stunden angreift, und das, wo sich doch mit technischer Hilfe die Region in Big Brother verwandelt habe? Wo denn die Kämpfer herkämen, wenn sie sich doch nicht bewegen könnten und die PKK ihrem Ende nahe

sei? Aufgrund der Kritik sah sich der Generalstabschef İlker Başbuğ am 15. Oktober 2008 gezwungen, eine Pressekonferenz einzuberufen. Wie erwartet, war die Pressekonferenz nicht dazu bestimmt, all die ausstehenden Antworten auf die vielen berechtigten Fragen zu geben, sondern der Generalstabschef Başbuğ bedrohte vor laufenden Kameras die Presse. Er beschuldigte sie, die Verantwortung für das Blutvergießen zu tragen, wenn sie über den Erfolg der PKK spreche bzw. schreibe, und ermahnte sie, „vorsichtig zu sein“, und lud sie ein, auf der richtigen Seite zu stehen. Wenige Stunden später erhielt Başbuğ Rückendeckung von Abdullah Gül.



Keine Ergenekon-, keine AKP-Lösung: Demokratische Republik Foto: DIHA

Das sich dem Ende nähernde Jahr ist gekennzeichnet von der Erfolglosigkeit einer militärischen Lösung. Aber die politische und militärische Elite in der Türkei ließ sich von dieser Realität und trotz zunehmender kritischer Stimmen nicht beirren und verlängerte den Parlamentsbeschluss für grenzüberschreitende Operationen um ein weiteres Jahr. Sowohl das Militär als auch die AKP suchen dabei nach „neuen“, dabei aber schon längst als erfolglos erwiesenen Kampfmethoden. So zum Beispiel die Wiedereinführung des Ausnahmezustands, härteres Vorgehen im sogenannten „Anti-Terror-Kampf“. So ist soeben beschlossen worden, 167 neue Grenzposten für 300 Milliarden Lira zu errichten.

Dabei läuft es auf die „Legitimierung“ des Staatsterrors hinaus. Schon jetzt haben kritische Presseorgane kaum eine Chance zu erscheinen. Allein in den letzten zwei Jahren wurden annähernd 30 kurdische Zeitungen verboten und Dutzende Journalisten befinden sich im Gefängnis. Der 29-jährige Engin Çeber, der am 28. September 2008 während einer Demonstration und einer Pressekonferenz in Istanbul festgenommen worden war, starb am 10. Oktober an den Folgen der in der Haft erlittenen Folter-Verletzungen. Noch immer läuft das Verbotsverfahren gegen die prokurdische Partei DTP. Unzählige Verfahren gegen Abgeordnete, Bürgermeister, Parteivorstandsmitglieder und Parteimitglieder sind anhängig. Die Städte Siirt, Van, Hakkari und Şırnak sind zu Kriegszonen erklärt worden.

Diese negative Haltung der türkischen Machthaber wird begleitet von einer drohenden ethnischen Auseinandersetzung. In dieser eskalierenden Situation wird eine demokratische Lösung der kurdischen Frage verhindert. So entfachte sich ein unpolitischer Zwischenfall zwischen Kurden und Türken am 30. September in der ägäischen Stadt Altınova zur kurdenfeindlichen Lynchstimmung in mehreren Ortschaften. Geschäfte, Wohnungen und Autos von Kurden wurden angegriffen und nationalistische Straßenumzüge organisiert.

Diese Entwicklungen machen deutlich, dass der Weg für eine friedlich-demokratische Lösung nur dann eingeschlagen wird, wenn die Hoffnung auf eine militärische Lösung vollkommen vom Tisch ist und die Gefahren eines irrsinnigen Beharrens auf einer solchen Strategie erkannt werden. Die objektiven Bedingungen haben schon längst die Ausweglosigkeit einer militärischen Lösung bewiesen, aber die subjektive Einsicht dieser Realität entwickelt sich sehr allmählich. Hierfür liefert die Politik der USA einen wesentlichen Grund. Schritt für Schritt sorgt sie dafür, dass sich die Türkei in diesem Krieg schwächt, damit eine tief gehende Abhängigkeit entsteht. Ihr Ziel ist eine geschwächte Türkei, denn eine schwache Türkei ist eine abhängige Türkei. Und so wird mit das Land in den Ruin getrieben. Kritische Stimmen hiergegen bleiben aus. Denn auch die Armee, die bislang in Bezug auf Unabhängigkeit differenzierter als die AKP-Regierung gegenüber der USA-Politik agierte, verfolgt diesen Kurs nicht weiter. Nicht umsonst hatte der neue Generalstabschef am Tag seiner Amtseinführung von den „hervorragenden Beziehungen zu den USA“ gesprochen. Deshalb ist der Kampf der Türkei gegen die Kurden jetzt nicht nur eine interne Angelegenheit. Man will durch die Einmischung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Sowohl eine geschwächte PKK als auch eine geschwächte Türkei sind besser kontrollierbar und für die Eigeninteressen ausländischer Kräfte besonders einträglich. Die PKK ist wichtig, da sie eine starke Rückendeckung durch die Kurden nicht nur in der Türkei, sondern ebenso aus dem Irak, Iran und Syrien erhält. Die Türkei ist unter anderem für den gemäßigten politischen Islam für die gesamte Region von Bedeutung. Die geostrategische Lage Kurdistans und der Türkei hat eine besondere Bedeutung.

Unliebsame kritische Stimmen behaupten zwar heute, dass sie nicht mehr an eine militärische Lösung glauben, sich nicht mehr von den politischen und militärischen Machthabern belügen lassen, die Stärke der PKK erkennen und folglich einen politischen Kurswechsel fordern, aber es bleibt ungewiss, ob sie an ihrer Haltung auch festhalten werden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie sich einschüchtern oder einkaufen lassen, denn ähnliche Entwicklungen gab es auch schon in der Vergangenheit.

Während die Friedensbemühungen der kurdischen Seite und der leider noch kleinen demokratischen türkischen Kreise stetig zunehmen und sich entfalten, bleiben die wenigen Schritte aufseitens der türkischen Regierung und derer Kreise oder ihrer treuen Presse in dieser Richtung taktischer Natur. Kaum meinen sie, neue Chancen für ihre Verleugnungs- und Vernichtungspolitik zu sehen, wird alles andere wieder verworfen.

Wie aber sehen im Gegenzug die Entwicklungen in der kurdischen Befreiungsbewegung aus? An der gegenwärtigen Situation ist zu erkennen, dass sie die politische Initiative ergriffen hat. Nationale, regionale und internationale Beobachter sind sich darin einig, dass die PKK ihre stärkste Phase seit den letzten Jahren erlebt. Entgegen jenen Verlautbarungen, die PKK würde um ihr Überleben ringen und verliere ihren Halt innerhalb der kurdischen Bevölkerung – sie wäre umzingelt und könne kaum noch agieren – nimmt ihr Einfluss auf das politische Geschehen immer weiter zu. Während die türkische Seite in diesem Jahr keinen positiven Schritt, weder militärisch noch politisch und wirtschaftlich, aufweisen kann, hat die kurdische Befreiungsbewegung hintereinander unterschiedliche Kongresse binnen einiger Monate durchgeführt und sich auf die bevorstehende Phase vorbereitet. So fand Ende Juli die 6. Vollversammlung des Kongra-Gel, Ende August der 10. Parteikongress der PKK und erst vor einigen Wochen der Kongress der PAJK (*Partei der Freien Frauen Kurdistans*) statt. Es ist davon auszugehen, dass auf diesen Kongressen die Unzulänglichkeiten behandelt, die politischen Entwicklungen analysiert und zukunftsorientierte Planungen gemacht worden sind. Parallel dazu haben die Bestrebungen zur Sicherung der kurdischen nationalen Einheit zugenommen. Diese Entwicklung ist auch schon seit Längerem in der Praxis zu beobachten. Während sich die Solidarität der kurdischen Bevölkerung im Süden Kurdistans mit der PKK und den Kurden aus dem türkischen Teil Kurdistans gegen die Militäroffensive der Türkei stärker entwickelte, nahmen ebenfalls auch die Solidaritätsbekundungen von Kurden aus unterschiedlichen Teilen – auch in Europa – gegen die kurdenfeindliche Politik des iranischen Regimes zu. Die kurdenfeindliche Politik führt die Kurden immer näher zusammen. Je mehr sich das Bewusstsein entwickelt, dass die Entwicklungen in einem Teil Kurdistans sich sowohl im Positiven wie auch im Negativen auf alle Teile auswirken, wird das regionale Kurdistandenken überwunden. Diese Entwicklung schwächt auch den Boden für neue militärische Auseinandersetzungen zwischen den Kurden, die gegenwärtig sowohl von der Türkei als auch dem Irak und auch den USA als Option gesehen werden. In einem innerkurdischen Konflikt, mit dem Ziel eines Krieges zwischen KDP und PUK gegen die PKK, wird der Erfolg für die Ausführung der neuen Grenzoffensive gesehen. Hier kommt es nun darauf an, welche Position die kurdischen Vertreter in Irakisch-Kurdistan einnehmen werden. Jede Initiative zur Unterstützung der türkischen Interessen wird nicht der PKK schaden, sondern den gesamten Interessen der Kurden. Da die kurdischen Vertreter in irakisch Kurdistan durch Selbstverschuldung unfähig waren, die Kirkuk-Frage zu lösen, wird dies gegen sie als Damoklesschwert benutzt. Nicht umsonst hat Al-Maliki am selben Tag der Gespräche zwischen der türkische und der kurdischen Delegation erklärt, Kirkuk würde nicht zum kurdischen Territorium gehören. An diesem Punkt sind sich die Türkei, der Irak und auch die USA mittlerweile einig. Deshalb ist es heute von lebenswichtiger Bedeutung, dass alle kurdischen politischen Vertreter und auch die kurdische Öffentlichkeit auf demokratischer und nationaler Einheit beharren. Eine kurdische Einheit ist selbstverständlich nicht nur eine interne Angelegenheit in Anbetracht dessen, dass die Instrumentalisierung der Kurden in Form eines innerkurdischen Konflikts in erster Linie als Destabilisierungsfaktor dem USA-Türkei-Irak-Bündnis dient, welches natürlich überregionale Ziele und Effekte hat. Deshalb liegt es im Interesse aller, die nach einer Stabilisierung im Mittleren Osten suchen, die Frage der kurdischen Einheit als wichtige Entwicklung zu begreifen und diese zu unterstützen.

Die kurdische Befreiungsbewegung erklärt weiterhin ihre Bereitschaft zu einer politischer Lösung und verweist auf die Gefahren einer militärischen Lösung. Zudem sind die Bemühungen der Kurden bekannt, breite demokratische Bündnisse mit den Völkern des Mittleren Ostens zu entwickeln, um Lösungen für die bestehenden Probleme mit demokratischen Mitteln zu entwickeln und die Gefahr des Nationalismus wirksam zu bekämpfen. Konkrete Schritte zur Gründung einer Dachpartei in der Türkei werden bereits geleistet.

Jeder gesunde Menschenverstand würde vor dem Hintergrund all dieser Entwicklungen Abstand von einer angeblichen militärischen Lösung des Problems nehmen. Dem türkischen Staat ist nur zu empfehlen, endlich den Glauben aufzugeben, die kurdische Frage ohne die Kurden lösen zu können. Die Türkei spricht mit jedem über die kurdische Frage. Es ist ihr Top-Thema bei allen ihren diplomatischen Aktivitäten im Ausland. Dieses Thema bestimmt auf nationaler Ebene die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen staatlichen Institutionen und Bevölkerungsschichten. Sogar wirtschaftliche Abkommen und politische Zugeständnisse werden im Rahmen dieser Frage getroffen. Sie spricht sozusagen mit der ganzen Welt über die Kurden, nur nicht mit den Kurden selbst. Aber genau darum geht es. Dies erinnert an einen schwerkranken Patienten, der erst einmal mit allen über seine Krankheit redet außer mit einem Arzt. Es geht darum ihn zu überzeugen, dass Kopfschmerztabletten seine schwere Krankheit nicht heilen können und ein Arzt für seine Gesundung unabdingbar ist.

So ist es ebenfalls mit der Türkei. Anderes wäre möglich, wenn die EU nun endlich in der neuen Amtszeit des EU-Parlaments nach März 2009 ihrer Verpflichtung gegenüber einer Friedenspolitik nachkommen würde und Abstand nehmen würde von ihrer einseitigen türkeifreundlichen Politik. Die Türkei muss davon überzeugt werden, dass der Versuch die kurdische Frage militärisch zu lösen weiter in eine Sackgasse führt und ein Weg der Lösung nur im Dialog mit den Kurden entwickelt werden kann. ♦

Presseerklärung: Internationale Initiative warnt vor Eskalation

Öcalan misshandelt und mit dem Tode bedroht

Internationale Initiative „Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan“, 17. Oktober 2008

Erstmals seit seiner Verschleppung in die Türkei im Jahre 1999 wurde der unter strengster Isolationshaft stehende Gründer der PKK, Abdullah Öcalan, im Gefängnis körperlich misshandelt und offen mit dem Tode bedroht.

Wie seine Anwälte am 16. Oktober 2008 in Istanbul der Presse mitteilten, wurde Öcalan vergangene Woche von Gefängnispersonal in einen Nebenraum gezerrt, von drei Personen zu Boden gedrückt und seine Zelle verwüstet. Als er gegen diese brutale Maßnahme protestierte, wurde ihm ausdrücklich seine Ermordung angedroht.

Öcalan ist seit beinahe zehn Jahren einer Isolation ausgesetzt, die nur als Folter bezeichnet werden kann. Er ist der einzige Gefangene auf der Insel İmralı, bewacht von über 1000 Soldaten. Das *Antifolterkomitee des Europarats* (CPT) hat seine Haftbedingungen in bisher vier Berichten scharf gebrandmarkt.

Seit 2005 haben die juristischen, psychologischen und jetzt auch physischen Angriffe ständig zugenommen. Im vergangenen Jahr waren bei Öcalan stark erhöhte Schwermetallwerte in Haaren und Körper nachgewiesen worden, deren Herkunft nicht geklärt werden konnte. Das CPT unterstrich daraufhin die verheerenden gesundheitlichen Folgen der Isolationshaft.

Seit der Amtsübernahme des türkischen Generalstabschefs İlker Başbuğ ist es erstmals zu physischen Übergriffen gegen Abdullah Öcalan gekommen. So wurde ihm Ende Juni gegen seinen Willen eine Glatze rasiert. Die neuerlichen Angriffe sind jedoch ohne Beispiel und stehen im Zusammenhang mit den jüngsten Vernichtungsoperationen der türkischen Armee und den Drohungen, die Generalstabschef İlker Başbuğ seit Wochen über die Presse ausstößt. Auch die entstehende Lynchatmosphäre gegen Kurden in der Türkei gibt Anlass zur Beunruhigung.

Die *Internationale Initiative* ist äußerst besorgt über die neuen physischen Misshandlungen. Ihr Sprecher John Tobisch-Haupt erklärte am Donnerstag: „Die Haftbedingungen auf İmralı sind ohnehin bereits seit Langem untragbar. Derartige Übergriffe verstoßen ein weiteres Mal gegen die *Europäische Menschenrechtskonvention*. Zusammen mit den Militäroperationen eskalieren sie die politischen Spannungen weiter. Wir fürchten sogar, dass ein Bürgerkrieg drohen könnte.“

Die *Internationale Initiative* appelliert an die europäischen Regierungen, die EU, den *Europarat* und das *Antifolterkomitee* (CPT), ihrer Verantwortung nachzukommen und den unmenschlichen Haftbedingungen im „türkischen Guantanámo“ ein Ende zu setzen. Europa muss endlich die Menschenrechte und die Lösung der kurdischen Frage zum zentralen Kriterium ihrer Beziehungen zur Türkei erheben. Denn wer zur aktuellen Eskalation schweigt, macht sich mitschuldig.

Die *Internationale Initiative* appelliert an die türkische Regierung, von ihrer Eskalationspolitik Abstand zu nehmen und endlich den Weg des Dialogs zu beschreiten, anstatt für weiteres Blutvergießen zu sorgen. Die *Internationale Initiative* ruft alle gesellschaftlichen Kräfte in der Türkei auf, sich gegen die Politik ihrer Staatsführung zu stellen und alle Möglichkeiten zur Entspannung und zur Konfliktlösung wahrzunehmen. ♦

International Initiative
„Freedom for Abdullah Ocalan - Peace in Kurdistan“
P.O. Box 100511, D-50445 Cologne
Telephone: +49 221 130 15 59
http://www.freedom-for-ocalan.com



Demonstration in Şırnak: Imralıfolter beenden Foto: DIHA

Verbotsverfahren gegen die DTP ist ein Test

DTP wird nicht nur vom kurdischen Volk unterstützt

Partei der Demokratischen Gesellschaft, DTP

Die *Partei der Demokratischen Gesellschaft* ist essentiell für die Demokratie in der Türkei.
Sie kann nicht verboten werden, sie sollte nicht verboten werden.

Die *Partei der Demokratischen Gesellschaft*, gegründet 2005, hat eine kollektive Form der Politik umgesetzt und getreu dem Motto: „Keine Politik im Namen der Gesellschaft, sondern Politik mit der Gesellschaft" erfolgreich die aktive Teilnahme am politischen Leben etabliert. Die DTP ist eine Partei, die die Werte des Zeitalters der demokratischen Zivilisation – in anderen Worten, eine friedliche, pluralistische, partizipative und multikulturelle Gesellschaft, die auf Freiheit und Gleichheit basiert – als den enormen Reichtum dieser Gesellschaft erkannt hat. Die DTP arbeitet nicht nach zentralistisch-hierarchischen Politikvorstellungen, sondern funktioniert in Übereinstimmung mit demokratisch-lokalen Prinzipien. Die Partei vertritt universelle Werte, richtet sich gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung und setzt sich für Dialog und Kompromiss sowohl zwischen Individuen wie auch innerhalb der gesamten Gesellschaft ein. Die DTP hat mit ihrem Parteiprogramm, das auf den Aufbau einer ökologisch-demokratischen Gesellschaft abzielt ebenso wie auf die Gleichberechtigung der Geschlechter – die die DTP als grundlegend für die Befreiung der Menschheit ansieht –, einen neuen Ansatz in der Politik der Türkei eröffnet.

Insbesondere in der kurdischen Frage, die in den vergangenen 30 Jahren der prägendste Faktor für die Politik in der Türkei war, unterscheidet sich die DTP von den anderen türkischen Parteien. Die DTP betrachtet die kurdische Frage nicht als eine Frage des Terrorismus wie die anderen Parteien; stattdessen sieht die DTP die kurdische Frage als eine Frage der Anerkennung eines Volkes und dessen kultureller Rechte und Freiheiten an. Die Haltung der DTP in dieser Frage ist sehr deutlich im Parteiprogramm dargestellt. Demnach kann die kurdische Frage mit friedlichen und demokratischen Mitteln gelöst werden, wenn Zwang, Assimilation und gewaltsame Politik verdrängt werden und Dialog und Kompromisse an ihre Stelle treten.

Auf Grund der 10-%-Hürde im Wahlsystem der Türkei nahm die DTP an der Wahl vom 22. Juli 2008 mit unabhängigen KandidatInnen teil und konnte 22 Sitze im Parlament gewinnen. Die DTP ist nun mit 21 Abgeordneten die viertstärkste Partei der Türkei.

Das Oberste Berufungsgericht beantragte am 16. Oktober 2007 beim Verfassungsgericht das Verbot der DTP. Der Oberstaatsanwalt beantragte nicht nur die Schließung der Partei und die Aufhebung der Immunität für acht Abgeordnete, sondern ebenso, dass sämtliche Mitglieder der Partei von sämtlichen Wahlen ausgeschlossen werden.

Seit seiner Gründung 1961 hat das Verfassungsgericht 24 Parteien verboten – womit jede sechste der in dieser Zeit aktiven Parteien betroffen war. Wenn wir dazu noch die Phasen der Militärputsche zählen, werden die Zahlen noch deutlicher: Jede vierte Partei in der Türkei wurde verboten. Die Türkei ist ein wahrer Friedhof der verbotenen Parteien.

Daher kommt der aktuelle Verbotsantrag gegen die DTP nicht überraschend, was ihn aber nicht akzeptabler macht.

Die DTP kann nicht verboten werden, weil:

– Die Schließung der DTP verleugnet die Prinzipien der pluralistischen Demokratie. Politische Parteien mit unterschiedlichen sozialen Projekten sind notwendige Bestandteile einer pluralistischen Demokratie. Das Verbot von politischen Parteien ist im Grunde ein Produkt anti-demokratischer, zwanghafter Regime.

– Die Schließung der DTP tritt die Meinungs- und Redefreiheit mit Füßen. Von den 141 im Verbotsantrag aufgeführten Gründen sind 129, also 93 %, auf die Meinungs- und Redefreiheit bezogen.

Die Schließung der DTP bedeutet das Beharren auf einer Nicht-Lösung der kurdischen Frage. Die DTP hat den tatsächlichen Bedürfnissen und Fragen des kurdischen Volkes eine Stimme gegeben. Die Parteien, die seit den 90er Jahren dieselben Bedürfnisse vertraten, darunter die HEP, ÖZDEP, DEP und HADEP, wurden alle verboten. Die DEHAP, die letzte in der Liste, löste sich selbst auf, während der Verbotsprozess noch vor dem Verfassungsgericht verhandelt wurde. Das Festhalten an dieser Verbotspolitik bedeutet, dass die unterschiedlichen Identitäten, Kulturen und

Ansichten des kurdischen Volkes weiterhin ignoriert werden. Wäre es den KurdInnen möglich, als freie BürgerInnen am demokratischen Prozess teilzunehmen, könnten sie eine führende Rolle bei der Demokratisierung der Türkei spielen.

Die DTP ist die größte Organisation der ArbeiterInnen und der Unterdrückten. Bei der Wahl vom 22. Juli erhielten die von der DTP unterstützten KandidatInnen etwa 3 Millionen Stimmen. Im Moment hat die DTP 21 Abgeordnete im Parlament und ist in 48 Provinzen der Türkei organisiert. Im Unterschied zu anderen Parteien der Türkei betrachtet die DTP ihre WählerInnen als die wahren Subjekte ihrer Politik und nicht als passive Unterstützer. Deshalb wird die Schließung der DTP dem organisierten Kampf der unterdrückten und ausgebeuteten Massen einen schweren Schlag versetzen.

Die DTP wird nicht nur vom kurdischen Volk unterstützt. Die DTP geht auch auf die türkischen ArbeiterInnen mit offenen Armen zu. Das zeigt sich nicht nur darin, dass die DTP während der Wahl Unterstützung von zahlreichen nicht-kurdischen Individuen und Gruppen erhalten hat, sondern auch darin, dass die Partei zusammen mit fortschrittlichen, demokratischen und friedlichen Kräften der Türkei für einen Wandel kämpft. Die DTP gibt Problemen aus allen Teilen der Gesellschaft eine Stimme, von Werftarbeitern, die aufgrund von unzureichendem Schutz ihr Leben oder ihre Gesundheit bei der Arbeit verloren haben, über ArbeiterInnen, deren Häuser im Zuge von Umstrukturierungsmaßnahmen zerstört wurden, und Frauen, die im Gefängnis Unterdrückung erfahren, bis hin zur Jugend, der ihr Recht auf Bildung verweigert wird, indem sie diese Fragen auf der Straße und im Parlament zur Sprache bringt. Der Versuch, die DTP zu verbieten, ist im Grunde der Versuch, all diese Kämpfe zu beenden.

Die DTP ist eine Partei, die im Parlament nach Lösungen sucht. Sollte eine Partei, die den legitimen Forderungen der KurdInnen eine Stimme gibt und das Parlament als Ort für diese Fragen ansieht, verboten werden, so würde das den Stillstand besiegeln und vertiefen und die Tür für andere, weniger positive Mittel öffnen. Das darf nicht passieren. Stattdessen sollte die DTP als eine Partei mit der Mission zur Durchsetzung demokratischer Reformen und mit einer Vermittlungsrolle in der kurdischen Frage anerkannt werden.

Die DTP strebt eine neue Verfassung an, die alle Völker der Türkei umfasst. Die türkische Gesellschaft besteht aus zahlreichen verschiedenen Individuen und Kulturen. Die ersten drei Artikel der türkischen Verfassung schreiben jedoch eine einzige exklusive Identität fest und verbieten sogar jede Diskussion über den Reichtum und die Vielfalt der Kulturen. Das ist der gleiche ausschließende Ansatz, der die Quelle für die bedeutendsten sozialen Probleme darstellt, die die Türkei derzeit plagen, darunter an erster Stelle und am drängendsten die kurdische Frage. Das Verbot der DTP, die die einzige Partei ist, die diesem ausschließenden Ansatz entgegensteht, wird diese Probleme nur vertiefen.

Die DTP ist keine separatistische, sondern eine vereinigende Partei. Weil sie eine „Nation Türkei“ einer Nation vorzieht, die auf dem „Türkentum“ basiert, wie es der zuvor beschriebene ausschließende Ansatz vertritt, wird sie des Separatismus beschuldigt. So wie die Diskussion über verschiedene Sprachen und ethnische Identitäten in der Schweiz, in Spanien oder den USA geführt werden kann, ohne die Schweiz, Spanien oder die USA als einheitliche Nationen in Frage zu stellen, so sollte uns auch eine Diskussion über Vielfalt als bereicherndes Element nicht daran hindern, die Nation Türkei in einer ähnlichen Weise zu sehen. Die wahren Separatisten sind diejenigen, die die DTP verbieten wollen – eine Partei, die für eine friedliche Lösung in einem einheitlichen Staat eintritt.



Demonstration gegen das DTP-Verbot in Amed/Diyarbakır: Parteien-Friedhof Foto: DIHA

Die DTP ist die einzige Partei, die der imperialistischen und aggressiven Staatspolitik entgegensteht. Kriege und die damit zusammenhängenden Fragen sind der Lackmustest für die Aufrichtigkeit der politischen Parteien im Kampf für den Frieden. Als im Herbst 2007 der Antrag auf grenzüberschreitende Militäroperationen im Parlament diskutiert wurde, war die DTP die einzige Partei, die dagegen stimmte.

Die DTP ist überzeugte Vertreterin der Geschwisterlichkeit der Völker. Mit ihrer Gegnerschaft zur rassistischen und nationalistischen Politik, die tatsächlich den Separatismus fördert, hat die DTP die demokratische und freie Einheit der Türkei verteidigt. Ein Verbot der Partei wird nur dazu dienen, die Geschwisterlichkeit der Völker zu untergraben.

Das DTP-Projekt der demokratischen Autonomie ist eine grundlegende Bedingung für die Demokratisierung der politischen Strukturen. ihre Verteidigung der demokratischen Autonomie ist ein weiterer Grund, weshalb die DTP beschuldigt wird, separatistisch zu sein. Dabei hat die DTP dieses Projekt vorgeschlagen, um die Entwicklung der sozialen Demokratie voranzubringen. Demokratische Autonomie, die die Transformation der derzeitigen strikt zentralistischen, bürokratischen und schwerfälligen Verwaltung in eine Struktur mit 20–25 autonomen Regionen bedeutet, wird dazu führen, dass die lokalen Behörden die Befugnis und das Recht haben werden, Entscheidungen zu fällen. Die Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei hängen entscheidend vom Gelingen dieses Projekts ab.

Die DTP ist überzeugte Vertreterin einer Politik, die die Freiheit der Frauen fördert. Die DTP sieht die Befreiung der Frau als grundlegend für die Befreiung der gesamten Gesellschaft an und hat in ihren eigenen Strukturen die aktive Teilnahme der Frauen am politischen Leben verwirklicht. Die DTP hat sowohl eine Doppelführung als auch eine Frauenquote von 40 % für alle Wahlen in sämtlichen Bereichen eingeführt. Während nur 54 der 3 225 BürgermeisterInnen der Türkei aus den Reihen der DTP kommen, stellt die DTP die Hälfte der Bürgermeisterinnen. Darüber hinaus beträgt der Anteil der Parlamentarierinnen der DTP 40 %, während alle anderen Parteien etwa 8 % weibliche Abgeordnete stellen. Unter den 799 weiblichen Gemeinderäten der Türkei sind 145 DTP-Mitglieder, ebenso wie 10 der insgesamt 56 weiblichen Mitglieder der Provinzräte. Demnach steht die DTP nicht nur in Opposition zu reaktionären feudalen Gesellschaftsstrukturen und zu einer patriarchalen Mentalität, sondern sie hat auch das Patriarchat in ihrer eigenen Organisationsstruktur überwunden. Die DTP hat in der Frage der Gleichstellung der Geschlechter mehr erreicht als jede andere Partei in der Türkei. Sollte sie verboten werden, gäbe es niemanden, der sie in dieser Frage ersetzen könnte. Aus diesem Grund ist es unbedingt notwendig, dass die DTP nicht geschlossen wird.

Die DTP tritt für eine Gesellschaft ein, die in Harmonie mit Natur und Umwelt existiert. Die DTP ist die einzige Partei, die sich weigert, mit anzuschauen, wie Geschichte und Umwelt vom nationalen und internationalen Big Business für kommerzielle Zwecke ausgebeutet und monopolisiert werden. Die DTP hat deshalb Gesetze diskutiert und ausformuliert, die solche Aktivitäten verhindern sollen. In der Praxis führt die DTP den Kampf gegen das Hasankeyf-Ilisu-Staudammprojekt und gegen die Zerstörung der ökologischen Strukturen im Firtina- und Munzur-Tal an, indem sie allen Versuchen des monopolistischen Ausverkaufs des historischen und ökologischen Reichtums entgegentritt. Aus diesem Grund kann die DTP nicht verboten werden.

Die Intellektuellen in der Türkei stehen zur DTP. Mehr als hundert Intellektuelle und KünstlerInnen aus der Türkei haben einen Brief an Präsident Abdullah Gül verfasst, in dem es heißt: „Wir sind der Meinung, dass das Verbot einer Partei, die mehr als zwei Millionen Stimmen erhalten hat, eine große Gefahr für unsere Einheit darstellt… Die DTP sollte als Gesprächspartnerin anerkannt werden, nicht nur, weil sie über eine parlamentarische Vertretung verfügt, sondern auch aufgrund des existierenden politischen Willens der Gemeinschaft, die Probleme mit der Republik hat – aus Gründen, die von Zugehörigkeitsgefühl und Identität bis zu ökonomischen Fragen im Zusammenhang mit der kurdischen Frage reichen.“

Die DTP unterstützt die *Europäische Union* und die *Kopenhagener Kriterien*. Die DTP hat sich für die Anwendung der EU-Normen im politischen Leben eingesetzt und argumentiert, dass die Schließung von Parteien die Mitgliedschaft in der EU verkomplizieren wird. Im Übrigen hat der *Europäische Menschenrechtsgerichtshof* entschieden, dass alle Vorraussetzungen für die Schließung von Parteien, mit einer Ausnahme, gegen die *Europäische Menschenrechtskonvention* verstoßen. Angesichts des Verbotsverfahrens gegen die DTP hat die EU-Kommission Folgendes geäußert: „Nach der Wahl vom 22. Juli repräsentiert das Parlament der Türkei ein breiteres Spektrum der politischen Vielfalt des Landes. Die Qualität der Demokratie in der Türkei ist gestiegen.“ Die EU-Kommission hat in ihrem Fortschrittsbericht vom 6. November 2007 geäußert, dass sie mit dieser Entwicklung zufrieden ist. Diejenigen, die für diese Äußerungen verantwortlich sind, sollten weiter zu ihren Worten stehen und dafür sorgen, dass sich die Demokratie in der Türkei weiter entwickelt.

Das Verbotsverfahren gegen die DTP ist ein Test. Alle, die Frieden und Freiheit wollen, alle, die revolutionär und demokratisch sind, alle, die für die Menschenrechte eintreten, sollten die DTP schützen und verteidigen. Nicht nur diejenigen innerhalb der Grenzen der Türkei, sondern alle überall auf der Welt, die das Recht der Menschen auf ein freies und humanes Leben verteidigen, und alle, die in Opposition zu einer Politik stehen, die die KurdInnen zu Opfern internationaler Interessen macht, sollten sich am Kampf zum Schutz und zur Verteidigung der DTP beteiligen. ♦

Eine Dachpartei ist im Unterschied zu einem Wahlbündnis kein Bündnismodell zur Vereinigung der Wählerpotentiale, sondern der Kampfpotentiale

Auf dem Weg zu einer Dachpartei

Interview mit Filiz Koçali, SDP

Die Vorsitzende der *Sosyalist Demokrasi Partisi (Partei der Sozialistischen Demokratie)* Filiz Koçali plädiert für eine Initiativ-Delegation als ersten Schritt zur Gründung einer Dachpartei. Die SDP, die gemeinsam mit DTP und EMEP die Arbeit daran aufgenommen hat, führt bereits in ihrer Gründungsdeklaration (2002) das Ziel einer Dachpartei an. Die Tageszeitung *Gündem* befragte Filiz Koçali über das Vorhaben.

Die Diskussionen und Aktivitäten um eine Dachpartei haben ein gewisses Niveau erreicht. Um was für eine Konstitution handelt es sich Ihrer Meinung nach bei einer Dachpartei?

Die gegenwärtige politische Lage lässt sich so umreißen: Die Krise des vom Militär bevormundeten Regimes vertieft sich. Das Ergenekon-Verfahren ist ein Anzeichen dafür. Gleichzeitig treibt die ausbleibende Lösung in der kurdischen Frage die Politik an den Rand des Konkurses. Die Niederlage in Zap deutet darauf hin. Solche kritische Phasen beinhalten viele Unklarheiten hinsichtlich ihres Ausgangs, was wiederum von Breite, Tiefe und Organisierungsform des Kampfes zwischen den Hegemonial- und den Volkskräften abhängt. Wenn die Kräfte, die für Demokratie und eine Lösung eintreten, sich nicht vereinigen können und nicht intervenieren in der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen der „Stille“ in den Metropolen und der „revolutionären Phase“ in den kurdischen Gebieten, wird es unmöglich sein, gefährlichen Entwicklungen entgegenzuwirken. In diesem Fall würden die vom Militär bevormundeten Kräfte sich ohne Weiteres der neuen Situation anpassen und ihre Position erneut stärken. Sie würden ihre Reform- und Vernichtungspolitik in Form von „Möhre und Stock“ [*„Zuckerbrot und Peitsche“*] gegen die kurdische Befreiungsbewegung auf neue Art und Weise fortführen. Im gegenteiligen Falle [*der Vereinigung der Demokratiekräfte*], d. h. wenn die Entwicklungen zu Newroz, zum 1. Mai, bei der Trauerfeier von Hrant Dink und den 1.-Juni-Kundgebungen [*die Friedenskundgebungen des Friedensrates*] in eine organisierte Kraft verwandelt werden würden, könnten wir die Krise des Militär-dominierten Regimes vertiefen und es besiegen. So könnten wir der Lösungslosigkeit in der kurdischen Frage ein Ende setzen und auf dem Weg ihrer Lösung ein wichtiges Stück der Strecke hinter uns lassen.

So ungefähr stellt sich die gegenwärtige Situation dar. Eine Dachpartei wäre die politische Antwort darauf. Um die „Stille“ in den Metropolen zu beenden, müssen wir alle möglichen Kräfte unter einem Dach verbinden und den Kampf derjenigen, die unterschiedliche Ziele verfolgen und Anschauungen vertreten, in einen einzigen Kampf fließen lassen. Eine Dachpartei kann das gewährleisten.

Wie bewerten Sie die frühere Zusammenarbeit und die Wahlbündnisse?

Alle früheren Bemühungen für eine Zusammenarbeit waren mit ihren positiven und negativen Seiten für uns alle sehr lehrreich. Die Experimente haben sich angehäuft. Ausgehend von den erfolglosen Beispielen hat sich unser Horizont für positive Schritte erweitert.

Nun zu den Wahlbündnissen: Wahlbündnisse sollen naturgemäß Wählerpotentiale vereinigen. Wenn auch nicht eins zu eins, so werden die Kandidaturen doch den Anteilen entsprechend angemessen aufgeteilt. In unserer Praxis existierte zwischen den Parteien, die sich einem Wahlbündnis angeschlossen haben, eine inakzeptable Ungleichheit. Das Wählerpotential aller Parteien außer der kurdischen Befreiungsbewegung geht annähernd gegen Null. Folglich war die Allianz zwischen den Sozialisten und der kurdischen Befreiungsbewegung anstelle eines Wahlbündnisses vielmehr ein „solidarischer Akt“ der kurdischen Seite mit den anderen „Bündnispartnern“. Anders ausgedrückt: Diejenigen, die der Solidarität bedürfen, die in der gegebenen Situation verhaftet, gefoltert und getötet werden, solidarisieren sich mit denen, die zwar seinerzeit dieselben Opfer brachten, aber gegenwärtig keinen schwerwiegenden Repressalien ausgesetzt sind. Das ist kein natürlicher Zustand. Aus diesem Grunde hinterließen alle „Wahlbündnisse” aufgrund ihrer Erfolglosigkeit bei den Massen einen negativen Eindruck. Eine Dachpartei ist im Unterschied zu einem Wahlbündnis kein Bündnismodell zur Vereinigung der Wählerpotentiale, sondern der Kampfpotentiale.

Wie sollte Ihrer Meinung nach die Dachpartei ausgehend von diesen Experimenten gehandhabt werden? Wie eine vorläufige Organisation analog den Wahlbündnissen oder wie eine Organisation mit Tragweite im Zusammenkommen und gemeinsamen Handeln?

Wie bereits gesagt, wir wollen in einer Dachpartei nicht unsere Wählerstimmen vereinen, sondern unser Leben. Wir werden alles, was wir besitzen, darlegen. Wenn ich mit den Begriffen, auf die die kurdischen Freunde großen Wert legen, sprechen sollte: Wir werden regelrecht mit den ethischen und ideellen Werten der Kommune-Menschen agieren. Statt einer Einheit zwischen „Gleichen“ werden wir die Gleichberechtigung zwischen „Schwachen und Starken“, „Wissenden und Unwissenden“, „Alten und Jungen“, „Arbeitenden und nicht Arbeitenden“ sichern. Jeder nach seinen Fähigkeiten und seinen Bedürfnissen. Das ist das Kommune-Motto.

So viel zur ideellen Seite. Nun zur materiellen: Ich habe schon erwähnt, dass die Dachpartei kein Wahlbündnis sein wird und aufgrund der tiefen Kluft zwischen den Wählerpotentialen auch keines abgeben kann. Ich will Folgendes sagen: Wahlbündnisse tue ich nicht als etwas Schlechtes ab. Aber sie können nicht nur einseitig funktionieren. Einer der Bündnispartner soll arbeiten, der andere ein Bündnis eingehen, das geht nicht. Aber wenn die Dachpartei nicht die Wählerstimmen, sondern das Kampfpotential vereinen soll, wird diese Einseitigkeit beendet sein. Wenn wir beschließen, zum 1. Mai in Taksim zusammenzukommen, dann werden wir auch mit all unserer Kraft da sein, die anderen auch. Es würde keine Ungleichheit zwischen uns bestehen, wenn wir die Vorherrschaft des Militärs herausfordern. Wir würden alle das Risiko, festgenommen zu werden, auf uns nehmen. Wir würden uns dann gemeinsam mutig in der Schussweite der Ergenekon-Mitglieder bewegen. So etwas ist eine Dachpartei.

Als SDP sprechen wir von einem strategischen Bündnis mit der kurdischen Befreiungsbewegung. Wir sehen die kurdische Freiheitsbewegung im Unterschied zu den kemalistisch inspirierten Linken nicht als eine klassische nationale Befreiungsbewegung, die vom „weisen Türken“ angeführt werden sollte. Diese kurdische Befreiungsbewegung hat den Sozialismus in ihrem Programm und ihre Basis besteht aus Arbeitnehmern. Wir wollen mit ihr gemeinsam die Zukunft, d. h. eine demokratische Föderation aller Völker der Region, der AraberInnen, PerserInnen, AserbaidschanerInnen, ArmenierInnen, TürkInnen und KurdInnen, errichten. Aus diesem Grunde wird die Dachpartei unserer Ansicht nach keine vorläufige Zusammenkunft sein.

Wie werden Sie die Verbindung herstellen zwischen den programmatischen Zielen Ihrer Partei und den gemeinsamen der Dachpartei? Wie wird ein gemeinsames Programm gewährleistet werden zwischen denkbaren teilnehmenden Gruppen mit ihren Unterschieden?

Ich habe dies mehrmals versucht darzustellen. Unsere Experimente sowohl mit pluralistischen Parteien als auch mit der Bildung einer Front haben uns gelehrt: Mit Handel und Arrangement kann kein Programm gemacht werden. Wenn Sie beginnen, mit Formulierungen und Begriffen den Programmtext so zu biegen, dass alle Teilnehmer es akzeptieren, wird wissenschaftlich gesehen ein absurdes und praktisch gesehen ein nutzloses Programm das Ergebnis sein. Die Einheit von Kräften, die unterschiedliche Programme besitzen und gemeinsam eine Dachpartei darstellen wollen, wird nicht über die Formulierung geschaffen werden können. Denn es gibt programmatische Forderungen, die nicht in das Programm einer Dachpartei aufgenommen werden können. Die Einheit von Kräften mit unterschiedlicher Programmatik kann nur dadurch gewährleistet werden, dass sie im Programmtext nicht ausgeschlossen sind.

Welche organisatorischen Prinzipien und welches Organisationsmodell können Grundlage einer Dachparteigründung werden?

Die Dachpartei sollte sich auf das Prinzip „Komm wie du bist“ stützen. Die organisatorischen Prinzipien sollten nicht die Subjektivität der Dachpartei bestimmen. Die Teilnahme an der Dachpartei sollte nicht an Bedingungen geknüpft werden, diese und jene Eigenschaften abzulegen oder diese und jene Eigenschaften zu akzeptieren. Im Gegenteil: Alle an der Dachpartei Partizipierenden sollten Teile ihrer Eigenschaften einbringen. Das meine ich mit „Komm wie du bist“. Keine Organisation kann erstarrt gegründet werden. Sogar äußerst zentralistische Organisationen mit starren Prinzipien sind gegen die verändernde Wirkung der Zeit nicht gefeit. Eine Organisation, die nicht in der Lage ist, sich zu wandeln, wird nicht überleben können. Folglich sprechen wir nicht von unveränderlichen Prinzipien, wenn wir von organisatorischen Prinzipien reden.

Ginge es nach mir, sollten die organisatorischen Prinzipien in der Gründungsphase als Grundsätze formuliert werden, die die Beziehung zwischen den unterschiedlichen unabhängigen Organisationen regeln. Das heißt, dass die Parteien und Kreise, die sich an der Dachpartei beteiligen, sich nicht gegenseitig in die inneren Angelegenheiten einmischen, nicht gegeneinander agitieren. Gegenseitige Solidarität, Einheit im Handeln, Toleranz in der Diskussion, Überzeugungsmethode und Konsens bei den Beschlüssen, Beistand der Minderheit bei den Aktionen der Mehrheit, Respekt der Mehrheit gegenüber dem Recht der Minderheit, sich nicht an den Beschlüssen zu beteiligen – das sind nur einige Prinzipien, die uns aus den unterschiedlichen Experimenten mit pluralistischen Parteien im Gedächtnis blieben. Eine nach diesen Richtlinien gegründete Dachpartei wird einem konföderalen Organisationsmodell entsprechen.

Wird sich die Dachpartei als eine Klassenbewegung oder als ein Bündnis unterschiedlicher Klassenkräfte gründen?

Wenn vom Bündnis unterschiedlicher Klassenkräfte die Rede ist, dann könnte einem das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und der Klasse des Kapitals in den Sinn kommen. Das meinen Sie sicherlich nicht. Im klassisch-sozialistischen Diskurs wird das Bündnis unterschiedlicher Klassenkräfte benutzt für die Bewältigung einer gemeinsamen Wegstrecke von unterschiedlichen Kräften, deren Wege sich irgendwann trennen, z. B. das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Das heißt: Bündnis

mit den Bauern bis zur demokratischen Revolution, um sie dann in der Phase der Kollektivierung zu Arbeitern zu machen. Ich denke, dass das Entwicklungstempo unserer heutigen Welt es notwendig macht, dieses Verständnis zu überdenken. In erster Linie ist es wichtig, ohne die Beziehung der Klassen zu sozio-politischen Kräften und von sozio-politischen Kräften zu politischen Kräften zu verleugnen, sie sorgfältig voneinander zu trennen und die Autonomie der jeweils einzelnen zu begreifen. Dies ist zwingend notwendig, um von den Fehlern der Reduzierung auf die Ökonomie loszukommen.

Wenn dieser generelle Ausgangspunkt im Gedächtnis behalten wird, so können wir sagen, dass die Dachpartei kein Bündnis zwischen Kräften unterschiedlicher Klassen ist, sondern zwischen unterschiedlichen sozio-politischen und politischen Kräften. Zudem ist sie ein Bündnis zwischen den demokratischen Individuen unabhängig von ihrer Klassenzugehörigkeit. Schauen wir uns die feministische Bewegung an, an der nehmen sowohl Frauen aus der Klasse des Kapitals als auch Frauen aus der Arbeiterklasse teil. Das zeigt nicht, dass sie ein Bündnis zwischen Kapital und Arbeit entwickeln, sondern vielmehr auf der Grundlage der Probleme, die sie als Frauen haben, zusammengekommen sind. Auf diese Weise können wir auch die ökologischen Bewegungen behandeln. Folglich dürfen wir die Dachpartei nicht als ein Bündnis zwischen Klassen denken. In ihr sollten unterschiedliche sozio-politische und politische Kräfte sowie einzelne Individuen ihre Kräfte vereinen.

Wird die Dachpartei erst gegründet werden, wenn sie die ideale Zusammensetzung erreicht hat, oder wird sie in erster Linie mit einem Kern aufgebaut und später dann eine ideale Zusammensetzung erreichen?

Ich denke, statt des Begriffs „ideal“ sollten wir den der „maximalen Breite“ benutzen. Er wird das zu einer Beteiligung an der Dachpartei bereite Potential bezeichnen. Das ist etwas anderes als Klasse und Einwohnerschaft. Was ist eine sozio-politische Kraft? Ich definiere sie als eine Massenbewegung, die politisch gesehen auf einer bestimmten Ebene organisiert ist und einen bestimmten Kampf führt. Parteien und Organisationen, die diese Bewegung vertreten oder zu vertreten versuchen, stellen hingegen die politische Kraft dar.

Neben diesen zwei Kategorien gibt es noch die „unabhängigen Individuen“. Individuen bewegen sich nicht im luftleeren Raum. Wenn wir von unabhängigen Individuen sprechen, meinen wir, dass sie nicht Mitglied einer politischen Partei oder Organisation sind. Diese parteilosen Individuen gehören sicherlich einer sozio-politischen Bewegung an. Sie sind entweder der Frauenbewegung, der Gewerkschaftsbewegung, Berufsverbänden oder einer Initiative angeschlossen. Diejenigen, die außerhalb der sozio-politischen Bewegungen stehen, gehören den unwissenden, unorganisierten und inaktiven Massen an.

Die Dachpartei sollte als ein notwendiges politisches Instrument zur breitestmöglichen Vereinigung demokratischer sozio-politischer Kräfte, die aus parteigebundenen und parteilosen Individuen zusammengesetzt sind, projektiert werden. Folglich sollte sie nicht als ein Konstrukt begriffen werden, das sich gründet, nachdem die maximale Breite aller demokratischen sozio-politischen Kräfte erreicht ist, sondern als ein Instrument zur Verwirklichung dieses Zieles.

Der erste Schritt wäre eine Initiativ-Delegation. Sie sollte ohne weitere Diskussion zusammengestellt werden. Diese Delegation sollte beginnen mit denjenigen Kräften, die bereit sind, sich an der Dachpartei zu beteiligen, und dann versuchen, die Zahl der Teilnehmer so weit wie möglich auszubauen. Dies sollte parallel zur Organisierung von Diskussionen mit möglichen Teilnehmern über Programm und Satzung geschehen. Um die Gründungsmitglieder zu formieren, sollte ein offizielles „Vor-Gründungskomitee“ deklariert werden.



Filiz Koçali (3.v.l.) auf einer Veranstaltung: Ergenekon und geheimer Krieg Foto: DIHA

Auf welcher Basis können sich demokratische sunnitische und alevitische Kreise gemeinsam an der Dachpartei beteiligen?

Auf der Grundlage des freiheitlich-laizistischen Prinzips können alle Religionen, Glaubensgemeinschaften und Konfessionen eine große historische Aussöhnung erreichen. Die Geschichte der türkischen Republik ist keine Geschichte von Religionskriegen, sondern eine Vernichtungs- und Unterdrückungsgeschichte der hegemonialen Religion anderen Religionen und Glaubensgemeinschaften gegenüber. Aus diesem Grunde gab es keinen Frieden zwischen den Religionen und Glaubensgemeinschaften, d. h. keine Aussöhnungsphase auf der Grundlage von Freiheit und Laizismus. Das Christentum wurde liquidiert, das Judentum assimiliert, das Alevitentum unterdrückt, der Atheismus ist de facto unter der Erde. Die Dachpartei wird die demokratischen Kräfte unter all den Religions- und Glaubensgemeinschaften vereinen und ihre freiheitlich-laizistischen Fundamente entwickeln. Die kurdische Freiheitsbewegung bereitet schon jetzt diese Fundamente mit einem sehr harten Kampf in den kurdischen Gebieten vor. Ein wichtiges Vorbild für die Dachpartei.

Wie wird die Originalität der zwei unterschiedlichen sozioökonomischen, soziokulturellen und soziopolitischen Regionen in der Türkei im Programm der Dachpartei reflektiert werden?

Die Aufgabe, die Programme in beiden Regionen einander anzupassen, entstand aufgrund des Willens der kurdischen Befreiungsbewegung für ein gemeinsames Leben. Es ist unvermeidlich, dass verschiedene Regionen unterschiedliche programmatische und politische Orientierungen haben. Beispielsweise durchlebt die kurdische Region eine Phase revolutionärer Volkserhebung, die Metropole hingegen eine Flaute. Einem Erwachen der Frauen einerseits steht auf der anderen Seite die klägliche Situation der Angst bedeckter Frauen, sich zu öffnen, gegenüber. Während in einer Region der Wohlstand steigt, wächst in der anderen die Armut. Unterschiede, die zudem daraus resultieren, dass die Kurden in einer Region eine Minderheit und in der anderen die Mehrheit bilden.

All diese Unterschiede machen eine föderale oder konföderale organisatorische Einheit notwendig zwischen der DTP, die in der kurdischen Region die Mehrheit vertritt, und den Kräften in den Metropolen. Die Dachpartei wird eine Anpassung der verschiedenen Programme dieser zwei unterschiedlichen Regionen gegen die Herrschaft eines einzigen Staates ermöglichen. So wird der Wille der kurdischen Freiheitsbewegung für ein gemeinsames Leben auf demokratischer Grundlage umgesetzt.



Protest in Amed/Diyarbakır gegen das DTP-Schließungsverfahren Foto: DIHA

Was können wir uns unter einem vom Militär bevormundeten Regime vorstellen?

In der Türkei können wir nicht von einer parlamentarischen Republik ausgehen, wie sie seinerzeit von Marx und Engels so gelobt wurde. In der Türkei herrscht ein vom Militär bevormundetes Regime. Dies gilt seit der Gründung der Republik. Das vom Militär bevormundete Regime ist die Herrschaftsform des Militarismus als ein untrennbarer Teil des Kapitalismus unter den Bedingungen in der Türkei. Kapitalismus ohne Militarismus ist eine Utopie. Ewiger Frieden zwischen den Staaten in der kapitalistischen Welt ist ein Traum. Das ist nicht möglich. Nun zurück zum vom Militär bevormundeten Regime: Der Kapitalismus – wie im Falle des europäischen – kann bestehen ohne ein vom Militär bevormundetes Regime als Herrschaftsform des Militarismus. So wie wir sagen, dass es ohne Faschismus Kapitalismus geben kann. Aber dies gibt uns nicht das Recht zu sagen: „Wenn ohne Faschismus Kapitalismus möglich ist, sollten wir statt gegen den Faschismus pauschal gegen den Kapitalismus kämpfen." So verhält es sich auch mit dem vom Militär bevormundeten Regime in der Türkei. Ohne ein solches kann der türkische Kapitalismus als Machtzentrum in der Region sein Ziel der EU-Mitgliedschaft nicht erreichen. Somit ist diesem vom Militär bevormundeten Regime ein Ende zu setzen, ein Kampf, der offen ist für revolutionäre Ausgänge. Der Kampf gegen das vom Militär bevormundete Regime ist gleichzeitig auch ein Anliegen der demokratischen Kräfte innerhalb des Systems, die keine revolutionären Ziele verfolgen. Aus diesem Grunde wird der Kampf gegen dieses Regime die Möglichkeit bieten, die unterschiedlichen Kräfte zu bündeln und den revolutionären Zielen näher zu bringen. In der Dachpartei ist sowohl für Revolutionäre als auch für diejenigen mit weit bescheideneren Zielen Platz. ♦

USA betreiben eine Kurdenpolitik, die nicht den Kurden, sondern vielmehr ihnen selbst dient

Weder Obama noch McCain – wir Kurden sind die Lösungskraft

Nülifer Koç, Mitglied im Kurdistan Nationalkongress (KNK)

Das Wahlrecht als ein wichtiges Recht der Bürgerdemokratie hat in den vergangen Jahrhunderten weltweit sehr viele Opfer gefordert. Durch ihre Beteiligung glaubten viele Bürger einst, Einfluss auf Organe nehmen zu können, die für Staatsentscheidungen wichtig waren. Daher waren Parlaments-, Bürgerschafts- oder Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahrhundert von großer Bedeutung.

Vereinzelt sind Wahlen als demokratische Prozedur in einigen Teilen der Welt noch wichtig. Diese Realität aber sieht in den Staaten der Global Players anders aus.

Die Bürgerdemokratie ist für solche Staaten heute ein Luxus. Denn der Staat, der mit seinen Organen zwischen Volk und Kapital kompensierte oder koordinierte, hat seit dem Ende des vergangen Jahrhunderts immer mehr Partei für das Kapital ergriffen. Deshalb sind erkämpfte Bürgerrechte, die in Rechtsnormen festgelegt worden sind, heute immer irrelevanter. Der heutige Vater Staat hat längst seine Bedeutung für die Bürger verloren. Heute müssen die Staaten einzig und allein dem Kapital dienen. Der Staat selbst wird immer mehr zu einem Instrument, das dem Produktions- oder Finanzkapital die Hürden bekämpft, nationale Grenzen gewaltsam verändert und durch internationale Gremien wie den IWF andere Länder unter die globale Kolonialisierung zwingt. Hierfür werden auch die Armeen eingesetzt.

An keinem anderen Beispiel als den USA kann dieses Bild so deutlich und klar beschrieben werden. Allerdings entwickelt sich auch die EU nach diesem Trend.

Unter diesem Aspekt werden die Wahlergebnisse Ende November in den USA wenig Einfluss haben auf die expansionistische imperiale Zukunft der USA. Denn die ist schon längst festgelegt. Dafür haben die USA einen dritten Weltkrieg im Irak begonnen, dessen Reflektionen sich heute auch auf den Kaukasus ausdehnen, abgesehen von den kleinen regionalen Kriegen drum herum.

Anhand der positiven Veränderungen in der kurdischen Politik betrachte ich es als defensive Haltung, wenn wir Kurden uns einiges aus der Präsidentschaftswahl in den USA erhoffen. Auch ist es für mich nicht absolut wichtig, welcher von den Herren als nächster an die Macht kommt. Selbstverständlich wird es wichtig sein abzuwarten, welcher von den beiden Herren gewinnt. Denn gewisse politische Veränderungen wird entweder McCain oder Obama mit sich bringen. Diese Veränderungen werden aber keine radikalen oder strategischen sein, da die Zukunft der USA lange im Voraus festgelegt worden ist. Seit dem Zweiten Weltkrieg und vor allem seit dem Zerfall des Ostblocks arbeiten die USA auf ein Imperium hin. Daher werden die Resultate der Präsidentschaftswahl zwar ein paar Kurskorrekturen mit sich bringen, aber keine radikale Kritik am imperialen Anspruch. Hört man sich die Reden beider Herren an, erkennt man es klar. Allein die Äußerung von Obama z. B., sie würden die Welt mit Demokratie verändern, macht das Paradoxe deutlich. Wieso braucht die Welt denn die Demokratie, die die USA bringen wollen? Die Welt ist zu groß. Niemand kann sich in das Zentrum der Welt stellen.

Für die Kurden lassen zunächst die Äußerungen von Obama etwas Positives erhoffen. Doch auch McCain verspricht Verbesserung der Situation im Irak. Man möchte glauben, dass die Herren etwas bewegen könnten, wenn man nicht wüsste, dass das Schicksal der USA vom Irak als Prototyp des Mittleren Ostens davon abhängt. Denn im Irak wird der US-amerikanische Traum von der großen Weltmacht geordnet. Ordnung im Irak bedeutet zunächst Institutionalisierung US-amerikanischer Interessen im Mittleren Osten. Diese Region wird dann die Brücke zu China, Indien, Russland usw. bilden.

Uns Kurden geht es zunächst nicht darum, darauf zu warten, wer von den beiden Herren an die Macht kommen wird. Warten ist ein Luxus für uns Kurden. Es hat sich seit der US-Invasion in den Irak 2003 heute deutlich herausgestellt, dass nicht wir Kurden die kurdische Frage brauchen, sondern diejenigen, die globale Großmachtansprüche stellen und hierfür diese Frage als Krisenstock benutzen. Deshalb geht es mir darum, Möglichkeiten einer kurdischen Offensive für die nächste Zukunft aufzugreifen. Würden wir uns auf den Wahlausgang in den USA konzentrieren, würde dies wiederum heißen, dass wir etwas von den USA erwarten. Wir können uns nicht mehr erlauben, etwas zu erwarten von einer Macht, die uns nicht als respektabel, sondern als gut einsetzbaren Spielball ansieht.

Für uns Kurden stellt sich die Frage, welches Bündnis wir eingehen wollen und wo wir die Grenzen dieser Bündnispolitik setzen werden. Die USA betrei-

ben eine Kurdenpolitik, die nicht den Kurden, sondern vielmehr ihnen selbst dient. Es ist nun an der Reihe, dass die Kurden ebenfalls eine Politik entwickeln, in der Richtlinien und Grenzen für kurdisch-US-amerikanische Politik festgelegt werden sollten. Wir müssen dies, ob wir wollen oder nicht. Es hat wenig Sinn, eine anti-US-amerikanische Haltung einzunehmen und aus diesem Grund gegen die USA eine Konfrontation anzustreben, wie der Iran oder Venezuela es propagieren. Wir Kurden müssen eine Politik entwickeln, die es den USA zunächst nicht mehr ermöglicht, das klassische „Teile und herrsche“-Spiel zu betreiben. Dies kann möglich sein, wenn ein innerkurdischer Dialog entsprechend einer nationalen Strategie hergestellt wird. Die Kurden und die kurdische Frage sind ein Instrument in den Händen der USA, das sie gegen andere Mächte einzusetzen versuchen. Ob McCain oder Obama, sie werden dieser Linie folgen müssen. Oder sie müssten in Kauf nehmen, gegen die Türkei, Syrien und Iran vorzugehen. Denn würde es dazu kommen, die Kurden als eine strategische und willensstarke Kraft anzuerkennen, würde dies zu einer anti-kurdischen Koalition zwischen den genannten Staaten führen. Deshalb sieht es realistisch so aus, dass die USA auch nach der Wahl eine stagnierende Politik gegenüber den Kurden verfolgen werden, mal pro-kurdisch, mal anti-kurdisch. Je nach dem Verhältnis der USA zur Türkei, dem Iran, Irak oder Syrien wird sich die US-Kurdenpolitik ausrichten. Bei der stagnierenden Politik wird als Nebeneffekt vielleicht etwas für die Kurden herausspringen, das ihnen ab und zu kleine Erfolge gestattet. Doch würde dies nicht von Kurden bestimmt sein. Daher ist es unausweichlich, dass sich die Kurden als eine strategische Kraft begreifen und wissen müssen, dass die kurdische Frage ein wichtiges Instrument ist, um dem kurdischen Volk seine erhoffte Freiheit zu ermöglichen. Sowohl für die USA als auch für die EU ist die kurdische Frage nicht da, um gelöst zu werden. Schon gar nicht geht es um Frieden und Demokratie für Kurdistan. Nein, sie wird benutzt, um den Mittleren Osten noch weiter zu kolonialisieren.

Nationale Einheit der Kurden als stabilisierender Faktor

Wir können die Wahlausgänge in den USA lediglich als einen Anlass nehmen, um eine eigene neue nationale Politik zu gestalten und sie der neuen politischen Elite der USA vorzulegen. Dies wird natürlich nicht von heute auf morgen gehen. Sie wird aber auch nicht Jahre auf sich warten lassen.

Heute gibt es bessere Grundlagen für eine nationale kurdische Einheitsstrategie. Sowohl die Bereitschaft der PKK, die dies sehr offensiv auf ihrem 10. Parteikongress im August bekundete, als auch die Haltung verschiedener kurdischer Parteien wie unter anderem der KDP machen Hoffnung auf neue Möglichkeiten. Der *Kurdistan Nationalkongress* KNK hat unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen auf seiner Jahresvollversammlung im Juni die „Strategische Deklaration der demokratischen und nationalen Einheit“ verabschiedet und wird basierend auf dieser Deklaration im kommenden Jahr zu einer nationalen Konferenz aufrufen.

Auch wenn die Option eines unabhängigen Staates für viele Kurden noch als Traum basiert, so schätzen viele mittlerweile Modelle von demokratischer Autonomie über föderale Strukturen bis hin zu demokratischen Konföderationen

Der Wille der Kurden zur Einheit besteht unter den Massen schon seit gestern. Kurdische Intellektuelle, Schriftsteller, Akademiker und verschiedene Gesellschaften wünschen sich nichts sehnlicher als diese Einheit. Neben der verantwortungsbewussten Haltung großer kurdischer Parteien ist auch der Wille des kurdischen Volkes maßgebend dafür, dass es in den letzten Jahren trotz unvorstellbarer Drohungen durch die Türkei und andere Mächte nicht zu einem innerkurdischen Krieg kam.

Die nationale Einheitspolitik der Kurden mag zwar intern der kurdischen Sache dienlich sein. Doch wird sie auch weitergehende Effekte für die regionale und globale Politik mit sich bringen? Kurdistans geostrategische und geopolitische Lage macht das Land, wie in der Vergangenheit auch heute, attraktiv. Die Destabilisierung des Mittleren Ostens durch die „Teile und herrsche“-Politik anhand der kurdischen Frage würde ineffektiv werden, die Einheitspolitik zu einem wichtigen Faktor der Stabilisierung der Region. Hierbei ist es natürlich wichtig, dass alle kurdischen Parteien eine Lösung der kurdischen Frage im Rahmen der gegenwärtigen Staatsgrenzen vorsehen. Auch wenn die Option eines unabhängigen Staates für viele Kurden noch als Traum basiert, so schätzen viele mittlerweile Modelle von demokratischer Autonomie über föderale Strukturen bis hin zu demokratischen Konföderationen innerhalb der Türkei, des Iran, Irak und Syriens als relevante realistische Lösung ein. Das heißt, die nationale kurdische Vision von Föderalismus, demokratischer Autonomie oder demokratischem Konföderalismus basiert nicht auf Grenzveränderungen. Dies nimmt der Türkei, dem Iran oder Syrien das Argument des Separatismus aus der Hand.

Die Idee der Kurden, die konkret durch den kurdischen Nationalkongress formuliert wurde, sollte unterstützt werden, da es Großmachtplänen einen gewichtigen Prügel aus der Hand nehmen wird. Hierfür ist es allerdings wichtig, Abstand davon zu nehmen, Diskussionen der Kurden um eine nationale Einheit im Voraus in eine bestimmte Ecke zu drängen und die Kurden des Nationalismus oder Ähnlichem zu bezichtigen. Eine bessere und realistischere Alternative ist gegenwärtig nicht in Sicht.

Zur Politik der nationalen Einheit muss noch ergänzt werden, dass wir außer gegenüber USA und EU auch eine eigenständige Politik gegenüber der Türkei, dem Iran, Irak und Syrien verfolgen, welche auf Dialog basieren soll. Ein Krieg mit dem Iran, der Türkei, Syrien oder dem Irak wird weder den Kurden noch diesen Staaten dienen. ♦

Das Bedürfnis nach Frieden hat längst die lokale Ebene überschritten

Haben diese Friedenskundgebungen überhaupt eine Chance ...?

Interview mit Ayhan Bilgen, Mitglied des Friedensrates Türkei

Seit dem 1. September 2007 gibt es in der Türkei einen Friedensrat. Er ist aus einer Initiative erwachsen, die sich für eine friedliche und demokratische Lösung gegründet hatte. Ein weiterer Schritt war eine Appellgruppe, die die Konferenz „Die Türkei sucht ihren Frieden" am 13. und 14. Januar 2007 in Ankara organisierte [*Näheres s. KR Nr. 130*]. Auf dieser Konferenz wurde für die weitere Friedensarbeit die Diskussion zur Gründung eines Friedensrates aufgenommen, der dann schließlich am 1. September 2007 auf einem Gründungskongress als *Friedensrat Türkei* gegründet wurde [*vgl. hierzu KR Nr. 134*]. Seit gut zwei Jahren gibt es daher eine kontinuierlich anwachsende Friedensarbeit, die nicht nur begrenzt ist auf die Kurden. Neben zahlreichen Seminaren, Diskussionsveranstaltungen, Konferenzen, Petitionen und Unterschriftenkampagnen hat der Friedensrat auch große Kundgebungen organisiert. Die erste große Versammlung unter dem Motto „Es reicht, wir wollen eine Lösung für die kurdische Frage" fand am 1. Juni 2008 in Istanbul-Kadıköy statt. Daran nahmen mehrere Zehntausend Menschen unterschiedlicher Couleur teil. Neben den aufgezählten Aktivitäten wurden in mehr als 26 Provinzen Friedensinitiativen gegründet. Die Friedensarbeit weitete sich auch außerhalb der Grenzen der Türkei aus. So wurde der *Europäische Friedensrat Türkei* auf einem Gründungskongress in Düsseldorf am 26. April aus der Taufe gehoben. Über seine Ziele äußerte Murat Cakir, eines der Gründungsmitglieder, in einem Artikel für unsere KR-Ausgabe Nr. 136: „Der ‚*Europäische Friedensrat Türkei*' soll zum einen mit den Friedenskräften der Türkei in einem engen Schulterschluss zusammenarbeiten, die demokratische Öffentlichkeit in Europa auf die Konflikte der Türkei sowie auf deren friedliche und demokratische Lösungsmöglichkeiten aufmerksam machen und als eine Lobby des Friedens agieren. Zum anderen aber soll der ‚*Europäische Friedensrat Türkei*' sich als originärer Bestandteil europäischer Friedensbewegungen verstehen und als solche handeln."

Zum Antikriegstag am 1. September organisierte der *Friedensrat Türkei* erneut Friedenskundgebungen parallel in drei verschiedenen Städten. Songül Karabulut sprach mit Ayhan Bilgen vom Friedensrat über die letzten Kundgebungen und über die Friedensarbeit in der Türkei:

Am 1. September führte der *Friedensrat Türkei* anlässlich des Antikriegstages in den Städten Adana, Istanbul und Diyarbakır Friedenskundgebungen durch. Was können Sie uns darüber berichten?

Die Kundgebungen wurden im Rahmen der Forderung nach einer demokratischen Lösung für die kurdische Frage geplant und durchgeführt. Neben den Kundgebungen in Diyarbakır, Adana und Istanbul mit der Teilnahme zahlreicher Menschen wurden auch in vielen Provinzen mit derselben Forderung Konzerte, Presseerklärungen und Konferenzen organisiert. Wir haben diese drei Städte für die Kundgebungen symbolisch ausgewählt, um zu verdeutlichen, dass das Bedürfnis nach Frieden nicht nur in den kurdischen Gebieten, sondern überall im Lande besteht. Zu den Kundgebungen riefen unterschiedliche Gewerkschaften, politische Parteien und Vereine auf und beteiligten sich auch aktiv. Neben Transparenten, die die institutionelle Teilnahme ausdrückten, traten die gemeinsamen Parolen in den Vordergrund.

Was können Sie uns über Teilnahme und Botschaften auf den Kundgebungen sagen?

Ungeachtet des sehr warmen Wetters beteiligten sich jeweils mehrere Zehntausend Menschen an den Kundgebungen. Die Forderung nach Frieden war zentral. Mit diesen Kundgebungen konnten wir zeigen, dass trotz unserer unterschiedlichen Identitäten unsere gemeinsame Forderung „Lösung statt Tod" ist. In diesem Zusammenhang war es sehr bedeutsam, dass kurdische Mütter, die ihre Kinder verloren haben, anstelle einer Sprache der Wut und Rache ihre Forderung nach Frieden ausdrückten.

Zur Zeit der Kundgebungen fanden in den kurdischen Regionen die Militäroperationen des türkischen Militärs statt. Diese halten ohnehin seit mehr als einem Jahr ununterbrochen an, vor allem nach der Zustimmung des türkischen Parlaments für grenzüberschreitende Operationen, sowohl innerhalb der Grenzen der Türkei als auch in Südkurdistan (Nordirak). Täglich treffen Leichen ein, Wälder werden bewusst in Brand gesetzt. Haben diese Friedenskundgebungen überhaupt eine Chance gegen eine Realität, die darauf fixiert ist, das Problem mit Waffengewalt lösen zu wollen? Überlegt der Friedensrat radikalere Aktionsformen zivilen Ungehorsams, wie z. B. menschliche „Barrikaden" vor Panzer oder „Lebende Schutzschilde" in die Gebiete mit kriegerischen Auseinandersetzungen zu mobilisieren, wenn das Beharren auf einer militärischen Lösung weiterhin anhält?

Bislang haben leider sowohl die Sicherheitsbürokratie als auch die politische Macht unsere Friedensforderungen ignoriert und überhört. Seit einigen Tagen werden auch in der Türkei neue Stimmen laut, die äußern, dass das Problem nicht mit Waffengewalt zu unterdrücken sei. Vor allem nach dem Angriff in Aktütün(1) versuchen einige Journalistinnen und Journalisten, diese Diskussion einzubringen. Meiner Meinung nach wird es unvermeidlich sein, dass sich diese Debatte auf die Tagesordnung drängen wird, auch wenn die Militäroperationen anhalten sollten.

Selbstverständlich wird der Friedensrat sich um neue Aktionsformen Gedanken machen und sie entwickeln.

Gibt es in der außerkurdischen Gesellschaft das Bedürfnis nach Frieden überhaupt, oder ist da etwas im Entstehen?

Die Lynchangriffe in Altınova(2) und die folgenden Vorfälle in anderen Ortschaften wie Adana und Fethiye haben gezeigt, dass das gesellschaftliche Friedensbedürfnis längst die Lokalität überschritten hat. Die bislang unkritisch beobachtete Sicherheitspolitik des Landes wird seit dem Angriff in Aktütün ernsthafter Kritik unterzogen. Wichtig ist es, dass ein ernsthafter Friedenswille, der diese Bestrebungen organisiert und lenkt, in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Leider ist das Potential, die Forderung nach Frieden öffentlich vordergründig zu behandeln, außerhalb der kurdischen Bevölkerung noch unzureichend vorhanden. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass sich dieses Bedürfnis zunehmend aufzwingen wird.

Welche Aktivitäten des Friedensrates sind für die kommende Zeit vorgesehen?

Auf der Sitzung unseres geschäftsführenden Sekretariats am 12. Oktober werden wir unsere weiteren Aktivitäten planen. Neue Kampagnen, die die Forderung nach Frieden vergesellschaften sollen. Es ist jedoch zu betonen, dass in diesem Zusammenhang die Planung für die Medien von strategischer Bedeutung ist. Wir werden versuchen, die Reaktionen wie im Falle des Parlamentsbeschlusses zu grenzüberschreitenden Operationen zu bündeln, um den Druck auf die politischen Institutionen zu erhöhen. ♦

Fußnoten:
(1): Am 5. Oktober griffen Guerillaeinheiten einen Gendarmerie-Stützpunkt in Aktütün, einem kleinen Ort in der Nähe der irakischen Grenze, an. Nach Angaben der Volksverteidigungskräfte HPG wurden 62 Soldaten getötet.

(2): Eine Auseinandersetzung am 30. September 2008 in der Stadt Altınova an der türkischen Ägäisküste mündete in kurdenfeindliche Ausschreitungen.

Karl Mays terroristische Literatur und die EU-Kandidatin Türkei vor der *Frankfurter Buchmesse*

Die Freiheit des Wortes ...

Memo Şahin

Seitdem die Türkei als EU-Kandidatenland (1999) gekürt wurde, sind inzwischen neun Jahre vergangen. Im Dezember 2004 bescheinigte die Brüsseler EU-Kommission der Türkei, dass sie die Kopenhagener Kriterien, insbesondere eine intakte und funktionierende Demokratie, Achtung und Gewährung der Minderheiten- und Menschenrechte erfüllt habe, und führt seit Oktober 2005 offiziell Verhandlungsgespräche mit der Türkei.

Die Erfüllung dieser Kopenhagener Kriterien sieht in der Tat bezogen allein auf die kulturellen Freiheiten aber folgendermaßen aus:

Karl Mays terroristische Literatur

Karl May, Reiseschriftsteller, zählte über Jahrzehnte hin zu den meistgelesenen Schriftstellern Deutschlands. Seine Bücher wurden in etwa 40 Sprachen übersetzt und erreichten eine Gesamtauflage von mehr als 200 Millionen. In der Türkei aber stehen die Bücher von Karl May von sofort an auf dem Index. Und es wurde eine komplette Lieferung mit Karl-May-Büchern beschlagnahmt.

Der Grund: Karl May hatte ein Buch „Durchs wilde Kurdistan" genannt – und das Wort Kurdistan ist in der Türkei offiziell verboten. Aus türkischer Sicht gibt es Kurdistan gar nicht. Und wer das Wort »Kurdistan« dennoch gebraucht, der ist ein »Terrorist«. So steht also nun einer der größten deutschen Reiseschriftsteller in der Türkei auf dem Index. (Freie Presse 9.6.08; mesop, 9.6.08; Freie Presse Glauchau, 10.6.08)

Haftstrafe für kurdischen Chefredakteur

Vedat Kurşun, Chefredakteur der einzigen kurdischsprachigen Tageszeitung in der Türkei, ist in Diyarbakır zu einer Haftstrafe von drei Jahren und drei Monaten verurteilt worden. Kurşun wurde zur Last gelegt, in der Tageszeitung „Azadiya Welat" Werbung für eine terroristische Organisation betrieben zu haben, weil er u. a. den Begriff „Kurdistan" verwendet habe. (ANF, 10.6.08, ISKU)

Telefonat auf Kurdisch unter Strafe

Am 23. Mai riefen Mahmut Özkılıç und Ziya Athan in Konya bei ihren Familien in Diyarbakır an und unterhielten sich per Handy in kurdischer Sprache. Ein türkischer Polizist schaltete sich ein und kontrollierte die Personalien. Daraufhin wurden die beiden kurdischen Männer in das Polizeiauto gezerrt und beschimpft.

Laut Informationen des Vorsitzenden des *Menschenrechtsvereins* in Diyarbakır (IHD), Muharrem Erbey, wurden die bei-

den Kurden aufgrund eines Telefongesprächs in kurdischer Sprache zu einer Geldstrafe von 62 YTL verurteilt. (ANF und *Aktüel Bakıs*, 6.6.08)

Rückweisung eines Siebenjährigen aufgrund seines Namens

Ein siebenjähriges Kind namens Walter darf ohne Weiteres in die Türkei einreisen. Ein in Deutschland geborenes gleichaltriges kurdisches Kind namens Welat (Heimat) darf nicht in die Türkei einreisen und wird aus dem Istanbuler Flughafen allein nach Düsseldorf zurückgewiesen, weil es einen kurdischen Namen trägt. (YÖP, 18.6.08)

Zwei Tage später meldete die Nachrichtenagentur ANF, dass sich in Stuttgart ein ähnlicher Fall ereignet habe. Die Familie Ay – deutsche Staatsbürger – wollte mit ihren drei Kindern Çiya, Berfin und Beritan in die Türkei fliegen. Am Flughafen Stuttgart wurden sie bei der Ticketkontrolle von Angestellten der *Turkish Airways* zurückgewiesen. Als Begründung wurde ihnen nach Angaben des Vaters Nurettin Ay genannt, sie seien keine türkischen Staatsbürger. (ANF, 20.6.08, ISKU)

Mitglieder eines Kinderchors stehen vor Kadi

amnesty international hat am 18. Juni 2008 eine Presseerklärung zu dem Verfahren gegen drei Jugendliche herausgegeben, deren Gerichtsverfahren am 19. Juni vor einem Gericht für Erwachsene beginnt. Sie sind Mitglieder eines Jugendchores, der im Oktober 2007 an einem Musik-Festival in San Francisco teilgenommen hat. Der Chor hat Lieder in mehreren Sprachen gesungen, darunter auch ein altes kurdisches Lied mit dem Titel „Ey reqib/Hey Feind“ – wegen dem sie nach dem Anti-Terror-Gesetz (Art. 7/2) wegen „Propaganda für eine illegale Organisation“ angeklagt worden sind. Sechs Chormitglieder, die jünger als 15 Jahre alt sind, stehen mit der gleichen Anklage vor einem Kindergericht. (ai, Türkei-Koordinationsgruppe, 18.6.08)

Verleger Zarakolu zu fünf Monaten Haft verurteilt

Der engagierte Menschenrechtler und Verleger Ragıp Zarakolu wurde am 17. Juni 2008 wegen der Veröffentlichung der türkischen Ausgabe des Buches „The Truth Will Set Us Free“ (2004) des armenisch-britischen Autors George Jerjian nach § 301 „Herabwürdigung des Türkentums“ zu fünf Monaten Haft verurteilt. Zwar wurde das Verfahren mit Rücksicht auf die Novellierung des umstrittenen Strafrechtsartikels 301 ausgesetzt, doch die Entscheidung belegt die schlimmsten Befürchtungen von Bürger- und Menschenrechtlern im In- und Ausland, die die Novelle als reine Kosmetik betrachten.

Nach Angaben des türkischen Justizministeriums sind allein im Jahr 2006 über 1 700 Personen nach § 301 gerichtlich verurteilt worden. (http://www.aga-online.org/de/aktionen/detail.php?neksId=272, 20.6.08)

Dies sind einige Beispiele der letzten Monate und widerspiegeln den Umgang der Türkei mit anderen Ethnien und Minderheiten.

Der türkische Staat, die türkische Nation, die türkische Sprache, die türkische Fahne und der türkisierte und somit missbrauchte Islam bilden seit über 85 Jahren die Stützpfeiler der türkischen Republik, die heute als „türkisch-islamische Synthese“ bezeichnet wird. Was nicht in dieses Schema passt, ist zu Unglück, Assimilierung und Verfolgung verurteilt.

Während z. B. in Istanbul, Ankara oder Izmir die Kinder der Eliten in die englischen, deutschen oder französischen Schulen gehen können und in diesen Sprachen unterrichtet werden, dürfen Kinder der zwanzig Millionen Kurden ihre eigene Muttersprache auch im Jahre 2008 nicht lernen.

In einem Land, in dem z. B. ein TV-Sender namens „Show-TV“ seit über zehn Jahren sendet, in dem an fast jeder Toilettentür ein „WC“-Schild hängt, in dem an den bunten Vitrinen „Boutique XY“ und an Schaufenstern „Café Broadway“ steht, in dem auf jeder türkischen Schreibmaschine und PC-Tastatur die Buchstaben „W“, „Q“, „X“ vorhanden sind und die Herrschaften mit „www“ ins Internet gehen und surfen, werden die Anwendung dieser Buchstaben den Kurden vorenthalten und kurdische Namen mit „W“, „Q“ und „X“ verboten und nicht eingetragen.

Kurdische Bürgermeister werden suspendiert und schikaniert, weil sie z. B. in den Neujahrskarten Kurdisch anwenden und den Buchstaben „W“ benutzen. Die Benutzung des Buchstabens „W“ im englischen Text ist erlaubt, aber im kurdischen verboten.

Wer einen solchen Staat dennoch als Ehrengast auf der *Frankfurter Buchmesse* hofiert, macht sich mitschuldig an den Armeniern, Assyrern, Griechen, Kurden und all den anderen Minderheiten in der Türkei, deren Kultur und Sprache auch im Jahre 2008 weiterhin negiert und unterdrückt werden. Die Federführer dieser Entscheidung verstehen anscheinend unter der Freiheit des Wortes etwas anderes. Dies ist ein erneuter Beleg der Fortsetzung der Schröder-/Fischerschen und Steinmeierschen einseitigen und unkritischen Lobbypolitik zugunsten der Türkei.

Der weltbekannte kurdischstämmige Romancier Yaşar Kemal äußerte bezüglich der Kurdenfrage Folgendes: „Vor vielen Jahren habe ich gesagt, dass Demokratie von der kurdischen Frage abhängt. Verbiete die Sprache von Millionen von Mitbürgern, verbiete Schulen, in denen die eigene Sprache gesprochen und geschrieben wird, verbiete auch Universitäten, die die eigene Sprache erforschen … Es ist fast nichts übrig, was den Kurden nicht verboten worden ist. Entweder eine wahre Demokratie oder nichts …“ (Yaşar Kemal, Ankara, 13. Januar 2007)

Es darf nicht sein, dass in dem EU-Kandidatenland Türkei die Sprache von zwanzig Millionen Menschen immer noch verboten ist, dass die Anwendung der Muttersprache geahndet wird, dass Menschen aufgrund ihrer Sprache in Gefängnisse gesteckt, Kinder aufgrund eines Liedes angeklagt und Bücher von einem weltbekannten Schriftsteller, wie Karl May, beschlagnahmt werden.

Die deutsche und europäische Öffentlichkeit ist eingeladen, gegen die Machenschaften des türkischen Staates einen kleinen Beitrag zu leisten und gemeinsam mit Yaşar Kemal, Kurden und demokratischen Kräften in der Türkei zu fordern: „Entweder eine wahre Demokratie oder nichts!“

Die Freiheit des Wortes muss auch für Kurdisch gelten! ♦

Der 10. PKK-Kongress

Die Vollendung des Neuaufbaus

Zusammenfassung von Gesprächen mit Cemil Bayık, Murat Karayılan und Duran Kalkan

Die *Arbeiterpartei Kurdistan* (PKK) reorganisierte sich im April 2005, nachdem sie sich 2002 für aufgelöst erklärt hatte. Vom 21. bis 30. August 2008 fand ihr 10. Parteikongress statt. Die PKK ist seit 30 Jahren eine wichtige politische Kraft im Mittleren Osten, die auch in der Zeit ihrer Inaktivität nichts von ihrer Bedeutung verloren hatte. Sie ist eine Bewegung, die über eine große Dynamik verfügt, mit deren Hilfe sie sich erneuern und den Anforderungen anpassen kann. Seit gut sechs Jahren befindet sie sich in einer solchen, für viele EuropäerInnen nicht leicht nachzuvollziehenden, Phase. Der folgende Text wird sicherlich zum Verständnis aktueller politischer als auch PKK-interner Entwicklungsprozesse beitragen können. Es handelt sich dabei um eine Zusammenstellung von Auszügen aus ursprünglich separat bei der Nachrichtenagentur ANF nach dem Kongress veröffentlichten (9.–13.9.08) Interviews mit den drei PKK-Gründungsmitgliedern Cemil Bayık, Murat Karayılan und Duran Kalkan zum 10. PKK-Kongress.

Welche Besonderheiten kennzeichnen die Phase, in der Ihr 10. Kongress stattfand?

Cemil Bayık: Wir durchleben im Mittleren Osten den dritten Weltkrieg. Das globale Kapital versucht, seine Herrschaft zu errichten auf der Grundlage der Neutralisierung von Staaten, die ihren Nationalstatus aufrechterhalten wollen, und der Erstickung der Freiheitsalternative der Völker. So soll der Mittlere Osten dem globalen Kapital vollständig zugänglich gemacht werden. Wir haben unseren 10. Kongress in einer Phase durchgeführt, die bestimmt ist von militärischen Auseinandersetzungen im Irak, in Afghanistan, im Kaukasus und von der angespannten Lage in Iran und Kirkuk. Während der Mittlere Osten im Ersten Weltkrieg im Rahmen der Interessen des Kapitalismus neu geordnet wurde und im Zuge dieser Neuordnung Nationalstaaten entstanden, spielte sich der Krieg in Kurdistan ab. Als Resultat dessen wurde Kurdistan in vier Teile zerlegt und dem kurdischen Volk seine Existenz abgesprochen. Das kurdische Volk ist seitdem gefangen im System der Verleugnung und Vernichtung. Während das globale Kapital heute danach trachtet, die Region erneut mit Krieg neu zu ordnen und den Einfluss von Nationalstaaten zu brechen, tobt auch diesmal der Krieg in Kurdistan. Die Staaten, allen voran die Türkei, Iran und Syrien, versuchen, den Status quo des Mittleren Ostens aufrechtzuerhalten und dabei auch den Irak auf ihre Seite zu ziehen, um die kurdische Freiheitsbewegung zu bekämpfen. Gegen die Angriffe sowohl des globalen Kapitalismus als auch der Kräfte des Status quo, die die Freiheitsbewegung unter ihre Kontrolle bringen oder sie zumindest neutralisieren wollen, führen wir vielleicht den größten und würdevollsten Kampf unserer Geschichte.

Man will unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan – der eine freie Gesellschaft zu errichten sucht – und die PKK unter Kontrolle bekommen, zumindest neutralisieren, um die kurdischen Kollaborateure an die Macht zu bringen und alle Kurden dem Kapital unterstellen zu können. Deshalb wird gegen unseren Vorsitzenden und gegen die PKK der Druck erhöht, Isolation und Angriffe werden verstärkt. Seit Jahren stehen wir als Bewegung im Kampf mit dem System der Verleugnung und Vernichtung. Die PKK ist inzwischen nicht nur in Bezug auf die Lösung des kurdischen Konflikts zur dritten Kraft geworden, sondern auch bei der Lösung der die Menschen und Gesellschaften heute betreffenden Probleme. Sie möchte die gesellschaftlichen Probleme mit der demokratischen Kommunalität lösen. Aus diesem Grunde gerät sie zu den Vertretern des globalen Kapitals und zu den Kräften des Status quo in Konfrontation. Unsere Widersprüche mit ihnen sind tiefgründig und wir befinden uns im ständigen Kampf. Diese Kräfte repräsentieren die Gesellschaften von Staaten, wir hingegen streben ein demokratisches und freiheitliches System außerhalb von Staaten an.

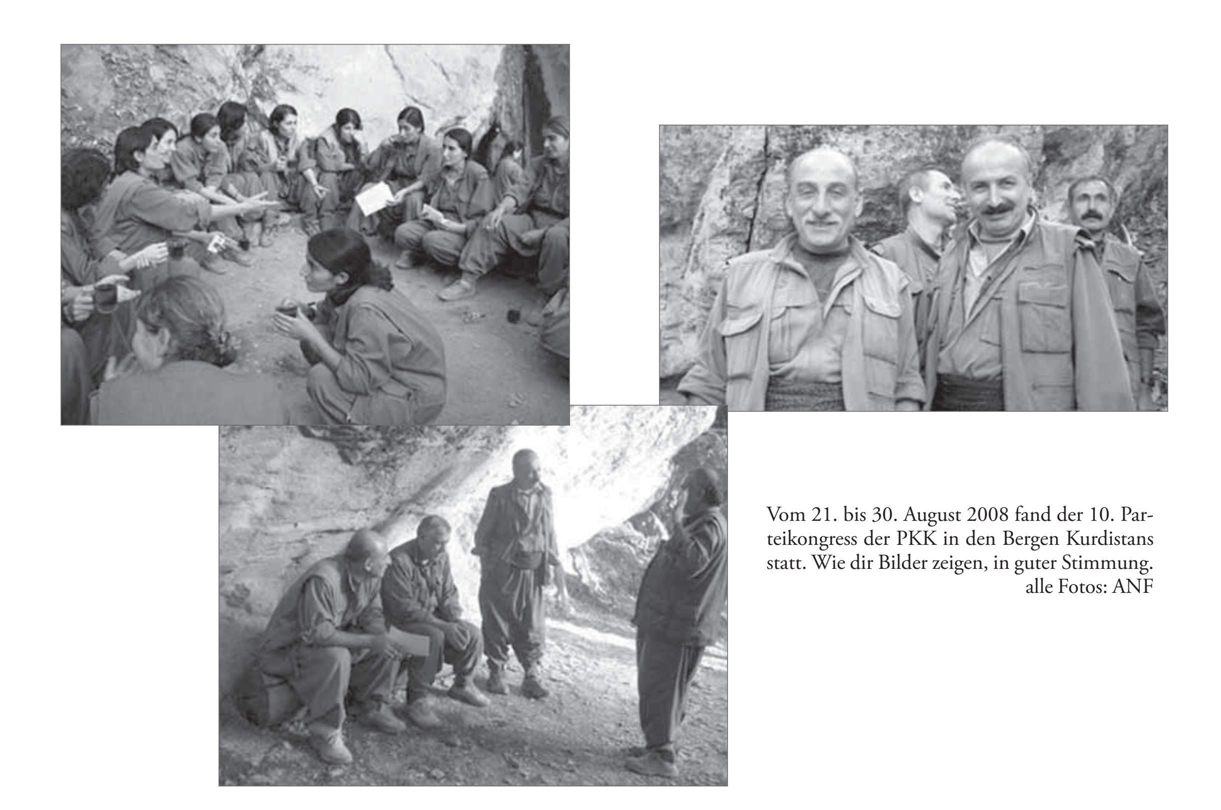
USA und EU arbeiten gemeinsam an der Intervention des globalen Kapitals im Mittleren Osten. Durch die Entwicklung des türkisch-irakischen Bündnisses wollen die USA in der Region verstärkt von der Türkei profitieren. Mit der Förderung des politischen Islam im Mittleren Osten und mit der Stärkung der Kollaboration in Kurdistan versuchen sie, den gegenwärtigen Status quo zu kippen. Auf dieser Grundlage intervenieren sie wiederholt zur Beeinflussung des politischen Aufbaus der Türkei. Ein gewisser Erfolg lässt sich auch beobachten. Die Türkei wurde in die Füh-

rung der *Organisation der Islamischen Konferenz* gebracht und zum nichtständigen Mitglied im UN-Sicherheitsrat gewählt. Außer in den Konflikten in Georgien, dem Kaukasus, Afghanistan, Pakistan, dem Irak wird sie auch gebraucht in den Auseinandersetzungen zwischen Iran und USA, Syrien und Israel, Palästina und Israel, Libanon und Israel. Mit Armenien scheint sich die Situation zu entspannen. Alles das realisiert durch den Druck der USA, die Türkei Schritt für Schritt auf ihre Linie zu bringen. Der politische Islam entfaltete in der Türkei seine Wirkung. Es ist zu beobachten, dass die türkische Republik ihre Hülle wechselt. Während sie die ihr von den USA auferlegte Rolle annimmt und neben den USA und der EU auch die Unterstützung der regionalen Kräfte des Status quo hinter sich hat, sucht sie unsere Bewegung zu vernichten und auf diese Weise zur Regionalmacht zu avancieren. Die USA wollen die Kurden für sich gewinnen, um von ihnen zu profitieren. Die PKK steht ihnen da im Weg, daher soll sie überwunden werden. Die Stärkung des Einflusses des Nationalismus soll Kurdistan dem globalen Kapital zugänglich machen. Ohne das scheint ihr Erfolg in der Region nicht leicht realisierbar.

Mit diesem Ziel war gegen unsere Bewegung ein internationales Komplott entwickelt worden. Dessen erste Etappe bestand in der Neutralisierung unseres Vorsitzenden, er wurde verschleppt und gefangen genommen. Dann kam die zweite Etappe mit der Verrätergruppe in der Bewegung. Dieser Verrat, diese Provokation versuchte, uns in das System einzugliedern, und fügte uns einen gewissen Schaden zu.

Gegenwärtig kann man sagen, dass die Komplott-Kräfte die dritte Etappe eingeleitet haben. Diese sieht vor, alle der Linie unseres Vorsitzenden verbundenen Kader zu liquidieren, um die übrig Gebliebenen ins System zu integrieren. Aus diesem Grunde haben die USA die PKK zum gemeinsamen Feind erklärt und ihre Unterstützung für die Türkei verstärkt. Sich darauf verlassend versuchte die Türkei im letzten Herbst und Winter, ihr Vorhaben zu vollenden, und setzte alles ihr Mögliche ein. Unsere Bewegung sagte der Wirkung der Provokationslinie den ideologischen und organisatorischen Kampf an und entwickelte ihn. In diesem Rahmen begannen wir die Offensive „Êdî bes e – Es reicht!“.

Infolge unseres Kampfes haben wir es geschafft, die Bewegung erneut zu sammeln und wichtige politische Resultate zu erzielen. Der Widerstand in Gabar, Oramar und Zap sowie der Volksaufstand, der vom 15. Februar bis zum 4. April anhielt, durchkreuzten die gegnerischen Pläne und neutralisierten sie zum größten Teil. Es war regelrecht eine Freiheitsrevolution.



Vom 21. bis 30. August 2008 fand der 10. Parteikongress der PKK in den Bergen Kurdistans statt. Wie dir Bilder zeigen, in guter Stimmung.
alle Fotos: ANF



Die Rechnung ging bei der dritten Etappe des Komplotts nicht auf. Die zu diesem Zweck in In- und Ausland geschaffenen Allianzen begannen, sich zu lösen. Daraufhin gab es im Juli 2008 neue Bündnisse zwischen den USA und der Türkei sowie zwischen AKP und Militär und Vereinbarungen zur Liquidierung der kurdischen Freiheitsbewegung. Die Angriffe wurden erneut aufgenommen. Mit dem Irak wurde ein strategischer Pakt geschlossen. Die Einbeziehung der südkurdischen politischen Kräfte in diese Politik der Verleugnung und Vernichtung war ebenfalls geplant.

Das Beharren auf dieser Politik ist deutlich. Wenn sie ihre Angriffe in diesem Herbst und Winter ausdehnen können, ist die Ausweitung des Krieges in Nordkurdistan auf gesamt Kurdistan beabsichtigt. Es ist abzusehen, dass Pläne zur Beteiligung Irans und der südkurdischen politischen Kräfte geschmiedet werden, um die Guerilla in Südkurdistan zu vernichten. Eine erneute umfangreiche Militäroperation nach Südkurdistan zum Herbst ist höchst wahrscheinlich. In den Wintermonaten soll diese Operation auch in Nordkurdistan stattfinden.

Das Verhalten Irans bezüglich der PKK ähnelt dem der USA. Beide wollen die PKK unter ihre Kontrolle bekommen, damit sie die Kurden benutzen können. Hierfür unterstützen beide die Türkei in ihrer Politik gegen die PKK. Die zunehmenden Spannungen mit den USA und die Erfolglosigkeit bei der Kontrolle über die PKK haben die iranische Politik ins Leere laufen lassen. Dasselbe Schicksal werden auch die USA erfahren. Wenn der geplanten Großoffensive gegen unsere Bewegung im Herbst und Winter ein Erfolg versagt bleibt, ist zu erwarten, dass sich eine neue politische Atmosphäre anbahnt. Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen.

War Ihr Kongress turnusgemäß oder ein außerordentlicher?

Cemil Bayık: Nach der Satzung war er fällig, sogar etwas überfällig. Zudem machten bestimmte wichtige Entwicklungen in Kurdistan, die sich von Zeit zu Zeit beschleunigen, einen Kongress erforderlich. Darauf hatte sich unsere Bewegung notwendigerweise vorzubereiten und sich zu ordnen. Dies war einer der wesentlichsten Gründe für den 10. Kongress, diesen Angriffen vorbereitet entgegenzutreten und sie ins Leere laufen zu lassen, um die Resultate in eine neue politische Lösungsatmosphäre einfließen lassen zu können. Neben der effektiven Abwehr der Angriffe geht es auch darum, die demokratische nationale Einheit zu entwickeln und mit den benachbarten Völkern Dachparteien zu gründen. Außerdem haben wir uns über die Behebung der Mängel bei der Guerilla und beim Volksaufstand auseinandergesetzt.

Wenn man der Propaganda des türkischen Staates und seiner Armee Glauben schenkt, so zerfällt Ihre Bewegung. Dem steht die Tatsache gegenüber, dass Sie genau in der Zeit, in der diese Propaganda täglich verbreitet wird, erst die Kongra-Gel-Vollversammlung und anschließend den 10. PKK-Kongress durchführen.

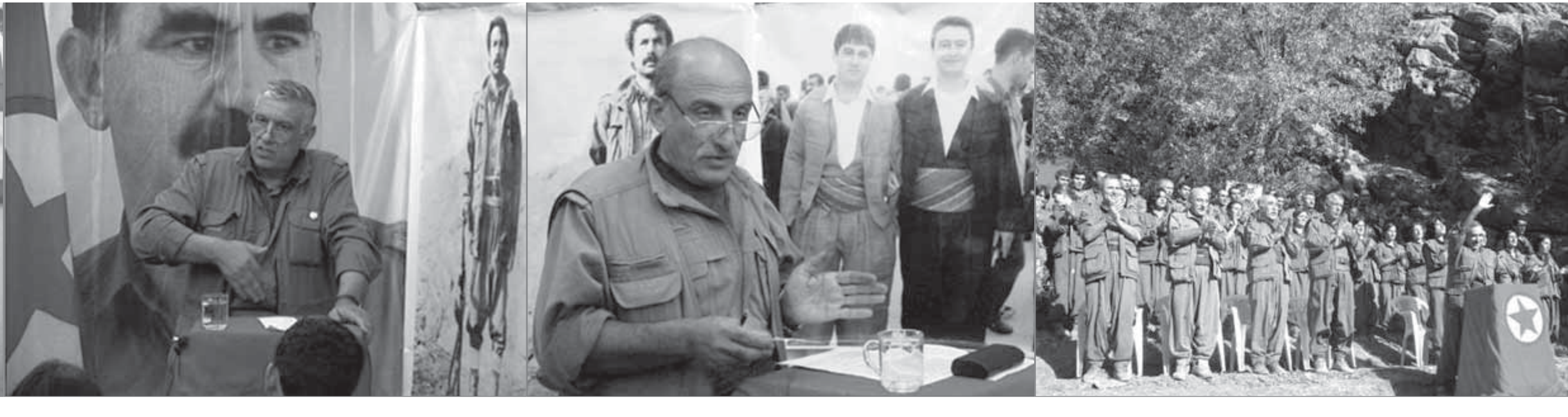
Murat Karayılan: Die Erklärungen von türkischer Seite sind als Teil der speziellen Kriegsführung zu betrachten. Sie entsprechen nicht der Wahrheit. Die Tatsache, dass wir zwei wichtige Kongresse binnen kurzer Zeit durchführten, ist Beweis dafür.

Es gibt keinerlei unterschiedliche Haltungen innerhalb unserer Bewegung. Auch der auf unseren letzten Versammlungen gestärkte Einheitsgeist widerlegt diese Art von Behauptungen.

Was die Erklärungen des türkischen Generalstabschefs betrifft, kann ich sagen: Entweder belügen sie sich selbst oder eine große Sinnestäuschung soll herbeigeführt werden. Es ist kein Geheimnis, dass die türkische Armee von den USA neue Technik für Geheimdienst, Aufklärung und Schutz der Luftwaffe gegen Beschuss erhalten hat. Nun verfällt der Generalstab der Illusion, damit alle Möglichkeiten der Welt in der Hand zu halten, ihre Macht auszuweiten. Das stimmt aber so nicht, denn würde die Technologie der US-Amerikaner wirklich das erwünschte Resultat erzielen, dann hätten sie heute in Irak und Afghanistan nicht diese Probleme. Hätte Israel mit dieser Technologie eine unüberwindliche Stärke erreicht, so hätte es die Niederlage im Libanon nicht erlebt.

Wie gesagt, die türkische Armee belügt sich selbst, oder besser gesagt, die Behauptungen, wir würden zerfallen, seien nicht imstande zu mobilisieren, hätten keine Unterschlupfmöglichkeiten, sind Resultat der psychologischen Kriegsführung. Sie stimmen nicht. Wir sind lediglich von einer offeneren Kommunikation und gewissen Transparenz unserer Stellungen zur Guerilla-Aktionsweise übergegangen. Diese Taktik ist äußerst reichhaltig, um jede Art von Technologie ins Leere laufen zu lassen. Sie stützt sich auf menschliche Kraft, Fähigkeiten und Denken. Jeder technologiegestützte Krieg gegen diesen reichen Kampfstil der Guerilla ist zum Scheitern verurteilt.

Der Generalstabschef hatte erklärt, mit der neuen Technologie die Gebiete der Guerilla in ein Big-Brother-Haus zu verwandeln. Wie konnten wir dann in nur kurzer Zeit diese wichtigen Kongresse abhalten? Diese Art von Versammlungen ist normal für uns. Die meisten unserer Versammlungen finden in dieser Größenordnung statt, d. h. viele GenossInnen kommen zusammen.



Wir haben in der letzten Zeit viele ähnliche Versammlungen gehabt. Unsere Arbeit hält ununterbrochen an. Diese Äußerungen dienen lediglich dazu, die eigene Bevölkerung zu belügen.

Seit dem Beginn des bewaffneten Kampfes vom 15. August 1984 sind 24 Jahre vergangen, in denen annähernd zehn Generalstabschefs das amtiert haben. Alle erklärten zum Amtsantritt, sie würden sehr entschlossen gegen den Terror vorgehen, die Stärke der türkischen Armee demonstrieren und die PKK liquidieren. Aber bekanntlich hatte keiner von ihnen je Erfolg dabei. Yaşar Büyükanıt ist sogar einer unter ihnen, der am wenigsten erfolgreich war. Er ist in die USA gereist, hat gebettelt um technologische Hilfe und hat sich mit dem Iran verbündet. Aus seiner Sicht hat er mit technologischer und politischer Unterstützung aus USA, Israel und Iran die größten Angriffe der letzten Jahre durchgeführt. Aber es waren genau die Jahre, in denen unsere Bewegung sich am stärksten entwickelte. Folglich muss erkannt werden, dass mit Kriegsgeschrei, ständigen Attacken dieses Problem nicht zu lösen ist.

Auch der neue Generalstabschef Ilker Başbuğ hat sich ähnlich erklärt. Wie bewerten Sie diese Äußerungen?

Murat Karayılan: Auch Başbuğ hat mit einigen Ergänzungen gesagt: „Wir werden den Nationalstaat bis zum Schluss verteidigen. Weil der Krieg bislang nicht sehr koordiniert geführt wurde, konnte das beabsichtigte Ergebnis nicht erzielt werden." Das ist falsch. Man kann sich nicht gegen den Lauf der Geschichte stellen. Wenn der Nationalstaat überall auf der Welt überwunden wird, so wird er auch in der Türkei überwunden werden. Der Nationalstaat hat eine Geschichte. Er ist ein mit der Französischen Revolution 1789 entstandenes gesellschaftlich-politisches Gebilde. Jetzt wird er Schritt für Schritt überwunden. Auch die Behauptung, der Erfolg im Kampf gegen uns sei ausgeblieben, weil der Krieg nicht ausreichend koordiniert werde, ist ebenfalls Unsinn. Denn der staatliche Konsens bestand bereits 1994. Schon damals wurde gegen unsere Bewegung ein totaler Krieg unter Einbeziehung aller staatlichen Institutionen begonnen und durchgeführt. Auch jetzt haben wir eine ähnliche Situation. Vielleicht meint er damit, dass Polizei und Militär von unterschiedlichen Zentren aus geleitet werden. Es ist ein internes Problem von ihnen, aber die Türkei hat all ihre Möglichkeiten und ihre Kraft gegen uns eingesetzt und blieb trotzdem erfolglos. Sie ist auch dazu verdammt. Diese Verleugnungs- und Vernichtungspolitik wird in Kurdistan keinen Erfolg haben. Denn hier ist das Bewusstsein, ein Volk, eine Nation zu sein, vergesellschaftet, es hat sich regelrecht zu einer Kultur entwickelt. Die PKK ist heute in Kurdistan ebenfalls eine Kultur. Die PKK als Bewegung kann zwar liquidiert werden, aber die PKK nicht. Es ist nur empfehlenswert, diese Realität zu sehen.

Die PKK hatte auf ihrem 8. Kongress ihren Namen geändert, 2005 folgte dann ihr Neuaufbau. Warum wurde Ihr Kongress 10. Parteikongress genannt?

Duran Kalkan: Wir haben auf dem 8. PKK-Kongress eine Namensänderung vorgenommen, das stimmt. Später gab es die Diskussion, ob sich die PKK aufgelöst habe oder nicht. Fakt ist, dass in den Jahren 2002 und 2003 in ihrem Namen keinerlei Aktivitäten durchgeführt wurden. Die PKK hat eine ideologische Erneuerung und paradigmatische Wandlung erfahren. Sie hatte in den Jahren 2002 und 2003 gewisse Schwierigkeiten bei der Suche nach Lösungswegen für die Freiheits-, Gleichberechtigungs- und Demokratieprobleme der Menschheit. Unser Vorsitzender hat diese Zeit als diejenige bezeichnet, in der wir für die anstehenden Probleme der Menschheit keine Lösungen entwickeln konnten. Folglich hieß es: „Wenn die Phase anhalten soll, so kann es über eine andere Art von Partei laufen. Es wäre nicht richtig zu sagen, die PKK der Vergangenheit wird fortgesetzt." In diesem Rahmen schlug er in seinem „Manifest der Demokratischen Zivilisation" von 2001 Namensänderungen für bestimmte Organisierungen vor. Aber er wollte, dass die PKK für den Süden Kurdistans weiterbesteht, für Bereiche, in denen der ideologische Kampf notwendig ist.

Der Vorschlag unseres Vorsitzenden für Namensänderungen gewisser Strukturen mündete auch mit dem Einfluss der Verrätergruppe in eine Namensfindung außerhalb von Parteien. Er stellte sich Namen wie Volksbefreiungspartei und Ähnliches vor. Auf unserem 8. Kongress 2002 beschlossen wir statt einer Partei das System eines Kongresses namens KADEK. November 2003 wurde anstelle des KADEK der *Kongra-Gel* gegründet. Der Vorsitzende wollte die PKK innerhalb des *Kongra-Gel* als eigenständiges Komitee organisiert wissen. Als die Bewegung auch dies nicht hinbekam, kam im Frühjahr 2004, also zwei Jahre nach der Namensänderung, die Neugründung der PKK erneut auf die Tagesordnung. April 2004 wurde mit dem Neugründungskomitee der PKK die Phase der Neugründung begonnen. April 2005 mündete dieses Komitee in ein neues Gebilde.

Diese Phase bezeichneten einige als Namensänderung, andere als die Auflösung der PKK. Richtiger wäre zu sagen: eine Zeit, in der die PKK nicht aktiv war. Für bestimmte Bereiche wurde der Name geändert und es gab einen gewissen Bruch. Aber es ist wichtig, die PKK richtig zu definieren und zu begreifen. Sie gründet sich weniger auf Kongresse oder die praktische Arbeit, für sie ist vielmehr ausschlaggebend, eine Führungs- und Märtyrerpartei zu sein.

Daher ist es wichtig, diese Phase aus Sicht unseres Vorsitzenden zu analysieren. Er hat in keiner Weise eine Auflösung erlebt. Zwar wurde in diesen zwei Jahren nicht mit dem Namen gearbeitet, aber in der Praxis war es immer PKK. Wie gesagt, der Vorsitzende machte deutlich, dass es uns schwerfiel zu entscheiden, ob wir die PKK annullieren oder nicht, weil wir für die ideologischen Probleme der Menschheit keine Lösung entwickeln konnten. Die Schwierigkeit bestand darin, dass es trotz vorhandener Kritik des globalen Systems und trotz einer Bewertung und Kritik der Zerfallsphase des Realsozialismus, trotz einer Kritik ihrer Fehler und Mängel problematisch war, an ihrer Stelle eine neue ideologische Linie zur Lösung der ideologischen Menschheitsprobleme zu entwickeln.

Er machte die notwendigen Recherchen und Analysen und gelangte nach entsprechenden Überlegungen zu einem Paradigmenwechsel. Er stellte fest, dass der Grund dafür, warum Ideologien, die Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie für sich beanspruchen, die Probleme der Menschheit nicht lösen konnten, in ihrer staats- und machtorientierten Ausrichtung liegt. Davon ausgehend befasste er sich mit den Problemen und entwickelte entsprechende Lösungen. Grundlegende Fragen wie z. B. „Warum bleiben Ideen mit Freiheits-, Gerechtigkeits- und Demokratieanspruch erfolglos?“ oder „Warum ist der Sozialismus, obwohl er in der Sowjetunion an der Macht war, nach 70 Jahren zerfallen?“ beantwortete er verständlich und nahm entsprechende Korrekturen vor. Er überwand dabei eine Kritikform, die sich nur am Rande herantastet. Er hinterfragte vielmehr den Widerspruch zwischen dem Geist der Ideologie und ihrer Umsetzung und löste ihn auf. Der Geist der Freiheit war Demokratie, sie strebte nach der Abschaffung jeder Ordnung der Unterdrückung und Ausbeutung. Aber bei der Erreichung dieses Zieles wurden Mittel wie Staat, Macht und Krieg angewandt.

Staat und Macht bedeuten Ungleichheit, Unterdrückung, Ausbeutung und Gräuel, und so hielt unser Vorsitzender fest, dass damit Freiheit, Gleichheit und Demokratie nicht zu erreichen, sondern nur mit entsprechenden Mitteln zu verwirklichen seien. Diesen Widerspruch bewertete er als zentralen Irrtum des Realsozialismus, der für seine Niederlage und seinen Zerfall verantwortlich gewesen sei. Folglich benannte er als entsprechendes Mittel die Demokratie. Er vereinte Sozialismus, Freiheit und Gleichheit mit der Demokratie und entwickelte ein Gedankensystem, das zur Lösung der Hauptprobleme der Menschheit imstande ist. Er meinte: „Wenn wir einen ideologischen Ausweg finden, können wir den Weiterbestand der PKK gewährleisten.“ Auf dieser Grundlage erneuert kann die PKK als eine Organisation, die die Menschheitsfragen angeht, weiter existieren. Denn das ist ihr Anspruch. So wurde die Neugründung der PKK aktuell. Folglich stand eine Annullierung der PKK nie wirklich auf der Tagesordnung, sondern sie hat ideologisch und philosophisch eine einschneidende Wandlungs- und Erneuerungsphase durchgemacht.

Schließlich wurde am 4. April 2005 der neue Aufbaukongress der PKK durchgeführt. Er stellte also den 9. PKK-Kongress dar und der jüngste dann den 10. in der PKK-Chronologie. Man könnte auch sagen, es ist der 2. Aufbaukongress. Beides stimmt.

Was waren die konkreten Tagesordnungspunkte Ihres Kongresses? Womit haben Sie sich auseinandergesetzt?

Murat Karayılan: Die 6. Vollversammlung des *Kongra-Gel* und der 2. Neugründungskongress der PKK, oder anders ausgedrückt der 10. PKK-Kongress stellen eine Antwort auf all die Angriffe gegen unsere Bewegung dar. Seit letztem Jahr werden wir in der Türkei (Nordkurdistan), im Iran (Ostkurdistan), im Irak (Südkurdistan) aus der Luft, auf dem Boden auf jede Art und Weise angegriffen. Unsere Bewegung hat diese Angriffe mit ihrem Widerstand in Form der „Êdî bes e“-Offensive beantwortet. Allen voran die bedeutende Haltung unseres Vorsitzenden auf Imralı, seine richtige Linie, sein Beharren, seine Entschlossenheit sowie die Widerstandsleistung der Guerilla und die Haltung unseres Volkes, das immer stärker seinen Vorsitzenden, seine Guerilla, seine Märtyrer und seinen Kampf annimmt, haben alle Attacken ins Leere laufen lassen.

Alle Versammlungen wurden auf dieser Basis durchgeführt. Aus diesem Grunde werten wir die Resultate dieser Versammlungen als Antwort auf die Angriffe. Wie Sie wissen, läuft seit 1992 ein internationaler Angriff, der 1998 forciert wurde und unseren Vorsitzenden direkt zum Ziel hatte und zu seiner Gefangennahme führte. Wir nennen ihn internationales Komplott. Nicht nur der türkische Staat oder die türkische Armee, sondern auch andere internationale Kräfte beteiligten sich an dieser Liquidierungsphase. Die Verschleppung unseres Vorsitzenden ist ein offener Beweis dafür. Das Komplott setzte sich dann in Form von Angriffen von innen und außen, politischer und diplomatischer Belagerung, der Aufnahme in die „Liste terroristischer Organisationen“ fort. Auf dem 10. Kongress sind wir zu dem Schluss gelangt, dass all diese Angriffe erfolglos geblieben sind. Denn Angriffsziele waren die von unserem Vorsitzenden in Kurdistan entwickelte Linie, die vernichtet werden sollte, außerdem sein Einfluss. Aber wir sehen, dass die Linie unseres Vorsitzenden und sein Einfluss stärker sind als je zuvor.

Sie waren auch anwesend auf dem Gründungskongress der PKK 1978. Welche grundsätzlichen Veränderungen hat Ihrer Meinung nach die PKK seitdem erfahren und wie definieren Sie die Hauptfaktoren für diese Veränderungen?

Duran Kalkan: Diese Frage ist zweifellos sehr wichtig, über die man lange nachdenken und diskutieren sollte. Sie wird uns sicherlich auch in Zukunft beschäftigen. Man muss wissen, dass die PKK nicht als Nachahmung, als Wiederholung oder als Verlängerung des Realsozialismus entstand. Schon bei ihrer Entstehung wies sie im Vergleich zur Realität des Realsozialismus Unterschiede auf. Sie war folglich nicht der

verlängerte Arm des Realsozialismus in Kurdistan und sie entstand auch nicht auf derselben Grundlage. Was war der Unterschied? Ihr Kader-Verständnis war ein anderes. Zwar berief sich die PKK auf ihrem Gründungskongress auf die Statuten realsozialistischer Parteien. Dort wurde als Mitglied definiert, wer Parteiprogramm und Satzung akzeptiert, regelmäßig Beiträge zahlt und sich kontinuierlich an den Parteiaktivitäten beteiligt. Aber für das Kaderprofil auf dem Gründungskongress der PKK galt nur der erste Teil, d. h. sie akzeptierten Programm und Satzung. Kein Mitglied zahlte Beiträge. Doch gaben sie sich mit ihrem ganzen Leben dem Kampf hin. Um auf diesen Widerspruch zu verweisen, sagte der Vorsitzende nach dem Gründungskongress: „Ihr könnt ja von euren Vätern eure Beiträge nehmen." Denn niemand von den Gründungsmitgliedern hatte Arbeitsmöglichkeiten. Bei uns galt auch nicht, regelmäßig an Parteiaktivitäten teilzunehmen, sondern 24 Stunden im Dienst der Partei zu stehen. Wie an diesem Beispiel zu sehen, allein bei der Definition der Mitgliedschaft wurden zwei von drei Punkten variiert. Diese Definition ist wichtig. Die Kader und die Art ihrer Verkörperung zeigen eigentlich Lebensverständnis und Ideologie einer Partei. Denn sie entwickeln das Parteileben. Unser Parteileben und die Kadermaßstäbe unterschieden sich sehr von dieser Art, die ihre Beiträge zahlen und für ein paar Stunden am Tag für die Partei arbeiten.

Des Weiteren beinhaltete unser Verständnis von einem Kader, dass er die Partei nicht als einen bürokratischen Machtapparat sieht, aus der Macht der Partei keinen individuellen Profit zieht, sondern die Prinzipen von Freiheit, Gleichheit und Demokratie hochhält, sich zur Verwirklichung dieser Prinzipien vollkommen einbringt. Auch das stellte einen wichtigen Unterschied dar. Obwohl die PKK eine Partei war, die vom Realsozialismus und seiner Haltung zur nationalen Befreiung beeinflusst war, wies sie Unterschiede in ihrem Kader- und Parteiverständnis auf, denn mit einer realsozialistischen Annäherungsweise wäre in Kurdistan nichts zu gewinnen gewesen. Es gab andere kleinbürgerliche Gruppierungen, die es versuchten, aber keine konnte eine ernsthafte Organisation werden. Sie verloren mit der Zeit ihre Kraft. Mit einer individualistischen, profitorientierten und Beamtenmentalität hätte man in Kurdistan niemandem imponieren können, man hätte keine Menschen zusammenbringen und für nationale Befreiung, nationale Identität, für Freiheit und Demokratie mobilisieren können. Kurzum, die Bedingungen in Kurdistan machten eine andere Partei notwendig und hierfür eine korrekte Analyse der Voraussetzungen dort. Danach bedurfte es der Stärke, eine entsprechende ideologische Prinzipieneinheit zu entwickeln. Dies zu theoretisieren ist vielleicht nicht schwer, aber dabei glaubwürdig zu sein ist eine andere Sache. Dafür hieß es, sich an diese Ziele zu binden, mutig und selbstlos zu sein sowie sich mit Leidenschaft die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Demokratie zu Eigen zu machen. Diese Realität führte zur ersten Differenz zum Realsozialismus.

Um die Bedingungen für den zweiten wesentlichen Unterschied darstellen zu können, ist es wichtig, den 3. Parteikongress zu behandeln. Wir bezeichnen diese Phase als die Zeit der Parteiwerdung. Der Vorsitzende nannte diese Offensive „Parteiwerdung im Rahmen der nationalen Befreiung". Als Beispiele wurden hier Mahsum Korkmaz und Agit angeführt, also Parteiwerdung im Rahmen der Guerilla. Er sah eine Guerillapartei vor. Die kurdische Guerilla unterscheidet sich von anderen. Wir erhielten unsere Guerillaschulung in Palästina. Aber mit den Maßstäben der palästinensischen Guerillas hätte man in Kurdistan nicht agieren können. Sie waren nicht ausschließlich Guerillas. Noch wichtiger war, dass sie für das Fortbestehen des Familiensystems als Teil der herrschenden Staatsordnung sorgten. Sie kamen für eine bestimmte Zeit, um sich als Guerillas zu betätigen, und gingen dann wieder und führten ihr Familienleben. Dies ist bei der kurdischen Guerilla völlig überwunden. Der



Proteste in Amed gegen die Misshandlungen von Abdullah Öcalan Foto: DIHA

Guerilla in Kurdistan hat sein individuelles Leben verlassen und sich ausschließlich dem Guerillaleben gewidmet. Das heißt, es gibt kein individuelles, sondern ausschließlich ein kommunales Leben. Die individuellen, familiären Eigenschaften des etatistischen Systems sind überwunden.

Der sich von den realsozialistischen Mitglieds-Eigenschaften unterscheidende Kadercharakter aus der Anfangszeit machte auf dem 3. Parteikongress einen weiteren Entwicklungssprung. Das hatte nicht nur militärischen Wert, sondern war vielmehr von ideologischer und organisatorischer Bedeutung. Ein solcher Guerilla vollzieht in ideologischem Sinne einen totalen Bruch mit der herrschenden Ordnung, er bricht gewissermaßen mit dem hierarchischen System des Staates und der Macht. Daher gab es auf dem 3. Kongress eine ernsthafte ideologische Erneuerung des Sozialismusverständnisses, die realsozialistische Linie der individuellen, familiären, kleinbürgerlichen Gleichberechtigung und Freiheit wurde überwunden. Eine solche Maßnahme hat auch innerhalb der Gesellschaft Veränderungen in der Annäherung an Freiheit und Gleichheit hervorgerufen. Sie zerstörte das individuelle Familienleben.

Des Weiteren wurde durch die klare Haltung gegen das kleinbürgerliche Familienleben auch das Bewusstsein für die Befreiung der Frau entwickelt und die Frauenbefreiung zur Grundlage der Freiheitslinie gemacht. In dieser Frage hat die PKK sicherlich einige ideologische Schablonen des Realsozialismus beseitigt. Die Machtstruktur des Staates und der Familie wurde auf den Ebenen von Guerilla, Kader und Parteileben gebrochen. Mit diesem ideologischen Wandel ging auch eine Änderung in der organisatorischen Entwicklung einher. Eine klare und transparente Parteidefinition wurde geboten, die Parteibürokratisierung ebenfalls überwunden. Ohne eine solche Veränderung hätte die Existenz der Guerilla womöglich nicht gewährleistet werden können, da eine ernsthafte Stagnation eingetreten war. Die PKK vollzog daraufhin diese wichtige ideologische Erneuerung, organisatorische Restrukturierung und Erneuerung ihres taktischen Verständnisses. Es wäre nicht falsch, diese Phase der drei Kongresse als Zwischenstufe zu definieren zwischen dem Gründungskongress mit seiner Variation realsozialistischer Prinzipien und dem Bruch mit dem realsozialistischen Paradigma.

Wie kam es dazu, warum diese Veränderungen? Wir lehnten es an die Entwicklung der Guerilla an. Wir sahen, dass es außer der Guerilla keinen anderen Weg gab, wenn die nationale demokratische Bewegung entwickelt und nationaler Widerstand geleistet werden sollten, d. h. keine andere Möglichkeit für den Kampf um Freiheit und Demokratie in Kurdistan. Die Guerilla muss beständig sein, denn es ist nicht möglich, auf eine andere Weise Propaganda und Politik zu machen, im taktischen Kampf Entwicklungen hervorzurufen. Keine Bewegung mit anderen Taktiken war je erfolgreich. In der politischen Atmosphäre nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wäre es ohne die Guerilla gar nicht möglich gewesen, nationale Identität und Werte wie Gleichheit, Freiheit und Demokratie konsequent zur Sprache zu bringen und sich dafür einzusetzen. Daher war die Guerilla eine unverzichtbare taktische Haltung. Um unter den Bedingungen Kurdistans eine unbesiegbare, widerstandsfähige und beständige Guerilla schaffen zu können, waren die besagten ideologischen, organisatorischen und taktischen Veränderungen notwendig. Ohne sie, ohne das Verständnis von Freiheit, Gleichheit und Demokratie sowie ohne entsprechende Kader und Organisationsverständnis wäre die Guerilla nicht aufrechtzuerhalten.

Es wäre unmöglich, mit dem Familienmodell der hierarchischen Staatsordnung und mit Guerillaverständnis, Kadermaßstäben, Parteileben des Realsozialismus in Kurdistan einen Guerillakampf zu führen. Einmal abgesehen von einer beständigen Guerilla, es wäre nicht einmal möglich, jemanden in die Berge zu mobilisieren. Keine Organisation mit dem Realsozialismus als Grundlage und in Beziehung zu kommunistischen Parteien ist je in die Berge gegangen, hat einen Schritt zur Organisierung eines Guerillakrieges unternommen. Aber wenn eine Organisation von der Guerillataktik überzeugt ist und daran festhält, muss sie entsprechend Lebensmaßstäbe, Mentalität, ideologische Prinzipien entwickeln, damit die Guerilla sich entfalten und ihre Beständigkeit wahren kann. Dies wurde auf dem 3. Kongress vollzogen. Eine Erneuerung fand damals vor diesem Hintergrund statt.

Wir standen vor dem Dilemma: entweder nationale Identität, Kultur, Freiheit, Gleichheit und Demokratie aufgeben oder, wenn wir es ernst meinten, entsprechende Vorkehrungen treffen. Die dritte Wandlungsphase wurde von unserem Vorsitzenden 1993 begonnen. Als strategischer Wandel begann sie mit dem ersten einseitigen Waffenstillstand. Bis dahin war es Strategie der PKK, den Staat mit Waffengewalt zu stürzen und an seiner Stelle einen neuen zu errichten. Aber ein Waffenstillstand bedeutete: „Ich nehme Abstand davon, Dich stürzen zu wollen, auf der Grundlage gewisser Veränderungen Deinerseits will ich mit Dir eine Lösung anstreben.“ In diesem Sinne fand eine strategische Veränderung bei der PKK und unserem Vorsitzenden statt, die auch entsprechende Taktik, Organisation, Ideologie benötigte. All dies wurde bis 1998 nicht entwickelt, weil der Wandel keine theoretische Definitionstiefe erreichte. Die Phase wurde vonseiten der Bande sabotiert und verhindert.

Unser Vorsitzender hatte es im Sommer ‘98 klar erkannt. So konnte es nicht mehr weitergehen: „Wir haben zwar den strategischen Wandel auf die Tagesordnung gebracht, ihn aber nicht umsetzen können. Wir müssen ihn daher vollenden, ihn tiefgründig angehen, und den entsprechenden ideologischen, organisatorischen und taktischen Wandel ebenfalls.“ Eigentlich hatte er schon im August ‘98 diese Entscheidung getroffen und infolgedessen am 1. September den dritten einseitigen Waffenstillstand verkündet. Aber wir wissen, dass das internationale Komplott diesen Schritt mit seinem Angriff gegen unseren Vorsitzenden beantwortete, der die Bewegung vernichten sollte.

Ungeachtet der Angriffe – wenn auch unter sehr schweren Bedingungen – vertiefte unser Vorsitzender die begonnene Phase. Er wollte als erstes eine neue Analysegrundlage schaffen. Er verlängerte die Waffenstillstandsphase, schlug den Rückzug der bewaffneten Kräfte in den Süden (Nordirak) vor und versuchte so, die Voraussetzung für die Umsetzung der neuen Strategie und den Vollzug der notwendigen Veränderungen zu schaffen. Dann machte er sich an die Erneuerung von Ideologie, Organisation und Taktik im Sinne des Strategiewandels. Zuerst entwickelte er die Lösung der „Demokratischen Republik", als die demokratische friedliche Lösung der kurdischen Frage. Seine Verteidigungsschrift vor dem *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* war ein Programm für eine friedliche demokratische Lösung der kurdischen Frage im Rahmen des Mittleren Ostens. Das war nur ein Teil der Arbeit. Denn er befasste sich mit einer möglichen Lösung der kurdischen Frage aus Sicht der herrschenden Staaten. Wie aber die kurdische Haltung in diesem Lösungsmodell aussehen sollte, war nicht vollständig beantwortet. Denn noch immer war die Lösung einer klassischen nationalen Befreiungsbewegung enthalten. Aber diese war weltweit längst überholt und bot keine Erfolgschancen mehr, bildete also eigentlich keine Lösung. So kam es zu der Situation, dass die PKK mit ihren Ideen keine zeitgerechte Lösungskraft mehr darstellte.

Nach einer enormen ideologischen Recherche- und geistigen Analyseleistung gelangte der Vorsitzende 2003 auch an diesem Punkt zu einer Lösung. Worin bestand sie? In der Kritik der kapitalistischen Modernität, also in der Veränderung der Paradigmen. Er fand die Lösung in der Analyse der Beziehungen zwischen Sozialismus und Staat und zwischen Demokratie und Staat. Bis dahin wurden Sozialismus und Demokratie im Zusammenhang mit dem Staat gesehen. Es gab den staatlichen Sozialismus, staatliche Demokratie. Es war nicht möglich, Sozialismus und Demokratie außerhalb des Staates zu definieren, obwohl beide im Widerspruch zu ihm standen. Diesen bis dahin in Sozialismusverständnis und theoretischer Lehre gegebenen wichtigen theoretischen Fehler hat er behoben. Der Paradigmenwechsel trat an diesem Punkt auf den Plan. Er befreite Sozialismus und Demokratie von Staat und Staatsmacht und verband beide miteinander. Auf diese Weise entwickelte er ein Verständnis vom „Demokratischen Sozialismus", die Einheit zwischen dem Prinzip der Gleichheit und Demokratie. Das stellte eine historisch bedeutende theoretische Entwicklung dar.

Bis dahin hatten sich alle Freiheits- und Demokratiebewegungen im Kampf gegen die 6 000-jährige Staatszivilisation immer über den Staat definiert. Sie glaubten, ihr Ziel durch Errichtung eines neuen Staates erreichen zu können, folglich blieben sie alle erfolglos. Denn mit den Mitteln der Unterdrückung und Ausbeutung sind Freiheit, Gleichheit und Demokratie nicht zu erreichen. Freiheit und Gleichheit bedürfen eines eigenen Mittels. Unser Vorsitzender hat auch dieses gefunden: die Demokratie.

So verband er Freiheit und Gleichheit mit Demokratie und schuf in der sozialistischen Theorie einen Paradigmenwechsel. In diesem Zusammenhang kam eine neue Sozialismusdefinition auf, eine Bestimmung des Demokratischen Sozialismus. Staat und Macht wurden als Mittel zur Verwirklichung des Demokratischen Sozialismus aus dem Weg geräumt und an deren Stelle der „demokratische Konföderalismus" eingeführt. Ein Organisierungsmodell, in dem sich die Gesellschaften außerhalb des Staates organisieren und keine Unterdrückung, Ausbeutung, Ungleichheit und Ungerechtigkeit vorkommen. Ein gesellschaftliches Organisierungssystem, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen – ihre eigene demokratische Organisierung aufbauend – in einem konföderalen Beziehungssystem zueinander stehen. Er hat auf diese Weise die sozialistische Gesellschaft an dieses System gelehnt.

Anschließend vereinte er dies mit der Definition der Demokratischen Republik, d. h. mit seiner demokratischen Autonomielösung und entwickelte ein neues Lösungsprogramm für die kurdische Frage. Nicht nur der kurdischen Frage, allen gesellschaftlichen Problemen machte er diese Lösung zugänglich. Ein Programm, mit dem Frauenfrage, Klassenfrage, nationale, ethnische Konflikte zu lösen wären.

Die PKK ist eine regionale politische Kraft, die von internationalen politischen Kräften, die in der Region aktiv werden wollen, berücksichtigt wird. Auf welcher Grundlage haben Sie Ihre Stärken und Probleme diskutiert?

Cemil Bayık: Die PKK steht auf der Tagesordnung aller politischen Akteure, die in der Region leben oder an ihr interessiert sind. Alle Kräfte, die im Mittleren Osten politisch aktiv sind oder hier ihre Interessen verfolgen, können ihre Ziele nicht erreichen, ohne sich mit der PKK zu befassen. Gegenwärtig gibt es in der Region eine Auseinandersetzung zwischen dem globalem Kapital und den Regionalstaaten, die ihren Status als Nationalstaaten aufrechterhalten wollen. Während sie gegeneinander kämpfen, sind sie auch sehr darum bemüht zu verhindern, dass sich die freie Alternative der Völker entwickelt. Neben den USA und den Kräften des Status quo gibt es noch diejenigen, denen beide Seiten gegen den Strich gehen. Diese Völker wollen mit der Alternative der Demokratie und Freiheit ihre Probleme lösen. Es mag sein, dass diese Alternative gegenwärtig noch schwach ist, aber mit einer richtigen Führung kann es sich rasch ändern.

Die PKK kämpft als Freiheitsalternative der Völker und zeigt dabei eine feste Haltung, was zu ständigen Auseinandersetzungen zwischen PKK und gegnerischen Kräften führt. Diese wollen deshalb die PKK neutralisieren, die hingegen mit aller Kraft Widerstand leistet. Daher gibt es im Mittleren Osten nicht nur die USA und die Status-quo-Protagonisten. Es gibt auch die PKK und im Namen der PKK die Freiheitsalternative der Völker. Die Entwicklungen haben bislang gezeigt, dass keine Politik oder Lösung sich ohne Weiteres entwickeln konnte, in die die PKK nicht involviert ist. Sie hat bewiesen, dass sie nicht einfach aus dem politischen Feld des Mitt-

leren Ostens herauszudrängen und unter Kontrolle zu bekommen ist. Auch kann sie nicht vernichtet und neutralisiert werden. Trotz dieser Realität beharren die Kräfte des globalen Kapitalismus und des Status quo auf ihrer bisherigen Vernichtungspolitik.

Welches Sozialismus- und Marxismusverständnis hat die PKK und wie definiert sich ihre antikapitalistische und antiimperialistische Identität?

Duran Kalkan: Wir sind selbstverständlich eine sozialistische Bewegung. Aber keine Fortsetzung des Realsozialismus mit dem Verständnis vom Sozialismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Wir haben tiefgreifende Veränderungen und Erneuerungen beim Sozialismus durchlebt. Die wichtigste ist unser Paradigmenwechsel. Wir finden eine sozialistische Linie, Ideologie nicht richtig, die etatistisch und folglich machtorientiert ist. Sie ist ein Fehler, ein Irrtum, ohne Aussicht auf Erfolg. Wir entnehmen dies der historischen Analyse und führen so den Beweis. Wir haben konkrete Kritik und Belege. Folglich haben wir uns vom theoretischen Sozialismusverständnis des 19. und 20. Jahrhunderts entfernt, sind weit entfernt von Sozialdemokratie, nationaler Befreiung, Sowjetsozialismus. Wir haben sie alle kritisiert als Konfessionen des hierarchisch-etatistischen Systems, weil sie die Art des Sozialismus verkörpern, die das etatistische Machtparadigma nicht überwunden haben. Wir haben die Umkehr, den Zerfall des Sowjetsozialismus, das Verschmelzen von nationaler Befreiung und Sozialdemokratie mit dem Liberalismus des Kapitalismus damit verknüpft. Folglich bestimmen wir uns über einen unterschiedlichen Sozialismus.

Unser Vorsitzender hat ihn als den wissenschaftlichen demokratischen Sozialismus definiert, wir nennen ihn Demokratischer Sozialismus. Wir sind dagegen, dass der Sozialismus mit dem Staat in Verbindung gebracht wird. Wir sind dafür, ihn mit Demokratie in Zusammenhang zu bringen. Wir sind davon überzeugt, dass die Freiheits- und Gleichheitsprinzipien des Sozialismus nur dann im Leben der Gesellschaft realisierbar sind, wenn sie mit der Demokratie verbunden werden. Wir haben auch Ideen, mit welchem System es praktikabel wäre. Wir definieren es als Demokratische Kommunalität oder Demokratischer Konföderalismus.

Wir sehen die Gleichberechtigung nicht nur als absolute Gleichheit wie die Kleinbürgerlichen. Diese Art von Gleichheit kritisierten Lenin und andere ebenfalls. Die kleinbürgerliche Gleichheit wurde als Gefahr betrachtet. Aber ihnen ist es nicht gelungen, sie in der Praxis zu überwinden. Die Praxis der UdSSR hat das nicht geschafft. Wir sind nicht für eine Gleichheit, die alles nivelliert. Unser Vorsitzender bezeichnete sie als die Pharao-Gleichheit. Sie erinnert an die Sklaverei. Es ist eine Gleichheit tief unten, in der Armut, und nicht im Reichtum, im Wachstum, in der Entwicklung. Unser Verständnis von der Gleichheit im Reichtum, in Wachstum und Entwicklung ist, dass alle ihre Fähigkeiten grenzenlos einsetzen können und so viel nutzen können, wie es ihrem Bedürfnis entspricht. Dasselbe gilt auch für die Freiheit. Wir trennen die Freiheit vollkommen vom Freiheitsverständnis des bürgerlichen Liberalismus. Wir lehnen jede Art von Willkür im Sinne der Freiheit ab. Wir definieren Freiheit als Disziplin, Organisiertheit und Verantwortung.

Wir lehnen den Marxismus nicht ab. Aber wir bestimmen uns auch nicht wie die klassischen Marxisten als solche. Wir sagen auch nicht, dass wir die Nachfolger des Marxismus sind oder auch nicht. Unserem Vorsitzenden zufolge geht es in der Phase seit dem Neolithikum bis heute auf der Grundlage des Demokratiekampfes um die natürlichen kommunalen Gesellschaftswerte. Wir nennen es die Geschichte des Freiheits- und Demokratiekampfes. Innerhalb dieser Geschichte entstanden viele unterschiedliche Gedankenströmungen, die in Organisierungen und Aktivitäten mündeten. In unterschiedlichen Gebieten der Welt gab es Aufstände und Aktionen bis heute. Religionen, philosophische Strömungen tauchten auf. Der Marxismus stellt die letzte große Idee dieser freiheitlich-demokratischen Bewegungen im 19. Jahrhundert dar mit dem Anspruch, Freiheit und Gleichheit gegen den Kapitalismus zu entwickeln.

Sie bildet eine wichtige Etappe in der Geschichte des Kampfes der Menschheit für Freiheit und Gleichheit. Sie ist eine große Bewegung. Eine Bewegung, für die Millionen von Menschen gekämpft und Hunderttausende ihr Leben verloren haben. Mitte des 20. Jahrhunderts wurde sie zur weltweit größten ideologischen Strömung. Auf diese Weise hat sie die Menschheitsgeschichte beeinflusst. Daher ist sie keine Ideologie, die banal zu behandeln wäre. Aber gegenwärtig erlebt sie einen Rückgang und Rückfall. Die Bedingungen, unter denen sie im 19. und 20. Jahrhundert entstand, wurden Ende des 20. Jahrhunderts zum größten Teil überwunden. Wir haben die Gründe versucht zu analysieren. Unsere Bewegung entstand von der nationalen Befreiung und dem marxistischen Klassenkampf beeinflusst. Aber wir haben mit der Zeit sowohl aufgrund der praktischen Entwicklungen in Kurdistan als auch infolge des Zerfalls des Realsozialismus neue Ideen entwickelt. Hierbei haben wir auch die Mängel des Marxismus analysiert und korrigiert. Wir haben uns daher nicht vom Marxismus gelöst oder lehnen ihn ab, wir haben ihn lediglich überholt. Wir definieren die neue Freiheits-, Gleichheits- und Demokratielinie für das 21. Jahrhundert, folglich definieren wir den Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Weil es unserem Vorsitzenden gelungen ist, nennen wir es Apoismus. Wir scheuen uns nicht, dies auch so auszudrücken.

In der Identität des Apoismus sind Antikapitalismus und Antiimperialismus elementar. Aber auch hier unterscheiden wir uns von grobem Materialismus und dogmatischer Dialektik. Diese Strömungen sind heute nur verbal antikapitalistisch und antiimperialistisch. Im Kern aber leben sie Kapitalismus und Imperialismus und lassen sie leben. Wir versuchen, uns mental, emotional, im Bewusstsein und im Handeln von ihnen zu lösen, sie zu überwinden. Auch eröffnen wir ihnen keinen Frontalkrieg. Wir sehen den Kapitalismus als

eine Gesellschaftsform, die wir mit unserem Lebensgefühl zu bewältigen und zu bekämpfen trachten sowohl im Leben des Einzelnen als auch im sozialen Leben. Wir wollen den Kapitalismus aus unserem Leben auslöschen. Kurdistan ist geteilt und imperialistische Kriege werden in unserem Land geführt. Hier ist zumeist die Teile-und-herrsche-Politik des Kapitalismus betrieben worden. Folglich sind wir gegen die imperialistische Hegemonie.

Wir setzen uns nicht nur dafür ein, seine Hegemonie in Kurdistan zu brechen, sondern auch im Mittleren Osten und auf der Welt. Wir verfügen über ein theoretisches Verständnis und über das Modell eines Gesellschaftssystems, den Demokratischen Konföderalismus, mit dem die Menschen in Kurdistan, in der Region und auf der ganzen Welt gegen Kapitalismus und Imperialismus kämpfen und sich davon befreien können, um ihr eigenes Lebenssystem aufzubauen. Wir stehen folglich dem Kapitalismus nicht alternativlos gegenüber.

Wie würden Sie die Ergebnisse Ihres Kongresses darstellen? Welche Bedeutung hat er für den Freiheitskampf in Kurdistan?

Duran Kalkan: Unser 10. Kongress war eine erfolgreiche Versammlung. Allgemein wurden für unsere Bewegung Grundsatzvereinbarungen getroffen. Worum handelt es sich dabei? Wir stärkten unsere Entschlossenheit, bis zuletzt Widerstand gegen die Verleugnungs- und Vernichtungsangriffe zu leisten. Entschieden wird dieser Widerstand übergreifend von der Guerilla bis zu den Volksaufständen geleistet werden.

Das zweite ist die Vereinbarung, dass für einen solchen Widerstand eine Organisierung notwendig ist. Folglich beschlossen wir die Entwicklung der gesellschaftlichen Organisierung, also den demokratischen Konföderalismus des kurdischen Volkes. Das als eine der Hauptaufgaben. In diesem Sinne bildet die PKK die bestimmende Aufbaukraft des demokratischen Konföderalismus. Eine Führungskraft, die die Richtlinien entwickelt, die entsprechende Organisierung schafft, die Gesellschaft, die Frauen, die Jugend, die Werktätigen, eben alle aufklärt und Bewusstsein vermittelt, entsprechende Dienste leistet und somit die Aufgabe hat, dieses System aufzubauen. Eine Führungskraft, die nicht selbst die Führung verkörpert, sondern mit Kongressen und Räten die Führung der Gesellschaft organisiert und entwickelt.

Als drittes gab es Beschlüsse zu den Beziehungen und Bündnissen. Es wurde entschieden, gegenüber den Plänen des Feindes, die Kurden gegeneinander aufzuhetzen, wachsam zu sein und sie nach Möglichkeit ins Leere laufen zu lassen, Abstand von internen Auseinandersetzungen zu nehmen, die nationale Einheit auf der Grundlage der Strategie der demokratischen Nation aufzubauen. Des Weiteren daran gebunden die kurdische Demokratie, die demokratische Einheit auf der Grundlage des demokratischen Konföderalismus und folglich Geschwisterlichkeit mit den benachbarten Völkern zu entwickeln.

Im Hinblick auf die äußeren politischen Kräfte werden wir die Politik verfolgen, sie von ihrer bisherigen Politik der Unterdrückung und Angriffe abzuhalten. Sie sollen wenn möglich ihren Beitrag leisten und die demokratische Lösung des kurdischen Konflikts fördern. Wenn sie das kurdische Volk und die Freiheitsbewegung nicht angreifen, werden auch wir niemanden angreifen. Aber im Falle eines Angriffs werden wir uns natürlich verteidigen.

Wie sollen all diese Beschlüsse umgesetzt werden? Natürlich mit einer starken Parteiwerdung. In diesem Sinne stellt der 10. Kongress die Vollendung des Neuaufbaus dar, womit die neue Parteiwerdung auf der Grundlage der apoistischen Linie vollzogen wurde. Auf dem Kongress wurde die provokative Strömung, die die innere Einheit schädigt und zerstört, kritisiert und verurteilt. Es war daher ein Kongress, der die ideologische und organisatorische Linie gestärkt hat.

Eine wesentliche Eigenschaft unserer Bewegung ist die Anwendung von Kritik und Selbstkritik, mit der gegen jede Art von Rückständigkeiten und gegen die Einflüsse des Systems der Klassen- und Geschlechterkampf ausgetragen wird. So auch auf unserem letzten Kongress. Unsere Wut und Scham, die wir gegenüber dem seit zehn Jahren anhaltenden Imralı-System der Untaten und Unterdrückung sowie gegen jeden Einfluss des Systems empfinden, brachte uns zu ernsthafter Infragestellung und Kritik und Selbstkritik. Es war daher ein starker Erneuerungs- und Einheitskongress. Unser wichtigster Beschluss beinhaltet die totale Ablehnung des Imralı-Systems. Daher definierte unser Kongress sich als Kongress für die Freiheit von Abdullah Öcalan. Unser Hauptaugenmerk liegt auf der Gewährung und Realisierung seiner Freiheiten.

Die PKK hat das Imralı-System zeit seines Bestehens nie akzeptiert, sie hat es immer abgelehnt. Aber bislang betrachtete sie es geduldig als eine Kampfphase. Aber nun beschloss sie entschieden seine Bekämpfung. Das Imralı-System wird vernichtet werden. Diejenigen Kräfte, die das Imralı-System aufrechterhalten, wollen uns vernichten. Wir aber sagen, dass ihr System zerstört werden wird. Das Foltersystem Imralı wird vernichtet und folglich wird unser Vorsitzender Öcalan frei sein. Das ist eine aktuelle Aufgabe, die nicht auf die Zukunft verschoben werden kann. Wir wissen ganz genau, dass die Freiheit unseres Vorsitzenden die Freiheit des kurdischen Volkes und Kurdistans ist. Sie ist die Freiheit der Frauen und der Jugend. Daher ist die zentrale Parole unseres Kongresses: „Lasst uns eine Partei werden, den Vorsitzenden Öcalan und Kurdistan befreien!“ Auf der Grundlage dieses Mottos und in diesem Geiste wurde unser Kongress durchgeführt. Wir werden unsere Beschlüsse mit allen Mitteln und mit großer Entschlossenheit umsetzen, egal wie viel Aufwand, wie viel Selbstlosigkeit, wie viel Aktivitäten notwendig sind. ♦

Von der Zap-Offensive zu einer neuen Militäroperation

Die Erfolglosigkeit der türkischen Armee wurde mit Freude begrüßt

Nuri Fırat, ANF

Nach einer Pause im Anschluss an die erfolglose, grenzüberschreitende Bodenoffensive der Türkei vom 21.–29. Februar 2008 im Zap-Gebiet haben die grenzüberschreitenden Angriffe erneut zugenommen. Vor allem der Artilleriebeschuss und kleinere Grenzüberschreitungen wurden parallel zu den Luftangriffen intensiviert. Die Entwicklungen werden als Vorbereitung auf eine erneute Bodenoffensive gewertet.

Im Zusammenhang mit den Neubesetzungen in der türkischen Armee sind wieder vermehrt Stimmen für eine grenzüberschreitende Offensive zu hören und es wird damit gerechnet, dass der neue Generalstabschef İlker Başbuğ nach der Zap-Offensive einen erneuten Versuch starten wird. Die zunehmenden Angriffe nach Übernahme seines Postens am 30. August 2008 werden als Zeichen hierfür gewertet. Zudem gestaltet Başbuğ seine medialen Kontakte neu und versucht auf diese Weise, eine Basis für eine psychologische Kriegsführung zu schaffen. Es wird erwartet, dass die neue Bodenoffensive nach Beendigung dieser Vorbereitungen starten wird. Başbuğs größtes Ziel ist es, die nach der erfolglosen Zap-Offensive entstandenen Zweifel an einem militärischen Erfolg zu beenden und mittels psychologischer Kriegsführung gesellschaftliche Unterstützung zu erhalten. Die Darstellung der Luftangriffe der vergangenen Zeit als große, zielsichere Angriffe wird als Anzeichen hierfür gewertet. Neben diesen Vorbereitungen hat die AKP-Regierung die Befugnis für eine grenzüberschreitende Offensive vom 17. Oktober 2007 erneut auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt. Außer von der DTP hat dieser Antrag von allen Parteien Unterstützung gefunden.

Darüber hinaus fand im September unter Teilnahme von Tayyip Erdoğan und İlker Başbuğ ein „Terrorgipfel" statt, bei dem der Rahmen für eine grenzüberschreitende Offensive weitgehend festgelegt wurde. Der „Terrorgipfel" hat entsprechend den Wünschen und dem vorgelegten Rahmen von İlker Başbuğ Beschlüsse gefasst. Demnach muss die gesellschaftliche Unterstützung für die PKK verringert und die Beteiligung der Jugendlichen am bewaffneten Kampf verhindert werden. Dafür müssen ökonomische, kulturelle und soziale Projekte entwickelt und bestehende Projekte wie z. B. das GAP-Projekt intensiviert werden. Zudem müsse die PKK militärisch „begrenzt" werden. Dafür sei eine kontinuierliche Fortführung der militärischen Angriffe in Nord-Kurdistan erforderlich. Ziel ist die Marginalisierung der PKK.

Von wo nach wo?

Eine mögliche Bodenoffensive wird für den Herbst erwartet. Diese soll in Anlehnung an die Erfahrungen aus der Zap-Offensive strukturiert werden. Es gibt Bemühungen für eine intensivere internationale Unterstützung und für eine aktive Unterstützung der Offensive durch die südkurdischen Kräfte.

Die AKP-Regierung, die weiterhin keine Annäherung an eine demokratische Lösung der kurdischen Frage zeigt, hatte zunächst am 17. Oktober 2007 die Befugnis für eine grenzüberschreitende Offensive erteilt. Anschließend hat sie ihre diplomatischen Bemühungen für eine internationale Unterstützung intensiviert. Zu diesem Zweck hat sich Tayyip Erdoğan am 5. November 2007 in den USA mit George W. Bush getroffen. Das Treffen war in Bezug auf zahlreiche Aspekte ein Wendepunkt. Während die Türkei von den USA Unterstützung für ihre Bodenoffensive forderte, haben die USA die Bildung eines Bündnisses aus Türkei, Südkurdistan und Irak gegen den Iran unterstützt.

Nach einem internationalen Übereinkommen haben die Angriffe zunächst am 16. Dezember 2007 als Luftangriffe begonnen und wurden in der Zeit vom 21.–29. Februar 2008 als Bodenoffensive weitergeführt. Die Türkei, die die PKK vernichten will, beabsichtigt mit diesen grenzüberschreitenden Angriffen, auch die Kurdinnen und Kurden in Südkurdistan unter ihre Kontrolle zu bringen. Geplant war, auch das Zap-Gebiet, wo sich die militärische Zentrale der PKK befindet, und das Grenzgebiet, in dem die PKK Stellungen bezogen hat, von der kurdischen Guerilla zu säubern. Jedoch hat die Offensive nicht das von der Türkei und den USA gewünschte Resultat erzielt. Fachleute führten diese Erfolglosigkeit auf die gute Taktik und die korrekte Positionierung der PKK sowie die fehlende Unterstützung der Türkei durch die KDP und PUK zurück.

Politikwandel

Die Türkei hat nach der Offensive eine Bewertung der Lage durchgeführt. Bei der Versammlung des *Nationalen*

Sicherheitsrats am 24. April 2008 wurde die vor dieser Offensive praktizierte Politik geändert. In der Versammlung, bei der beschlossen wurde, den Vernichtungskampf gegen die PKK mit Entschlossenheit zu führen, wurde das Verhalten gegenüber der PUK und KDP geändert. Während die Türkei bei der Offensive keine militärische Unterstützung von PUK und KDP erhalten hat und dennoch eigenständig mit dem Ziel der Vernichtung der PKK in das Zap-Gebiet eingedrungen ist, hat sie auf der Sitzung des *Nationalen Sicherheitsrats* beschlossen, diese Politik zu beenden und in direkten Kontakt mit KDP und PUK zu treten. Entsprechend den Ergebnissen dieser Sitzung wurden diplomatische Kontakte zur zentralen irakischen Regierung und mit den südkurdischen Kräften aufgenommen. In diesem Rahmen erfolgten auch der Irak-Besuch von Erdoğan im Juli dieses Jahres sowie das Treffen des türkischen Präsidenten Abdullah Gül mit dem irakischen Amtskollegen Celal Talabani in den USA. Die diplomatischen Resultate wurden in der Sitzung des *Nationalen Sicherheitsrats* am 21. August 2008 erneut besprochen. Es ist zu beobachten, dass anstelle des im Vorfeld der Zap-Offensive gegen Südkurdistan praktizierten wirtschaftlichen und politischen Embargos, jetzt neue Formen der Beziehungen aufgebaut werden sollen.

Fachleute bewerten diese Situation folgendermaßen: Die Türkei hat verstanden, dass sie die Kurdinnen und Kurden im Mittleren Osten nicht kontrollieren kann, ohne die PKK zu vernichten, und ohne die Unterstützung von KDP und PUK keinen Erfolg gegen die PKK haben wird. Diese Situation zeigt, dass die Türkei zu ihrer Strategie aus den 1990er Jahren zurückkehrt. Dass dieser Beschluss die Unterschriften von Yaşar Büyükanıt und İlker Başbuğ trägt, hat auch eine ironische Situation geschaffen. Denn nachdem die Kurdinnen und Kurden nach 2003 in Südkurdistan einen gewissen Status erreichten, hatten Başbuğ und Büyükanıt wiederholt geäußert, dass die Türkei in den 1990ern Fehler gemacht habe.

Das Konzept von 1997 wird gesucht

Die jetzt geplante Bodenoffensive zielt auf die Vernichtung der PKK und die Übernahme der Kontrolle über Südkurdistan ab. Diese Situation erinnert an die mit aktiver Unterstützung der KDP durchgeführte Zap-Offensive von 1997. Wie im Jahr 1997 versucht die Türkei auch heute, die PKK handlungsunfähig zu machen, zu vernichten und eine Pufferzone in Südkurdistan zu errichten.

Die Türkei versucht zudem, einen dem mit der KDP und PUK 1997 geschlossenen Vertrag von Ankara entsprechenden Konsens zu erreichen. Der Druck, den die Türkei bezüglich einer Beteiligung der südkurdischen Kräfte mittels USA auf diese ausübt, bringt eine neue Phase des Vertrages von Ankara mit sich. Bei einem Treffen von KDP, PUK, USA, Türkei, Großbritannien und den Turkmenen aus dem Irak in Ankara wurde Übereinstimmung erzielt und eine Erklärung veröffentlicht. In der Erklärung heißt es, dass die Sicherheitserwägungen der Türkei und angrenzender Nachbarstaaten berücksichtigt werden und dass die Seiten übereingekommen seien, dass „terroristische Aktivitäten", allen voran die der PKK, unterbunden werden sollen. Nach einem solchen Abkommen war es bereits Ende 1996 und im Frühjahr 1997 zu grenzüberschreitenden Offensiven gekommen.

In einem Artikel vom 12. Oktober 1997 in der Zeitung *Ülkede Özgür Gündem* listet Ferda Çetin die Ziele folgendermaßen auf: „Die Offensive vom 14. Mai 1997, die die Türkei gemeinsam mit der KDP begonnen hatte, ist erfolglos verlaufen. Die Abspaltungen innerhalb der KDP sowie die zunehmende Autorität und Kontrolle der PKK in diesem Gebiet haben die Türkei zu einem erneuten Besatzungsversuch in Südkurdistan gezwungen. Was war das Ziel der am 21. September 1997 begonnenen zweiten Offensive? Eines der wichtigsten Ziele war es, den eingeengten KDP-Kräften etwas Freiraum zu schaffen, sie erneut zu aktivieren und unter die eigene Kontrolle zu bringen. Zweitens beabsichtigte man, die PKK, die nach dem teilweisen Rückzug der türkischen Armee die Initiative in die Hand genommen hatte, zu schwächen und wenn möglich dieser großen Schaden zuzufügen. Zudem rannte die Türkei ihrem Traum, die Kontrolle über Südkurdistan zu erlangen, hinterher. In der jetzigen Situation bedeutet dies: Einige Räume, die von Ecevit errichtet wurden, zu halten und diese bei kommenden Offensiven zu nutzen, also eine Pufferzone einzurichten. Viertens war vorgesehen, an strategischen Punkten, die nach deren Worten von der PKK gesäubert waren, Militärstationen zu errichten und die Kräfte der KDP, teilweise auch zusammen mit türkischen Sicherheitskräften, dort aufzustellen."

Während der zweiten Offensive von 1997, die mit Unterstützung der USA, Israels, Großbritanniens, der NATO und den bewaffneten Kräften der KDP erfolgte, wurde teilweise eine solche Pufferzone errichtet. Nach dem Golfkrieg von 1991 war in der Region eine Autoritätslücke entstanden. Unter Ausnutzung dieser wollte der damalige Präsident Turgut Özal die PKK vernichten und Musul und Kirkuk besetzen. Dieser Plan, der später auch Ecevit-Plan genannt wurde, führte zur Errichtung von 62 Militärstationen in der Pufferzone.

Die Türkei hat sich aufgrund der ausbleibenden Schwächung der PKK, des systematischen Widerstandes der PKK und des internationalen Gleichgewichts mit der Zeit von den Orten im Süden, an denen sie ansässig war, zurückgezogen. Dennoch hat sie militärische Stützpunkte in von der KDP kontrollierten Orten wie Bamerni, Amediye und Kanimasi. Dass die PKK nach 2000 ihre gesamten Kräfte nach Südkurdistan abgezogen hat und dort zu einer Autorität geworden ist, erschwert den Einmarsch der Türkei in Südkurdistan. Nach dem Sturz des Saddam-Regimes, der Besatzung des Irak durch die USA und dem Aufbau einer kurdischen Autonomieregierung im Nordirak ist das Abkommen von Ankara hinfällig geworden. Nach all diesen Entwicklungen musste die Türkei 2007 nach neuen Wegen suchen. Fachleute sagen, dass die

Türkei wie 1997 versucht, mit Unterstützung der USA, Israels, Großbritanniens und der KDP ihren Status zurükkzuerlangen. Für diesen Zweck ist die Türkei um ein neues Ankara-Abkommen bemüht.

Die USA sind gegen die PKK

Die USA, die sich mit der Türkei bezüglich des Liquidationskonzeptes einig sind, haben, wie auch bei der Offensive vom Februar 2008, bei der grenzüberschreitenden Offensive ihre eigenen Pläne. Es wird gesagt, dass die USA für die PKK das Vernichtungskonzept vorsehen, welches 1982 für die *Palästinensische Befreiungsorganisation* entwickelt wurde. Die USA versuchen, in der kurdischen Frage die gesamte Initiative in ihre Hände zu nehmen und durch Unterstützung der Türkei sowie Schaffung einer Pufferzone in der Region eine Koalition gegen den Iran zu errichten.

Fachleute erinnern dabei an den Plan gegen die PLO. Die USA hatten 1982 gegen die PLO, die damals die Kontrolle über den Südlibanon ausübte, gemeinsam mit Israel eine umfangreiche Besatzungsoffensive gestartet. Nach dieser Offensive wurde die PLO weitgehend zerstreut. Im Südlibanon wurde mit der Begründung, den Einfluss Syriens in der Region zu begrenzen, eine Sicherheitszone eingerichtet und die Führungszentrale der PLO musste von Beirut nach Tunesien verlegt werden. Die entkräftete PLO büßte ihre Verhandlungskraft weitgehend ein und die Führungsebene war dann mit der Friedensphase beschäftigt, die 1993 in Oslo begann. Somit löste sich die Palästinenserfrage von der PLO und wurde zu einem Mittel der Kräfte, die in der Region die Vorherrschaft anstrebten. Fachleute weisen darauf hin, dass die USA für die PKK einen ähnlichen Plan zur Entkräftung vorsehen. Geplant ist, die PKK in einem Gebiet wie Kandil, weit entfernt von der Türkei, ohne Kontakt zu den regionalen Städten und mit besseren Kontrollmöglichkeiten, einzugrenzen. Eine unter Kontrolle gebrachte PKK, welche im Iran, der Türkei und Syrien großen Einfluss hat, soll der USA die gesamte Initiative in der kurdischen Frage einbringen.

Auch die Iran-Frage stellt ein wichtiges Interessensgebiet der USA in der Region dar. Wobei die USA auch die Türkei in ihr antiiranisches Bündnis einzubinden versuchen. Die USA versuchen, die Türkei, Südkurdistan und den Irak als Bündnispartner zu gewinnen, indem sie die PKK als gemeinsamen Feind darstellen, und somit im Mittleren Osten ein starkes Bündnis gegen den Iran zu schaffen. Die Türkei wird gegen die PKK unterstützt, damit sie mit Südkurdistan und dem Irak, welche unter der Kontrolle der USA stehen, an einem Strang zieht. Es heißt, dass die USA mittelfristig die Türkei in den Meder-Verteidigungsgebieten, wo sich die PKK befindet, aufstellen will, um eine Pufferzone gegen den Iran zu errichten. Daher unterstützt sie auch die Pläne für eine Pufferzone in der Region.

Die Erfolgsaussicht einer neuen Offensive ist gering

Die Erfolgsaussicht der geplanten Bodenoffensive ist umstritten. Fachleute weisen darauf hin, dass das Vernichtungskonzept, welches die Türkei in Anlehnung an die politische Strategie der 1990er zu entwickeln versucht und für welches sie den USA große Zugeständnisse macht, kaum Erfolgschancen hat. Als Grund werden die militärische und geographische Stationierung der PKK sowie eine Öffentlichkeit innerhalb der kurdischen Gesellschaft, die keine innerkurdischen Auseinandersetzungen wünscht, angegeben. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass auf Zugeständnisse und Verhandlungen am Tisch basierende Pläne nicht immer Aussicht auf Erfolg haben. Betont wird, dass die Interessen der Türkei und der USA bezüglich der grenzüberschreitenden Offensive denen in der Zap-Offensive vom Februar 2008 ähneln. Die Taktiken werden ebenfalls ähnlich aussehen. Die Türkei werde erneut bei ihrem Truppenaufmarsch mit Spezialeinheiten bestimmte Ziele angreifen und versuchen, die Kontrolle über die Region in ihre Hand zu bekommen. Jedoch wurde all dies in der Zap-Offensive nicht verwirklicht. Die Militäreinheiten konnten den geographischen Bedingungen nicht standhalten und die militärischen Ziele aufgrund der Stationierung, der militärischen Taktik und Technologie der PKK nicht umsetzen.

Die Türkei möchte die KDP in den Krieg mit einbeziehen. Die Türkei beabsichtige, wie im Jahre 1997 mit ihren in Südkurdistan stationierten Truppen und den KDP-Kräften die PKK einzukesseln. Allerdings sind die KDP-Kräfte nicht mehr Peschmerga in den Bergen und ihre Kapazität ist heute gering. Daher wird es schwierig sein, den Guerillataktiken der PKK standzuhalten. Noch wichtiger aber ist die Tatsache, dass die KDP genau kalkulieren muss, ob sie sich an einer Bodenoffensive beteiligen will, was in der kurdischen Gesellschaft großen Unmut erregen wird. Das Resultat wird bei der KDP zum zehnfachen Verlust führen. Wenn es einen geringen Protest und Erfolg bei der letzten Zap-Offensive gegeben hätte, hätte die KDP die Türkei unterstützt. Daher erscheint der Plan, die Kurdinnen und Kurden gegeneinander aufzuhetzen, schwierig. Deshalb wird die Türkei ihre Militäroffensive eigenständig durchführen müssen, sie wird höchstens einige Veränderungen in Bezug auf Eintrittswege nach Südkurdistan und ihre Vorgehensweise vornehmen. Dies wird für die PKK dann aber keine schwierige Situation darstellen.

Die Bedingungen für die PKK, die Türkei und die KDP ähneln heute in keinster Weise denen von 1997. Damals habe die Türkei unzählige Militäroffensiven durchgeführt. Dabei war sie von der KDP und der PUK unterstützt worden und die PKK war nicht vollständig in Südkurdistan stationiert. Heute beherrscht die PKK die Region, sowohl was die militärische Stationierung betrifft als auch die Bewaffnung besser ist als zuvor. 1990 gab es Gebiete, in denen die KDP über einige Regionen herrschte und die Türkei konnte sich in diesen Gebieten leichter gegen die PKK positionieren. Somit wird eine neue Offensive sich nicht über solche Gebiete aufbauen können. Daher müssen sie zunächst Boden gewinnen, um sich dort

festsetzen zu können. Dies ist jedoch sehr schwierig. Denn die PKK wird nicht passiv bleiben, sie wird ihre Stellungen nicht einfach aufgeben. Die Probe mit der Zap-Offensive hat dies gezeigt.

Eine alleinige militärische Vorgehensweise zeigt die Erfolglosigkeit einer erneuten Offensive schon jetzt. Die Resultate werden, wie auch im Anschluss an die Zap-Offensive, direkt die Politik und die regionalen Interessen beeinflussen. Dies bedeutet, dass die Interessen auf einen anderen Frühling vertagt werden.

Die Ergebnisse der Zap-Offensive

Die am 29. Februar 2008 zu Ende gegangene Bodenoffensive hat in der Region und international im diplomatischen und politischen Bereich zu wichtigen Resultaten geführt. Wenn wir einige davon betrachten:

1. Pufferzone: Die Türkei wollte in den Meder-Verteidigungsgebieten eine Pufferzone errichten. Ziel war es, die PKK in bestimmten Regionen Südkurdistans unter Beschuss zu nehmen und den Kontakt sowohl zu den Guerillaeinheiten als auch zur Bevölkerung abzubrechen. Auch die USA befürworteten die Errichtung einer Pufferzone. Die USA beabsichtigten, die Türkei in den Meder-Verteidigungsgebieten zu stationieren und auf diese Weise gegen den Iran eine Pufferzone aufzubauen. Jedoch hat die Verteidigungsstrategie der PKK den Einmarsch der Türkei in Südkurdistan verhindert und gezeigt, dass die Errichtung einer Pufferzone zumindest derzeit nicht möglich ist.

2. „Kontrolliertes Kurdistan“: Die Türkei, die sich in keinster Weise einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage annähert, wollte mit der Offensive vom 16. Dezember 2007 nicht nur die PKK auflösen, sondern auch die südkurdischen Kräfte unter ihre Kontrolle bringen. In den Verhandlungen mit den USA wurde die Türkei von einem „kontrollierbaren Kurdistan“ überzeugt. Für ein „kontrollierbares Kurdistan“ wurden zwei wichtige Schritte gemacht: 1. Mit einer grenzüberschreitenden Offensive sollten den Kurdinnen und Kurden ihre Grenzen aufgezeigt und sie gleichzeitig mit einer Pufferzone kontrolliert werden. 2. Das Kirkuk-Referendum wurde verschoben und die Botschaft, „lediglich ein auf Erbil und Sülemaniye beschränktes Kurdistan zu gestatten“, vermittelt. Jedoch war die Türkei, die eine Verschiebung des Referendums mit verursacht hat, bei dem Versuch der Besatzung erfolglos. Somit war der Versuch, „Südkurdistan unter die eigene Kontrolle zu bringen“, ergebnislos.



Protest der „Lebenden Schutzschilde“ im Frühjahr bei Şırnak: Demokratische Lösung der kurdischen Frage Foto: DIHA

3. Errungenschaften der Kurdinnen und Kurden: Die Türkei, die damit rechnet, dass sie ohne Liquidation der PKK die Kurdinnen und Kurden im Mittleren Osten nicht kontrollieren kann und dass ohne Unterstützung der KDP und PUK eine Auflösung der PKK nicht möglich ist, will im zweiten Schritt durch eine Kontrolle von KDP und PUK die Errungenschaften der Kurdinnen und Kurden zunichte machen. Somit konnte die Türkei aufgrund des starken Widerstandes der PKK, wie auch der Staatspräsident Abdullah Gül eingestand, die für sie wichtige „erste Hürde" nicht nehmen.

4. Gezielte Angriffe: Israel, neben den USA wichtigster Unterstützer der Türkei im Bereich der technischen Ausstattung und des Nachrichtendienstes, hat auch bei der Bodenoffensive mitgewirkt. Es ist bekannt, dass das wichtigste Ziel die Vernichtung der Führungskader der HPG-Zentrale war. Mit den Luftangriffen und der Bodenoffensive sollten die Guerillabarrikade durchbrochen und anschließend gegen die Führungsebene gezielte Angriffe gestartet werden. Israel hat seine Erfahrungen im Nachrichtendienst und bei den gezielten Angriffen auf die Hamas und Hizbullah mit der Türkei geteilt. Da jedoch bei der Offensive keine Fortschritte erzielt und die Guerillabarrikaden nicht durchbrochen werden konnten, konnten keine gezielten Angriffe durchgeführt werden. Dies hat die Erklärung der PKK, „dies sind die Berge Kurdistans und nicht die Straßen Palästinas", bestätigt.

5. Die Haltung der KDP und PUK: Die Türkei hat von der KDP, die sie mit der PKK gleichgestellt und bedroht hat, keine Unterstützung bekommen. Auch über Talabani wurde kein Erfolg erzielt. Während die KDP durch die Haltung von Millionen Kurdinnen und Kurden, die den Widerstand der PKK und die PKK verteidigt haben, das Schweigen bevorzugte, wurde Talabani in vielen Punkten, allen voran beim Türkeibesuch, handlungsunfähig gemacht. Eine aktive Pro-Türkei-Haltung wurde damit verhindert.

6. Das Bündnis Türkei-Nordirak: Die USA versuchten gegen den Iran eine Front aus Türkei, Südkurdistan und Irak aufzubauen. Daher haben sie sich gegen die PKK mit der Türkei geeinigt, eine Pufferzone zu errichten und ein kontrollierbares Kurdistan aufzubauen. Die südkurdischen Kräfte versuchte man mit dem Versprechen einer Anerkennung seitens der Türkei zu überzeugen. Jedoch hat die Haltung der PKK gegen die Besatzung in Südkurdistan und dem Irak bezüglich vieler Aspekte Sensibilitäten erzeugt. Die unter den Kurdinnen und Kurden zunehmende Ablehnung der USA und die Auswirkungen all dieser Ereignisse im Irak und im Mittleren Osten haben die Aussicht dieses Beschlusses auf Erfolg stark geschwächt.

7. Afghanistan-Interesse: Die USA möchten im Süden Afghanistans, wo viele NATO-Mitgliedsstaaten ihre Soldaten nicht hinschicken wollen, türkische Soldaten stationieren. Dies ist ein Grund für die Unterstützung der Offensive. Als die Offensive jedoch erfolglos war und die Türkei große Verluste erlitten hat, waren sie gezwungen, erneut über den Einsatz türkischer Truppen im Kampf gegen die Taliban nachzudenken.

8. Internationale Unterstützung: Die Bodenoffensive wurde mit militärischer, technischer, nachrichtendienstlicher und diplomatischer Unterstützung der USA, Großbritanniens und Israels durchgeführt. Auch die EU-Staaten haben die Offensive unterstützt. Dies zeigt die internationale Dimension der Besatzung. Doch trotz Unterstützung all dieser Staaten war sie erfolglos.

9. Diplomatische Beziehungen: Die Türkei hat von Beginn an diplomatische Bestrebungen gezeigt, um gegen die PKK Erfolg zu haben. In diesem Zusammenhang werden Einigungen, auch wenn es der Ministerpräsident nicht zugeben will, durch Zugeständnisse erzielt. Auch im Rahmen der Offensive vom Februar war ein ernsthaft diplomatischer Verkehr zu verzeichnen. Bezüglich der diplomatischen Beziehungen suchte man nach Erfolglosigkeit der Offensive nach neuen Wegen.

Die PKK war die Gewinnerin

1. Die PKK ist zum ersten Mal nach 1999 in Südkurdistan mit der Türkei in eine solch große Auseinandersetzung geraten. Sie hat gegen die Offensive einen unerwarteten Widerstand geleistet. Die Türkei konnte nicht, wie behauptet, kilometerweit nach Südkurdistan eindringen. Im Gegenteil, die PKK hat die türkische Armee an der Grenze empfangen, wo sich die Auseinandersetzungen gehäuft haben. Diese Situation hat gezeigt, dass die PKK, deren Auflösung man sich erhoffte, eine starke kämpfende Kraft ist. Die PKK hat gesehen, dass ihre auf Durchsetzung der Ziele basierende Angriffsstrategie erfolgreich ist. Das ist die Offensive, bei der die PKK aufgrund ihrer Taktik die geringsten Verluste erlitten hat. Die PKK hat ihr Selbstbewusstsein damit gestärkt und auch das Vertrauen der Kurdinnen und Kurden in die Partei gestärkt.

2. Das kurdische Volk ist von Beginn der Offensive an auf den Straßen gewesen. Die Kurdinnen und Kurden, die betonen, dass die Offensive eine Besatzungsoffensive mit dem Ziel der Vernichtung aller Errungenschaften des kurdischen Volkes darstellt, haben von den kurdischen Organisationen Widerstand erwartet. Während die PKK diese Forderung mit einem immensen Widerstand beantwortete, schwieg die KDP zur Offensive. Die PUK hat eine die Türkei unterstützende Haltung eingenommen. Während diese Haltung als „nationaler Betrug" gewertet wurde, musste die KDP aufgrund ihrer Sprachlosigkeit heftigen Protest hinnehmen. Vor allem in Südkurdistan sammelte die PKK als „einziger Verteidiger der Errungenschaften der Kurdinnen und Kurden im Süden" große Sympathien. Die die PKK öffentlich unterstützenden Parolen und Transparente bei Kundgebungen in Städten wie Duhok, Erbil, Sülemaniye und Kirkuk haben dies deutlich gezeigt. Die Erfolglosigkeit der türkischen Armee wurde unter den Jugendlichen mit großer Freude begrüßt. Dies hat zu einer Zunahme der Sympathie für die PKK geführt. Internationale Zeitungen haben auch in diesem Sinne Bewertungen gemacht. ♦

Anmerkungen zu einem Thema:

Kirkuk Kurdisch Jerusalem

Hans Branscheidt, EUTCC

Kirkuk ist kurdisch! – Dieser Auffassung sind alle und fraktionsübergreifend: Nationalistische Kurden in den USA oder England, Kurden aus allen Teilen Kurdistans, feministische Kurdinnen und sozialrevolutionäre Kurden. Kirkuk bedeutet Reichtum und weit mehr noch: bedeutet fundamentale Identität. Kirkuk ist ein patriotisches Projekt, eine nationale Angelegenheit.

Offenbar sogar auch bei denen, die strikt anti-nationalistisch argumentieren.

Zwar unterscheiden sich die einzelnen Zukunftsbestimmungen der jeweiligen politischen Fraktionen für Kirkuk durchaus – klar und unumstößlich aber ist: Kirkuk ist nicht nur genuin kurdisch, sondern liegt auch auf dem Terrain einer nationalen kurdischen Selbstverwaltung. Die Administration der Stadt selber mag sich aus den diversen Gruppen und Ethnien und Religionsgemeinschaften rekrutieren, – was aber eigentlich ohnehin nach den neuen irakischen Gesetzen selbstverständlich wäre und daher eigentlich kein sonderliches Zugeständnis bedeuten würde.

Wie immer es ist oder kommt: Kirkuk ist nicht Irak, Kirkuk ist die Tendenzmetropole eines zukünftigen Kurdistans jenseits des arabischen Irak.

Das ist die geltende Auffassung und wer möchte dabei nicht an kurdisches nation building denken?

Kirkuk ist tatsächlich eine kurdische Angelegenheit. Es waren andere, die diese Tatsache negieren und die Provenienz dieser Metropole unterlaufen und umdeklarieren wollten. Durch Eroberungen, durch begleitende massive Umsiedlungen. 1879 annektierte das Osmanische Reich das Wilayet von Mosul nebst Kirkuk und wir lesen in der Enzyklopädie „Qamusl Al A'ala'm" des Eroberers Shamsadin Sami: „Das neu eroberte Gebiet um Kirkuk ist gelegen inmitten des Verwaltungsbezirks (Wilayet) von Mosul und dies ist ein Teil von Kurdistan. Dieses Kirkuk liegt lokalisiert 25 pharsings (100 Meilen) südöstlich der Stadt Mosul. Man erblickt die Stadt inmitten einer Reihe von parallel laufenden Bergzügen und ganz nahe eines großen Tals mit Namen Vale of Adham. Es ist dies (Kirkuk; der Verf.) die Verwaltungshauptstadt für das Sharazur Wilayet und kennt eine Population von 30 000 Menschen."

Der Historiker und zugleich Eroberer vergisst nicht hinzuzufügen, dass 2/3 der Bewohner Kurden sind, der Rest ergibt sich aus erstens Turkmenen, danach den Arabern und anderen. Shamsadin Sami zählt am Ende noch 760 jüdische Familien.

Die Geschichte der Stadt vollzieht sich nun weiter von Tragödie zu Tragödie: durch die Zeit der osmanischen Beherrschung, danach interessierten sich die Briten erstmals für Kirkuk (und verzichteten dafür auf Sulaimania), weil es um Kirkuk herum Öl gab. Folgende deals zwischen Frankreich und England, in Kontroverse mit deutschen und türkischen Interessen, deklarierten Kirkuk als Teil des künstlich geschaffenen Irak. Die Bewohner hatte nie jemand gefragt.

Sofern sie Kurden waren, ereignete sich nun an ihnen die gnadenlose Odyssee des Vertreibens und Verdrängens, des Umsiedelns und im Kontrazug die Neuansiedlung von arabischen Populationen.

Wie stark die kurdische Identität dieser Stadt ist, die allen Versuchen ihrer Auslöschung widerstand, zeigt sich in diesen Tagen, wo wieder nichts anderes aus jeder demografischen Untersuchung und jeglichem Referendum entspringen würde als: Kirkuk bekennt sich kurdisch.

So eindeutig die Sache ist, so schwierig ist es, Status und Zukunft der kurdischen Schicksalsmetropole zu definieren.

Die Einbeziehung der Stadt in das Gebiet der *Kurdischen Regionalverwaltung* (KRG) wäre vielleicht zu Beginn der US-Intervention möglich gewesen. Sie wurde versäumt, weil falsch kalkuliert wurde: Nämlich, dass man am Ende mit amerikanischem Zuspruch per Referendum automatisch über Kirkuk werde verfügen können.

Aus dem seinerzeit materialisierbaren Anspruch auf Kirkuk ist aktuell Phraseologie geworden.

Der zentrale Irak beansprucht Kirkuk. Die Türkei möchte die Stadt als Teil des Irak anerkennen. Die Europäer denken genauso, die in diesem September die Kirkuk-Turkmenen im *EU-Parlament* mit Verständnis bedachten. Der Iran sieht es nicht anders. Die arabischen Staaten denken so. Die *Vereinten Nationen* haben das de-Mistura-Konzept vorgelegt, das die Kurden tief enttäuschte. Die christlichen und anderen Minderheiten beklagen das neue (zurückgestellte) Regionalwahlrecht, das ihnen nach

ihrer Auffassung gerade nicht die Minderheits-Rechte gewährt, die angeblich sie in Kirkuk wahrnehmen könnten. Und Celal Talabani favorisiert in seinem Herzen ebenfalls eher einen irakischen Status für die Stadt, auf die er und die PUK womöglich unter solchen Umständen mehr Einfluss nehmen können, als wenn diese unter die Hoheit der KRG geriete.

Niemand von Macht und Bedeutung setzt sich zurzeit dafür ein, dass Kirkuk den Status einer kurdischen Stadt in Kurdistan erhält. Zurzeit bleibt tatsächlich nur die patriotische Phraseologie.

Was aber kann wirklich und was sollte vielleicht aus Kirkuk werden?

Am 3. September 2008 kam es zu einer interessanten Begegnung eines kleinen Kreises von Nah-Ost-Experten, Wissenschaftlern und Politikern im holländischen Außenministerium in Amsterdam.

Hauptreferent war der im Mittleren Osten bekannte Martin Indyk. Indyk, ein früherer Berater Clintons fungiert zurzeit übergangsweise als Chef des SABAN Centers für den Mittleren Osten und, das macht die Sache aufschlussreich, unterstützt den Wahlkampf Obamas, der ihn mit hoher Wahrscheinlichkeit zu seinem Nah-Ost-Beauftragten machen wird.

Was sagte er? - Im Wortlaut: „Beide, Obama wie McCain, sind und werden in einer fortdauernden Beziehung den Kurden verbunden bleiben. Dies jedoch nicht ohne Erwartungen und Voraussetzungen: Die kurdischen Parteien des Irak sollten die PKK nicht tolerieren. Das ist das eine, zum anderen sollten sie ihre Aspirationen nicht nach Norden richten, sondern ihre Zukunft als Teil des Irak erkennen. Wir sind gewiss, dass sowohl Barzani wie auch Talabani diese Ansicht mit uns teilen. Es mag sein, dass die Kurden gute historische Gründe haben, mit dem Irak zu brechen: aber sie sollten dennoch realistisch Teil des Irak sein, wenn sie wollen als Föderation. Wir erwarten von beiden Führern, die dies auch wissen, dass sie diesbezüglich andere Erwartungshaltungen ihrer Bevölkerung dämpfen. Noch einmal, es ist im höchsten Interesse der Kurden, Teil des Irak zu sein. Was den Plan von Senator Biden angeht, der ja älteren Datums ist und wo von einer Teilung des Irak die Rede ist: Nun, dieser Plan gilt nicht mehr, aber (lachend) er hatte durchaus einen aktuellen Nutzen, um ein wenig Druck auf die Maliki-Regierung auszuüben, wenn es um den Abzugsvertrag unserer Truppen ging.“

Der prospektive künftige Nah-Ost-Mann des wahrscheinlichen Präsidenten Obama wusste im Übrigen nicht genug zu betonen, dass sein kommender Chef mehr als andere US-Präsidenten die bedeutsame Rolle der Türkei zu schätzen wissen wird: „Obama wie allerdings auch McCain werden sich stärker positiv auf die Türkei konzentrieren, die unbedingt eine entscheidende und gestaltende Rolle im gesamten Mittleren Osten übernehmen sollte. (….) Was die Kirkuk-Frage angeht, so ist auch hier eine klare Entscheidung jeder neuen US-Administration zu erwarten: Sie wird im Wesentlichen dem Demstore-Bericht und den Auffassungen der *Vereinten Nationen* entsprechen, die ja in diesem Fall Ausdruck nicht nur des Westens, sondern auch der Araber, der Iraner und der Türken sowie die Russlands sind. Weshalb sollten sich die USA hier konträr verhalten? Kirkuk wird nach internationalem Recht ein Teil des Irak sein und bleiben. Im äußersten Fall käme für eine Übergangszeit ein UN-Mandat in Frage. Wer das anders will und wer dagegen handelt, wird dauerhafte und blutige sezessionistische Auseinandersetzungen erleben.“

FAZIT

Die nationalpatriotisch gedachte Integration Kirkuks in den Verbund der *Kurdischen Regionalregierung* wird faktisch zurzeit nicht durchsetzbar sein.

Ökonomisch ist das kein Problem: würden nur jene 17 % der Öl-Revenuen, die auf alle Fälle an die Kurden gehen, sinnvoll und entwicklungspolitisch richtig investiert, Kurdistan könnte blühen.

Man muss nicht Kirkuk kontrollieren, um Kurdistan zu entwickeln, sondern die Korruption in Kurdistan und die ökonomische Inkompetenz Süd-Kurdistans.

Bliebe aber immer noch, den Status von Kirkuk zu definieren.

Wer brüderlich und geschwisterlich im Mittleren Osten leben will, sollte sich in allen Fällen auch antinationalistisch verhalten und sollte eher an „Vereinigte Staaten des Mittleren Ostens“ denken und weitreichende Entwicklungsperspektiven. Solche, die von der unendlich alten und überdauernden Realität von Vielvölker-Ländern ausgehen, deren Zukunft niemals friedlich und demokratisch sein wird, wenn geschieden, getrennt und apart zugeordnet wird: Das gehört dem, dies gehört jenen.

Mit Kirkuk könnte ein weitreichendes, ein überzeugendes, ein leuchtendes Zeichen auf diesem Weg der allgemeinen Verständigung gesetzt werden: „Freie Stadt Kirkuk!“

Konkret besäße dann die Metropole Kirkuk den Status einer autonomen Stadt und könnte und sollte als solche Teil von Kurdistan sein, auf dessen Territorium sie liegt.

Konstruktionen solcher Art hat es in der Vergangenheit des Öfteren gegeben, mit Zustimmung des UN-Vorläufers Völkerbund, man denke an die “Freie Stadt Danzig“.

Die nationalen kurdischen Gemüter müssten nicht traurig sein: Die „Freie Stadt Kirkuk“ läge in Kurdistan. Die emanzipatorisch orientierten Vertreterinnen und Vertreter einer modernen kurdischen Zukunft inmitten aller Populationen und Gemeinschaften des neuen Nahen Ostens sollten dies gerade propagieren: sie hätten damit ein Zeichen gesetzt, das die Berechtigung ihrer Anerkennung als Kurden in der Weltgeschichte auf bedeutsame Weise unterstreichen würde.

Weit mehr als durch die bloße physische Kontrolle über eine Stadt, deren Öl ohnehin auf dem Lande liegt. ♦

Der Krieg im Kaukasus und die globale Krise

Das herrschende System besitzt ein enormes Gefahrenpotenzial

Rahmi Yağmur

Der unipolare globale Kapitalismus verfällt mit all seinen Institutionen. Die imperialistische Expansion der USA, die seit längerer Zeit einen inneren Verfall durchläuft, hat mit den Auseinandersetzungen im Mittleren Osten und im Kaukasus einen rasanten Abschwung durchlaufen.

Die Spannungen zwischen den USA und Russland, die mit den Auseinandersetzungen im Kaukasus begonnen haben, zeigen noch klarer den Verfall des von den USA angeführten globalen Systems. Die Krise, die mit dieser Auseinandersetzung an das Tageslicht trat, bedeutet die Stagnation der globalen Strategie der großen imperialistischen Mächte. Die unmittelbar nach dem Krieg in Kaukasus aufgetretene wirtschaftliche Krise wird als die Krise der rechten Ideologie und des Kapitalsystems bewertet. Die imperialen Mächte werden entweder die Weltpolitik noch einmal überdenken und versuchen, durch weitere Restauration ihr Leben zu verlängern, oder sie werden in der Zerfallspanik die Welt in noch größere und zerstörerische Kriege und Katastrophen führen.

Mit dem Zerfall der UdSSR und des Warschauer Pakts ging das bestehende Gleichgewicht der Welt in die Brüche. Der nun auftretende Zerfall der einseitigen US-Vorherrschaft, die mit der als Antiterrorkampf bezeichneten globalen Sicherheitsstrategie nach dem Vorfall vom 11. September begründet und begonnen wurde, eröffnete den Weg für neue Ungewissheiten in der globalen Politik. Der Aufstieg Russlands und sein Widerstand dagegen, dass die USA unter dem Namen der NATO weitere Expansionen durchführen, hat gezeigt, dass diese Kriege einen neuen Weltkrieg auslösen könnten.

Neues außenpolitisches Konzept Russlands

Die Anerkennung des Kosovos und die Stationierung des Radarüberwachungssystems ARSS durch die USA in Osteuropa stellte Russland direkt vor eine Sicherheitsfrage und machte ihm klar, dass es allein durch Anhäufung von Reichtum seine Sicherheit in der realen Welt nicht gewährleisten kann. Die Herren im Kreml haben gegenüber der sie bedrohenden Expansion der USA im Juni ein neues außenpolitisches Konzept der Föderation entwickelt. In dieser Deklaration, die eher einer Vorankündigung als einer Abrechnung ähnelt, wird ein Mitspracherecht bei der globalen Politik und den Problemen eingefordert und die Bereitschaft bekundet, den Herausforderungen, die daraus entstehen können, zu begegnen.

Russland hat vielmehr offen die NATO dazu aufgefordert, ihre Expansion in Osteuropa und Asien einzustellen, ihre Ausdehnung in der baltischen Region und im Kaukasus zu stoppen sowie von falschen Bestrebungen bezüglich der Energiesicherheit Abstand zu nehmen. Aber die Auseinandersetzungen im Kaukasus und die nachfolgenden Entwicklungen haben gezeigt, dass Russland diese Forderungen nicht nur mit aktiver Verteidigung erreichen will, sondern gleichzeitig mit einer Politik von großer Tragweite und einer neuen globalen Positionierung. Aus diesem Grunde traten Lateinamerika, das Mittelmeer und der Mittlere Osten auf die Tagesordnung. Das heißt Russland wird nicht mehr nur gegen die neuen Verbündeten der USA eine aktive Verteidigung annehmen, sondern gleichzeitig aktive politische und militärische Zusammenarbeit mit radikal antiamerikanischen Ländern wie Iran, Syrien, Venezuela unterhalten.

Aber es gibt noch weitere Themen, die Russland noch nicht abgeschlossen hat. Eine der wichtigen Fragen ist es z. B., ob Russland die asiatischen Großmächte auf seiner Seite haben wird oder nicht. Das Zusammenarbeitsforum Shanghai hat offen dargelegt, dass es sich nicht in eine antiwestliche Front verwandeln möchte. Auch die Mittelasien-Armee, die Russland gründen möchte, ist nichts als eine vage Vorstellung. Aber all dies zeigt, dass Russland das alte globale Gleichgewicht nicht akzeptieren will.

Die Verunsicherung Europas

Es ist Europa, das von dem Krieg im Kaukasus am stärksten verunsichert ist und die Panik noch immer durchlebt. Westeuropa, das nur von den Vorteilen der Expansion der USA und der NATO profitieren möchte, hat gegenüber den Risiken, die die Probleme mit sich gebracht haben, sofort einen Rückzieher gemacht. Europa hat gesehen, dass diese Expansion zu einem Krieg in seiner Region führen könnte. Das ist etwas, worauf die europäischen Staaten keines-



Der Protest gegen die Misshandlungen Öcalans wird von der kurdischen Bevölkerung getragen Foto: DIHA

wegs vorbereitet sind und was auch in den Planungen nicht vorgesehen ist. Die NATO, die von Europa als Schwert oder Schild gesehen wird, entpuppt sich zunehmend als Problem und Gefahr für Europa aufgrund der falschen Globalpolitik der USA.

Europa möchte natürlich nicht aufgrund der Großmachtneigung Russlands erneut in Herrschaftsbereiche aufgeteilt werden, aber es glaubt seinen politischen Einfluss effizienter über Politik und Kultur erreichen zu können und nicht über die Hegemonie der Waffen. Aus diesem Grunde will Europa im Unterschied zu den USA die militärische Expansion und die Suche nach Bündnissen mit der Ukraine und im Kaukasus verschieben, da eine Auseinandersetzung mit Russland unbedingt vermieden werden muss.

Türkischer Pragmatismus

Die Annäherungspolitik der Türkei, die sie seit dem 2. Weltkrieg unter Ausnutzung der verschiedenen Krisen zu ihrem Vorteil entwickelt hat, hält noch immer an. Die Türkei, die zu Zeiten der UdSSR die Gleichung des Kalten Krieges dazu nutzte, um mithilfe der USA auf den Beinen zu bleiben, ist auch heute an Spannungen interessiert und beansprucht den Gewinn für sich.

Zudem sieht die Türkei in Russland keine kommunistische Bedrohung mehr und das führt dazu, dass sie sich noch lockerer zwischen den Mächten bewegt. Aus diesem Grunde hat sie während der Spannungen versucht, ihre ökonomischen Beziehungen zu Russland abzusichern, ihren Einfluss im Kaukasus zu stärken und den Trumpf der Meerenge zu vermarkten. Während die Türkei sich an den Operationen der NATO in der Ukraine und in Georgien beteiligt, hält sie ihre Nähe zu Russland aufrecht, um gegenüber den USA bluffen zu können. Die Türkei versucht, die Spannung auszunutzen, um die Operationen der USA im Mittleren Osten einzugrenzen und – noch wichtiger – die seit Längerem lahmgelegten US-Hilfen erneut zu erhalten.

Der Zusammenbruch der globalen Wirtschaftspolitik der USA

Die Wirtschaftskrise während und nach dem Kaukasuskrieg hat den Zusammenbruch des globalen Kontrollmechanismus der USA und ihres Systems noch deutlicher gemacht. Die Kalte-Kriegs-Strategie der USA nach dem 2. Weltkrieg bis 1990 führte auch zu ihrer eigenen Schwächung nach dem Zerfall der UdSSR. Ihr Konzept der grenzenlosen Intervention und eines unipolaren Weltsystems, das seit 2000 und vor allem nach dem 11. September im Rahmen des Anti-Terror-Konzeptes aufgenommen wurde, gerät zunehmend in Stagnation. Diese Politik zerbricht an dem Widerstand im Mittleren Osten, an der Wirtschaftskraft Chinas und an den militärischen und politischen Offensiven Russlands. Die politischen Bedingungen sind auch nicht mehr wie im Jahre 1990, als Russland sehr schwach war. Zudem stößt die seit 1950 als ein globales Sicherheitsinstrument auftretende NATO zunehmend auf Einwände in Europa. Denn die ideologischen Risiken, die das westliche Regime bedrohten und Gründungsgrundlage der NATO waren, sind nicht mehr gegeben. Westeuropäer werden auf keinem Fall einem Krieg zwischen USA und Russland, der sich auf ihrem Boden abspielt, zustimmen. Inzwischen gestehen auch amerikanische Politikwissenschaftler ein, dass die Sowjets sich aufgrund ihrer ideologischen Sicht der Dinge für die gesamte Welt in der Verantwortung sahen. Aber es gibt keine Garantie dafür, dass Russland dieselben Sorgen trägt. Vergessen wir nicht, dass auch Russland ein kapitalistisches Modell hat und imperialistische Neigungen verspürt. Das Eingeständnis us-amerikanischer Intellektueller ist sicherlich keine Kritik an einem bereits zerfallenen Regime, sondern es dient vielmehr zur Definition neu entstehender Gefahren.

Die mit dem Aufstieg Russlands wankende globale Balance, die komplizierte Situation in Osteuropa und im Kaukasus und die ungewisse Haltung asiatischer Kräfte führen zu einer neuen Teilung der Energiequellen und der Energiesicherheit, zu globalen Wirtschafts- und Nahrungskrisen sowie Armut. Die ökologischen Probleme tragen ebenfalls zur Ungewissheit in der Weltpolitik bei.

Auch wenn die Welt während des fünfzigjährigen Kalten Krieges große Spannungen durchleben musste, so mündeten sie nicht in einen neuen Weltkrieg. Der Grund, warum es nicht zu einem neuen Weltkrieg kam, war die vorübergehende bipolare Balance. Aber die jüngste wirtschaftliche und politische Krise hat gezeigt, dass die bisherige Stabilität und Balance zu bröckeln beginnt. Egal, ob wir es als das Ende der unipolaren Welt bewerten oder als Zerfall des Kapitalismus oder als Bankrott der rechten Ideologie, sicher ist, dass das Beharren auf der Weiterführung dieses Systems ein großes Gefahrenpotenzial – Kriege und ähnliche Katastrophen eingeschlossen – beinhaltet.

Denn diese riskanten Entwicklungen können wir nicht als das Resultat vorübergehender Krisen oder Ungleichgewichte bewerten. Jeder muss es als den theoretischen und praktischen Zerfall eines Systems akzeptieren. Es bedarf einer eigenständigen Bewertung darüber, welches System an seine Stelle treten müsste oder wie die Zivilisation sich fortsetzen wird. ♦

Am *Frauenpolitischen Ratschlag* nahmen Frauen von 4 Kontinenten teil

Kurdische Frauen suchen den internationalen Kontakt

Interview mit Fatma Kaşan, Koordinationsmitglied des Frauenrates der DTP

Vom 3. bis 5. Oktober 2008 fand der *8. Frauenpolitische Ratschlag* in der Universität Düsseldorf statt. Der Programmpunkt „Reise zu den Frauen und Mädchen der Welt" entstand, nachdem in den Anfangsjahren des *Frauenpolitischen Ratschlags* Besucherinnen aus dem Ausland über ihr Leben berichtet hatten. „Mittlerweile ist [er] zu einem Selbstläufer und Highlight eines jeden *Frauenpolitischen Ratschlags* geworden und füllt heute einen ganzen Veranstaltungstag aus. Frauen aus vielen Ländern berichten über die Lage der Frau in den jeweiligen Heimatländern und ihre Kämpfe für ein besseres Leben.", so Anne Wilhelm vom *Kämpferischen Frauenrat* in ihrer Presseerklärung (http://frauenpolitischerratschlag.de/index.php?option=com_content&task=view&id=131&Itemid=57).

Am letzten Tag des diesjährigen *Frauenpolitischen Ratschlags* wurde auch das erste nationale Vorbereitungstreffen für die *Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen* 2011 in Venezuela durchgeführt und ein nationales Vorbereitungskomitee gegründet. Im Anschluss des Ratschlags fand dann das zweite internationale Initiatorinnen-Treffen für diese *Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen* statt, zu dem auch alle internationalen Gastfrauen eingeladen waren.

Am *Frauenpolitischen Ratschlag* nahmen Frauen aus über 20 Ländern und den 4 Kontinenten Europa, Asien, Lateinamerika und Afrika teil. Es wurden 18 Foren und 16 Workshops zu unterschiedlichen frauenspezifischen Themen angeboten. Auch kurdische Frauen waren vertreten. *Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.* – hatte Fatma Kaşan von der *Demokratischen Freien Frauenbewegung* DÖKH als Gastfrau aus Kurdistan eingeladen. Sie stellte den Länderbericht über Kurdistan vor, beteiligte sich an den Foren und nahm als Delegierte aus Kurdistan am zweiten Initiatorinnen-Treffen für die *Weltfrauenkonferenz* teil. *Cenî* beteiligte sich mit einem Forum und einem Workshop am Ratschlag.

„Kurdische Frauen nach LEYLA ZANA im türkischen Parlament, Lösung der kurdischen Frage aus dem Blickwinkel der Frauen. Demokratiebewegung der kurdischen Frauen", so lautete das Thema des Forums, an dem die DTP-Abgeordnete Aysel Tuğluk aus der Türkei/Kurdistan sowie Gülbahar Aslan für *Cenî* teilnahmen. Der Workshop wurde zur Vorstellung der Kampagne „Jin jiyan e, jiyanê nekuje! – Frau ist das Leben, töte nicht das Leben!" genutzt. Kurdische Frauen aus Europa und aus unterschiedlichen Teilen Kurdistans haben schon jetzt ihre aktive Teilnahme an der *Weltfrauenkonferenz* 2011 in Venezuela angekündigt.

Der *Frauenpolitische Ratschlag* endete mit der Wahl eines neuen „*Kämpferischen Frauenrates*". Auffällig daran war, dass viele junge Mädchen als auch Frauen aus unterschiedlichen Ländern gewählt wurden. Somit hat der *Kämpferische Frauenrat* zum ersten Mal einen wirklich internationalen Charakter erhalten.

Eine universelle Frauenbefreiungsideologie ist notwendig

Fatma Kaşan, Koordinationsmitglied des Frauenrates der DTP, nahm am *8. Frauenpolitischen Ratschlag* teil und war als Gastfrau aus Kurdistan eingeladen, um u. a. den Länderbericht aus Kurdistan bei der „Reise zu den Frauen und Mädchen der Welt" vorzustellen. Songül Karabulut befragte sie über ihre Eindrücke sowie ihre Perspektive für die Frauenbefreiung:

Frau Kaşan, Sie haben am *Frauenpolitischen Ratschlag* in Deutschland teilgenommen. Können Sie uns kurz etwas über den Verlauf sagen?

Der *Frauenpolitische Ratschlag* war kombiniert mit der „Reise zu den Frauen und Mädchen der Welt".

Am ersten Tag stellten aus 21 Ländern je zwei Frauen ihr Land, die Situation der Frauen in diesem Land sowie die vorhandenen Frauenkämpfe und -bewegungen vor. Jeder 15-minütige Landesbericht wurde begleitet von Bildmaterial. Sowohl die Erzählungen als auch die Bilder boten wichtige Informationen. Auch gab es die Möglichkeit, sich mit Frauen aus anderen Ländern auszutauschen, sich gegenseitig kennenzulernen. Auf diese Weise entwickelte sich auch eine emotionale Nähe unter den Frauen. Obwohl wie gesagt Frauen aus insgesamt 21 Ländern anwesend waren, alle über die Situation in ihren Herkunftsländern berichteten und ich oft aufgrund der fehlenden Übersetzungen die Vorträge nicht verstand, waren wir uns doch sehr ähnlich. Unsere Mimik, unser Empfinden, unser Umgang miteinander ähnelten sich sehr. So entstand die Nähe zueinander.

Am zweiten Tag hatten die Frauen aus den Ländern die Möglichkeit, in Form von Seminaren und Workshops noch länger als bei den Länderberichten über den Frauenkampf in ihren Ländern zu berichten, sich mit interessierten Frauen auszutauschen und auch in Details zu

gehen. Neben Informationen über die gegenwärtige Situation von Frauen gab es auch Diskussionen über mögliche Lösungsansätze. Schön war es zu beobachten, wie Frauen aus sehr weit voneinander entfernten Ländern und unterschiedlichen Kontinenten Interesse für das Anliegen der anderen aufbrachten. Das hat mich sehr beeindruckt.

Die letzten zweieinhalb Tage wurden für die Vorbereitung der *Weltfrauenkonferenz* genutzt, die 2011 in Venezuela stattfinden wird. Es wurde ein Vorbereitungskomitee gegründet, die teilnehmenden Länder wurden festgelegt und die politischen, sozialen und kulturellen Inhalte der Konferenz andiskutiert.

Was beeindruckte Sie in diesen fünf Tagen am meisten?

Diese Zusammenkunft vieler Frauen aus unterschiedlichen Ländern und Kontinenten war für den Frauenkampf ein sehr wichtiger Schritt. Sie hat mich äußerst bewegt und die Atmosphäre war sehr liebevoll.

Ich habe festgestellt, dass, obwohl Frauen aus vielen Ländern am *Frauenpolitischen Ratschlag* teilnahmen, die Erzählungen und Bilder der Frauen aus dem Mittleren Osten wie Afghanistan, Kurdistan und Iran am tragischsten waren. Es gab aber auch Frauen, die den Charakter ihrer Regierungen und Staaten reflektierten, wobei zu entnehmen war, dass sie von ihren Staaten unterstützt wurden und folglich populistisch auftraten, wie z. B. die Frauen aus Venezuela. Die Frauen aus Asien hingegen setzten sich vehement für die unabhängige Organisierung der Frauen ein und waren weit oppositioneller als die anderen.

Wo standen die kurdischen Frauen?

Aus Sicht der Frauenorganisierung konnte ich den gesamten Ratschlag über beobachten, dass es, auch wenn es sich um eine Plattform für Frauen handelte, an einer gemeinsamen ideologischen Ausrichtung fehlte, an der sich alle Frauen treffen. Das Fehlen einer Frauenideologie war allgegenwärtig. Frauen aus den unterschiedlichsten Ländern waren verhaftet in der Perspektive der Linken in ihren Ländern und definierten dementsprechend die Frauenfrage. Zudem wurde die Situation von Frauen sehr eng am Entwicklungsgrad ihrer Gesellschaften gemessen dargestellt. Eine globale Sichtweise für die Frauenfrage fehlte folglich meist. So näherten sich einige Frauen der Frauenfrage mit der Perspektive der Befreiung der Arbeiterklasse an, bei anderen war die Realität der Gewalt und des Krieges ausschlaggebend, andere wiederum machten die traditionellen patriarchalen Zwänge zum Zentrum ihres Anliegens.

Genau an diesem Punkt vertreten wir als *Demokratische Freie Frauenbewegung* DÖHK, dass für die Frauenbefreiung eine universelle Lösungsperspektive notwendig ist. Unsere Teilnahme sowohl am *Frauenpolitischen Ratschlag* als auch an der *Weltfrauenkonferenz* resultiert daraus. Ich kann unsere Aussicht folgendermaßen versuchen zusammenzufassen: Wir sind der Meinung, dass eine Lösung für die Frauenbefreiung außerhalb von Staaten und Macht entwickelt werden muss. Die Lösung sollte sich auf die politische, kulturelle, soziale und ökonomische Selbstverwaltung aller Gesellschaftsgruppen stützen. Dieses Modell beinhaltet gleichzeitig die Entwicklung der horizontalen Basisdemokratie. Die Überwindung des gesellschaftlichen Sexismus steht hierbei im Zentrum. Daher fühlten wir uns den Frauen aus Asien noch am nächsten.

Sie haben auf die unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen der anwesenden Frauen verwiesen, die sich entweder auf ihre Regierungen stützten oder auf Klassenideologien. Sehen Sie die Befreiung der Frauen außerhalb von Klassenideologien?

Die Frauenfrage stellt unserer Meinung nach die Quelle aller Probleme auf der Welt dar. Wenn Sie versuchen, die Befreiung angelehnt an eine bestimmte Klasse zu erreichen, werden Sie auch bestrebt sein, alle anderen Gesellschaftsschichten, -gruppen und -klassen außerhalb dieser Klasse zu assimilieren, ihre Unterschiedlichkeiten zu torpedieren und sie im Interesse dieser einen Klasse anzuführen. Das wiederum wird automatisch zu Autorität und Diktatur führen. Dies ist ganz klar in kapitalistischen Ländern zu sehen. Aber auch Regime, die mit dem Anspruch entstanden waren, eine Alternative zum Kapitalismus zu bilden, wie am Beispiel des Realsozialismus zu sehen, konnten sich davon nicht befreien. Sie definierten sich als Sozialisten, aber ihnen fehlte die

Wer ist Fatma Kaşan?

Fatma Kaşan wurde am 1.1.1973 in Lice bei Diyarbakır (Nordkurdistan) geboren. Sie wuchs im Schatten des Krieges auf, der sich vor allem in Diyarbakır (Amed, der heimlichen Hauptstadt Kurdistans) abspielte. Diese Tatsache führt auch bei Fatma Kaşan, wie auch bei vielen anderen Jugendlichen, dazu, dass sie mit einer Identitätskrise heranwächst. Schon im Kindesalter lernt sie den „Feind“ kennen, der ihre Dörfer zerstört, verbrennt und die Menschen ins Exil schickt. Sie sieht keine andere Lösung, als für ihre Rechte als Kurdin zu kämpfen, und tritt 1992 der Guerilla bei. 1993 wird sie während einer militärischen Operation festgenommen und nach einem einmonatigen Verhör inhaftiert. Sie wird zu zwölf Jahren Haft verurteilt und wird 2004 entlassen. Seit dem Tag ihrer Entlassung setzt sie sich auch weiterhin für die kurdische Freiheitsbewegung ein. Sie wird Mitglied in der pro-kurdischen Partei DEHAP (*Demokratische Volkspartei*), später in der DTP (*Partei der Demokratischen Gesellschaft*). Zusammen mit ihrer Mitgliedschaft beginnt sie mit der Frauenarbeit und wird als Mitglied des Frauenrates gewählt. Sie setzt sich für die politische Bildung von Frauen ein und kämpft aktiv gegen rückständige feudale Gesellschaftsstrukturen, die das Leben der Frauen erschweren. Gegenwärtig ist sie Mitglied des Vorstandes der *Demokratischen Freien Frauenbewegung* und zugleich Mitglied in der Frauenkommission der DTP.
Während ihrer Haft erkrankt sie an Krebs, weswegen ihr später die Gebärmutter entfernt werden muss. Seit diesem Tag hat sie sich geschworen: „Mein Herz und mein Kopf werden der Uterus des weiblichen Bewusstseins und der weiblichen Intelligenz sein! “

Komponente der Demokratie. Wir setzen uns für einen „Demokratischen Sozialismus“ ein, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen in Form von Selbstverwaltungen ihre Unterschiede wahren können.

Was können Sie uns über die Haltung europäischer Frauen sagen?

Die erste und die zweite Frauenbewegung entwickelten sich im Westen. Die Frauen dort stützen sich auf diese Tradition und vereinnahmen in gewisser Weise den Feminismus. Aber wir denken, dass die dritte Frauenbewegung nicht im Westen entstehen wird, sondern auf einem anderen Kontinent. Der westliche Feminismus definiert zwar die Probleme, aber es ist unklar, welche Alternative zum System angestrebt wird. Vielmehr werden Lösungen innerhalb des bestehenden Systems gesucht, so dass der Frauenkampf lediglich zu dessen Reformierung und Aufweichung führt.

Ich fand die europäischen Frauen sehr luxuriös im Vergleich zu uns Frauen aus dem Süden. Ich bin zwar gegen die Kategorisierung von Frauen, aber der Westen hat in den letzen Jahrhunderten eine führende Rolle in der Welt gespielt. Auch keimte hier die Sozialismusidee. Diese Führungsrolle lässt alle Entwicklungen mit sich beginnen und verleugnet regelrecht deren Wurzeln. Dies führt zum Eurozentrismus. Diese Ich-Bezogenheit habe ich auch an den europäischen Frauen wahrnehmen können. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass europäische Frauen eine gewisse soziale und ökonomische Freiheit genießen, sie haben ein gewisses gesellschaftliches Entwicklungsniveau. Ihre Artikulationsmöglichkeiten sind größer. Das sind natürlich positive Punkte. Aber das System benutzt diese Errungenschaften, um die Frauen in das System zu integrieren. Die Vereinnahmung und Unterdrückung ist subtiler, so dass eine ernste oppositionelle Haltung sich kaum entwickelt. Dieses Entwicklungsniveau, das dazu benutzt wird, sich von den anderen Frauen der Welt abzuheben, hindert sie daran, eine systemkritische Haltung zu entwickeln. Eine gewisse Entfremdung von den Belangen der Frauen aus anderen Regionen ist bei europäischen Frauen zu entnehmen. Sie müssen mit ihren politischen Systemen abrechnen. Nicht nur wegen der subtilen Unterdrückung der Frauen im Westen, sondern auch wegen der Außenpolitik und Expansionsweise des Kapitalismus westlicher Prägung, die zu Unterdrükkung und Leid der Frauen in anderen Ländern (vor allem in den Entwicklungsländern) beitragen.

Was erwarten Sie von der *Weltfrauenkonferenz* 2011 in Venezuela?

Ich hoffe, dass die Konferenz den Frauen im 21. Jahrhundert eine Möglichkeit bieten wird, sich noch entschlossener zur Alternativkraft zu bekennen. Es ist sowohl für die Welt als auch für die Menschheit eine Notwendigkeit, ihre Befreiung mit der Befreiung der Frau zu verknüpfen. Wie die Frauen bereits zur Vergesellschaftung der Menschheit eine Schlüsselrolle gespielt hatten, so werden es wieder die Frauen sein, die für eine neue lebenswerte Welt die Führungsrolle übernehmen werden. Ich wünsche mir, dass die *Weltfrauenkonferenz* eine bedeutende Station auf dem Weg zu dieser Hoffnung darstellen wird. ♦

Von einer Agentin zur Freiheitskämpferin

Çavrê …

Selahattin Erdem, 22.09.2008, ANF

Jeder hatte sie in der TV-Sendung als Agentin kennengelernt. Çavrê, das kurdische Mädchen aus Midyat, erzählte vor laufender Kamera aufgeregt und voller Wut, was ihr angetan und wie sie in Istanbul zur Agentin gemacht worden war. Sie erzählte, wie ihr zwei Flaschen Gift aufgezwungen, wie sie in die Berge in die Guerilla eingeschleust worden war, aber weder ihre Hände noch ihr Herz dieses Gift einzusetzen bereit gewesen waren.

Als sie noch ein Kind war, flüchtete ihre Familie vor dem Krieg nach Istanbul, also eine Familie von Hunderttausenden. Eine Umgebung, die ihr total fremd war, und obendrein die Armut ihrer Familie führten dazu, dass Çavrê nicht zur Schule gehen konnte. Anstatt zur Schule ging sie arbeiten, so wurde sie als kleines Kind zur Textilarbeiterin. Ihre Umwelt lernte sie kennen, als sie die Wohnung verließ, um zur Arbeit zu gehen. Von Familie und sozialem Umfeld beeinflusst nahm sie zudem am Milieu im Zusammenhang mit der kurdischen Befreiungsbewegung teil.

Als Reaktion auf die Unterdrückung und Langeweile in der Familie machte sich Çavrê als Jugendliche auf die Suche nach etwas anderem. Sie wollte, dass alles nach ihrem Wunsch verläuft. Das, was sie in ihrem Umfeld wahrnahm, verstärkte diese Neigung und die Tatsache, dass sie zur Arbeit ging, bot ihr auch gewisse Möglichkeiten.

In diesem Rahmen lernt sie dann einige Jugendliche kennen. Diese versuchen mit allen Mitteln, auf sie und ihre





Gefühle einzuwirken. Sie machen Versprechungen. Die junge Çavrê lässt sich von all dem beeinflussen, glaubt das, was ihr gesagt wird, und bildet sich ein, endlich gefunden zu haben, was sie suchte.

Das gefährliche Spiel fängt also so harmlos an. Einer der Jugendlichen, die Çavrê kennengelernt hat, tut alles, um sie herumzukriegen. Er spricht von Heirat und einem schönen Leben. Nachdem er Çavrê mit diesen Lügen an sich gebunden hat, versucht er, sie für seine schmutzigen politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Diejenigen, die Çavrê in die Falle locken, sind zivile politische Polizisten. Nachdem sie sie völlig unter Kontrolle haben, wird ihr befohlen, alles zu tun, was von ihr im Kampf gegen die PKK gefordert wird. Auch wenn Çavrê Angst bekommen und abgelehnt hat, akzeptiert sie doch nach Drohungen und Gewalt. Man droht ihr, ihren Vater zu töten und die Familie über ihre Liebesbeziehung in Kenntnis zu setzen, falls sie ablehne. Çavrê willigt zum Schluss ängstlich ein.

Anschließend beginnt die Phase der Ausbildung und Vorbereitung. Çavrê erhält jede Art von Schulung, die psychologische eingeschlossen. Wie Gift anzuwenden ist und wie ein Mensch getötet wird. Sie sagen ihr, dass sie, weil sie Kurdin sei, ohne Schwierigkeiten zur Guerilla gelangen und diesen Auftrag erfüllen könne. Ihr werden zwei Flaschen Gift in die Hand gedrückt, sie wird auf den Weg zur Guerilla geschickt. Wenn sie ihren Auftrag, in erster Linie PKKler aus der Führungsebene zu töten, mit Erfolg erfülle, werde ihre Familie Geld und andere Möglichkeiten erhalten. Wenn nicht, droht man ihr, sie und ihre Familie, egal wo sie seien, zu töten.

Das Ganze ist alles andere als banal und oberflächlich. Sie wollen mit einer Klappe mehrere Fliegen schlagen. Für diejenigen, die diesen Plan ausgeheckt haben, ist der Tod eines einzigen PKKlers schon ein großer Gewinn. Wenn Çavrê auffliegt und getötet wird, so ist es kein Verlust für sie. Im Endeffekt würde eine kurdische Jugendliche, potentielle Guerillakämpferin, getötet sein, mehr nicht. Kurden gegeneinander aufzuhetzen ist ebenfalls ein Ziel dieses Plans.

Çavrê, die so zur Guerilla gelangte, trägt lange Zeit die Todesmittel mit sich herum. Ihr Einsatz ist gar nicht so einfach wie behauptet. Auch die Guerilla hat eine Ordnung, Disziplin und Organisierung. Hinzu kommt, dass das Umfeld der Guerilla nicht so ist, wie ihr erzählt wurde. Hier sind die Menschen aufrichtiger, ernster und einander sehr verbunden. Die Guerilla ist sehr bemüht um die Menschen um sich herum, damit sie nicht hungern, nicht frieren und sich nicht überanstrengen. Sie reden von den freien, bereiten und demokratischen Kurden und von der Befreiung der kurdischen Frauen. Diese Atmosphäre beeindruckt Çavrê sehr und wühlt ihre Gedanken und Gefühle auf. Als dann noch einer, den sie eigentlich töten soll, ihr seine eigene Jacke gibt, damit sie nicht friert, verändert sich alles. Sie wirft die Flaschen weg und begibt sich vollkommen in das Umfeld, d. h. die Guerilla-Schulung. Sie hat den Ort, wo sie sein soll, gefunden, ihre Gefühlswelt und ihre Psyche fanden Harmonie.

Infolgedessen war es dann Çavrê selbst, die dem Vorstand über ihren Auftrag und über die Giftflaschen berichtete. Sie sagte, sie sei bereit für die Konsequenzen, aber wenn man ihr eine Chance gäbe, würde sie gern Rache üben an denjenigen, die sie betrogen hatten. Dass ihr Vorschlag akzeptiert und ihr das Recht zugestanden wurde, sich in den Reihen der Guerilla am Befreiungskampf zu beteiligen, war wie eine Neugeburt für sie. Sowohl ihre Begeisterung als auch ihr Zorn waren in der TV-Sendung von ihren Augen abzulesen.

Nach diesem Beschluss nahm Çavrê die letzten eineinhalb Jahre in Zagros am Guerillakampf teil. Sie entwickelte sich zu einer tapferen Kämpferin in der Linie von Beritan, Zilan, Viyan und Nuda. Aus einer Agentin wurde eine Befreiungskämpferin geschaffen. Sie wurde von ihrer Einheit und von ihren Genossen sehr gemocht. Ihre aufrechte, fleißige und begeisterte Art machte sie beliebt. Dies hielt bis zu den Angriffen der türkischen Kampfflugzeuge an. Sie verlor ihr Leben bei dem Angriff, den der Generalstabschef vor der Presse als „einen erfolgreichen Angriff in einer großen Höhle am Dreieck von Basya-Avasin“ verkündet und hoch gelobt hat. Sie reihte sich ebenfalls ein in die Karawane der Märtyrerinnen. Sie wurde zu einer roten Rose, die in Zagros immer blühen wird.

Die Geschichte von Çavrê ist die Geschichte der Kurden, der kurdischen Jugendlichen. Diese Jugend, die der türkische Staat mit allen Mitteln zur Spionage treiben will, schreibt seit Jahren Freiheitsepen. Die Realität der PKK und ihrer Führung erschafft sie immer wieder von neuem. Diese Wahrheit muss endlich gesehen und akzeptiert werden. Während die Realität eine solche Sprache spricht, welche Bedeutung hat die Ankündigung des Generalstabschefs noch, die Beteiligung an der Guerilla zu verhindern? ♦

Proteste und Dauerhaftigkeit zahlen sich aus

Ilisu-Projekt kurz vor der Kippe!?

Ercan Ayboğan, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Anfang Oktober 2008 hat sich zum geplanten Ilisu-Staudamm- und Wasserkraftwerkprojekt am Tigris viel getan; das in vieler Hinsicht zerstörerische Projekt steht nach jahrelangen Protesten jetzt auch offiziell auf der Kippe.

Zunächst fanden vom 2. bis zum 5. Oktober 2008 im Rahmen des Hasankeyf-Batman-Kulturfestivals verschiedene Aktivitäten und Massenproteste in der betroffenen Region statt. Dann erklärten am 8. Oktober die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz offiziell, dass sie aus dem Projekt mit ihren so für die Realisierung des Projekts wichtigen Exportkreditversicherungen aussteigen werden, wenn die Türkei nicht innerhalb von 60 Tagen die Auflagen erfüllen würde.

Im Rahmen des genannten Festivals gab es zunächst am 2. Oktober einen Lauf mit mehreren hundert Menschen in Batman. Es folgte am 3. Oktober ein „Hasankeyf-Symposium" in Batman, an dem aus der ganzen Türkei, aber auch aus Europa Redner teilnahmen. Alle Aspekte des Ilisu-Projekts wurden umfangreich mit den aktuellsten Entwicklungen behandelt. Vertreter der Anti-Staudamm-Bewegungen aus der Munzur-Region (Dersim) und für den Erhalt der antiken Stätte Allianoi (bei Izmir-Bergama) waren auch anwesend. Dies zeigt die immer größer werdende Zusammenarbeit unserer Initiative mit anderen Bewegungen, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind. Besondere Dynamik erfuhr das Symposium durch die Teilnahme von Betroffenen aus verschiedenen Dörfern. Besucht wurde das Symposium von mehreren hundert Menschen.

Die eigentliche Protestaktion fand am nächsten Morgen mit einer 8 km langen Demonstration vom Dorf Kesmeköprü II (am Tigris) bis nach Hasankeyf statt. Mehr als 5 000 direkt Betroffene und Menschen aus der unmittelbaren Region protestierten mit dieser Demo erneut gegen das Ilisu-Projekt unter dem Motto „Trage Hasankeyf in die Zukunft und nicht von seinem Platz". In Hasankeyf wurde die Demonstration mit einer Kundgebung direkt am Tigris beendet. Diese Demo übertraf die im Mai 2007 mit 2 000 Menschen durchgeführte Demo und zeigt die ununterbrochene Bereitschaft der Menschen der Ilisu-Region und der betroffenen kurdischen Provinzen, gegen dieses Projekt zu protestieren. Am Abend des 4. Oktober 2008 fand dann in Hasankeyf ein großes Konzert mit über 50 (teilweise sehr bekannten) Musikern statt. Alle Teilnehmer leisteten beim Konzert den Schwur, welcher Ende Juli 2008 in Hasankeyf von unserer Initiative und Bürgermeistern, Abgeordneten, Vertretern der NGOs und anderen geleistet wurde. Das Konzert, wohin noch einmal weitere Tausende Menschen kamen, ging bis zum Morgengrauen. Morgens um 9 Uhr endete diese Reihe von Aktivitäten mit einer Erklärung am Tigris unter Anwesenheit der Konzert-Teilnehmer.

Keine drei Tage später „warnten" die drei beteiligten europäischen Regierungen mit einem offiziellen Brief die Türkei, die an sie gestellten 153 Auflagen innerhalb von 60 Tagen zu erfüllen. Diese Forderung stellten die Betroffenen und die verschiedenen kurdischen, türkischen und europäischen NGOs seit langem, vor allem nach der Veröffentlichung des ersten Berichts des „unabhängigen" internationalen Expertenkomitees (CoE) im März 2008. Im August/September dieses Jahres wurde der zweite Bericht des CoE veröffentlicht. Beide Berichte halten fest, dass die Türkei kaum eine der Auflagen erfüllt hat und auch nicht die Kapazität dazu besitzt. Für uns war das keine Überraschung, denn wir hatten dies vorausgesagt. Vielmehr stellte sich für uns die Frage, Öffentlichkeit in Europa und in der Türkei zu schaffen und damit Druck auf das CoE und die drei europäischen Regierungen aufzubauen, damit das Projekt trotz aller offensichtlichen Verstöße nicht durchgesetzt wird. Diese „Environmental Failure Notice" war eine Klausel bei der Vergabe der Exportkreditversicherungen im März 2007 durch die drei europäischen Regierungen. Zunächst wollte die Türkei dies nicht akzeptieren, weshalb erst im August 2007 endgültig die Verträge zwischen türkischer Regierung, Unternehmen und Banken unterschrieben wurden.

Mit der jüngsten und letzten Warnung an die Adresse der Türkei müsste diese bis Anfang Dezember 2008 u. a. folgende und vor Jahren bereits eingeforderte Bedingungen erfüllen: Gründung einer Umsiedlungsbehörde (auch im Dorf Ilisu) und die Schaffung von Arbeitsplätzen für die rund 65 000 betroffenen Menschen sowie die Ausarbeitung der Pläne für die Rettung einmaliger Kulturgüter wie das Welterbe von Hasankeyf, die durch das Wasser des Tigris ebenfalls überflutet würden. Schafft es die Türkei nicht, diese Bedingungen bis zum Ablauf des Ultimatums zu erfüllen, droht ihr die definitive Kündigung der Exportkreditgarantien. Jedoch ist dies nicht zwingend, denn bei

Nichterfüllung dieser Auflagen liegt die Entscheidung im Ermessen der europäischen Regierungen.

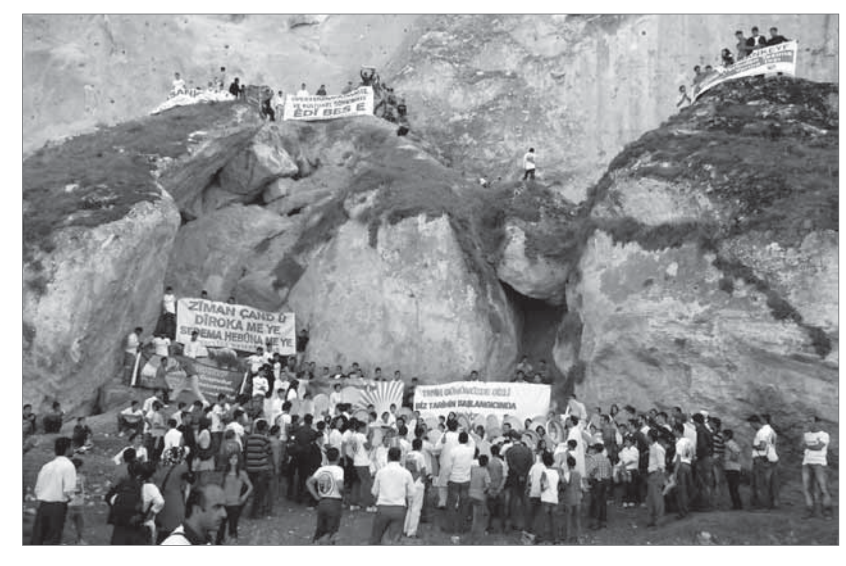
Eine derartige Verwarnung hat es in der Geschichte der europäischen Exportwirtschaft bisher nicht gegeben. Sie zeigt, wie gravierend die Situation ist. Die Exportkreditversicherungen und ihre Regierungen nahmen tatsächlich (oder zumindest scheinbar) an, dass sie mit diesen Auflagen die Türkei dazu bringen könnten, ein Projekt nach „relativ“ hohen internationalen Standards zu erfüllen. Es sollte demnach ein Pilotprojekt für die Türkei werden. Wenn dieses Ilisu-Projekt mit diesen „hohen“ internationalen Kriterien „zufriedenstellend“ erfüllt werden würde, könnten viele weitere Talsperren- und Infrastrukturprojekte schneller durchgesetzt werden. Denn mit diesem Projekt hätte die Türkei besondere Erfahrung auf diesem Gebiet sammeln können. Auch deswegen hat das Ilisu-Projekt die drei Exportkreditversicherungen wie kein Projekt zuvor beschäftigt.

Die Türkei zeigt neben fehlenden Kapazitäten gar nicht den Willen, diese Kriterien ernsthaft zu erfüllen. Ein vorsichtiger Vergleich wäre mit dem EU-Beitrittsprozess der Türkei passend, wobei die Türkei auch auf dem Papier viel beschließt und unterschreibt, aber kaum oder nicht umsetzt; als Folge nahmen die politischen Spannungen in der Türkei wieder zu.

Am 8. Oktober 2008, also in der Zeit der offiziellen Mahnung an die Türkei, befand sich der Bürgermeister von Hasankeyf, Abdulvahap Kusen, aktives Mitglied unserer Initiative sowie Vertreter des *Naturvereins* (*Doğa Derneği*) aus Ankara in Berlin, wo sie eine Pressekonferenz gemeinsam mit der europäischen Ilisu-Kampagne abhielten und auch vor dem Deutschen Bundestag demonstrierten.

Es ist festzuhalten: **Das Projekt ist noch nicht gescheitert**. Wir müssen bis Anfang Dezember 2008 abwarten, besser gesagt bis dahin agieren und Druck ausüben. Es ist möglich, dass kurzfristig doch ein fauler Kompromiss zustande kommt. Die Türkei wird sich jetzt bemühen, schnell irgendetwas zu unternehmen und entsprechende Belege zu liefern. Wenn die Türkei bisher keine Bestrebungen zur Erfüllung der Auflagen gezeigt hat, wird sie dies auch nicht ernsthaft innerhalb der nächsten zwei Monate verwirklichen können. Doch den ökonomisch-strategischen Interessen der europäischen Staaten kann eine Schein-Erfüllung der Auflagen in letzter Minute gut entgegenkommen. Denkbar wäre auch eine zusätzliche Frist für die Türkei.

Ein wichtiger Faktor für den jetzigen Schritt der drei europäischen Regierungen dürfte auch die jetzige weltweite Finanzkrise gewesen sein. Diese spielt sich momentan auf der Bankenebene ab und hat fast die ganze Welt erfasst, darunter auch Europa und die Türkei. In diesem Sinne werden Banken in dieser Zeit sehr risikoreiche Kredite streichen. Die immer mehr erschütterten Banken (im Falle Ilisu: *UniCredit (Bank Austria), Deka-Bank* und *Société Générale*) werden sich eventuell nicht mehr wie vorher ans Ilisu-Projekt klammern. Schon beim Scheitern des ersten Anlaufs zur Realisierung des Ilisu-Projektes hatte die große Wirtschaftskrise in der Türkei im Jahre 2001 eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt.



Demonstration im Rahmen der Aktionstage vom 2.–5.10. in Hasankeyf Foto: DIHA

Unsere Initiative nahm auch am *Europäischen Sozialforum* in Malmö/Schweden – vom 17. bis zum 21. September 2008 – mit Veranstaltungen teil. Zum einen wurde in Zusammenarbeit mit der *Global Action Group* aus der Türkei und *Friends of Earth* aus Schweden ein Seminar zum Ilisu-Projekt und anderen nicht-nachhaltigen Infrastrukturprojekten durchgeführt, zum anderen gab es ein Seminar zum im März 2009 in Istanbul stattfindenden Weltwasserforum. Organisiert wurde die Veranstaltung von mehreren zum Thema Wasser arbeitenden Organisationen aus Europa und der neuen Kampagne *Another Water Management is Possible* in der Türkei. Unsere Initiative ist Teil dieser neuen Kampagne, die sich aus mehr als 15 türkischen und kurdischen Organisationen zusammensetzt (www.alternatifsuforumu.org). Diese Kampagne ist Teil der Plattform „Nein zur Kommerzialisierung des Wassers“, die neu entstanden ist.

Beide Veranstaltungen in Malmö waren gut besucht und es fanden lebendige Diskussionen statt. Auf einer anschließenden Versammlung wurde das *Europäische Wassernetzwerk*, woran sich bisher mehr als 20 Organisationen aus vielen Ländern und wir beteiligen, ins Leben gerufen. Dieses Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, bessere Alternativen zur seit Jahren betriebenen Wasserprivatisierungspolitik und den negativen und zerstörerischen Infrastrukturprojekten wie große Talsperren zu entwickeln. Das Netzwerk wird sich aktiv am alternativen Weltwasserforum im März 2009 in Istanbul beteiligen. ♦

Mesopotamisches Sozialforum – Diyarbakır 2009

Eine andere Welt ist möglich – auch in Kurdistan!

Interview mit Mitgliedern der Camp-Vorbereitungsgruppe

Es soll im nächsten Jahr ein internationales Camp in Diyarbakır/Amed geben. Könnt Ihr die Idee mal kurz erläutern?

Die Idee bestand erst mal darin, etwas in der Tradition der antirassistischen „No Border Camps“ in Kurdistan zu veranstalten. Das Ziel ist der Austausch zwischen europäischen, kurdischen und türkischen BasisaktivistInnen und -bewegungen vor Ort. Inhaltlich soll der Austausch in Form von kleineren und größeren Workshops und Podiumsdiskussionen erfolgen. Um sich wirklich kennenzulernen, sind darüber hinaus kulturelle und praktische Aktivitäten wie etwa Konzerte, Filme, gemeinsames Kochen und natürlich Fußballspielen geplant. Soweit es aus Sicht der kurdischen GenossInnen Sinn macht, könnten wir uns auch in bestehende Projekte vor Ort einklinken. Aufgrund des langjährigen Krieges in Kurdistan, der nach wie vor anhält, wird politisch die Situation in der Türkei/Kurdistan im Mittelpunkt stehen. Bei den VeranstalterInnen vor Ort läuft das Ganze übrigens unter dem Titel „Mesopotamisches Sozialforum“.

Wie kam es zu der Idee?

Wir sehen in Deutschland/Europa eine Kriegspartei im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und vor allem im Krieg gegen eine linke Bewegung und finden das weitgehende Nichtverhalten der europäischen Linken zu diesem Thema fatal. Dies zu ändern ist für uns eine Hauptmotivation, das Camp bzw. das Sozialforum zu unterstützen.

Es gibt in der deutschen und europäischen Linken wenig fundierte Informationen über die kurdische Bewegung und wenig Interesse für die Situation in Kurdistan. Das, was viele deutsche Linke nach wie vor mit der kurdischen Bewegung in Verbindung bringen sind Stalinismus, Nationalismus und Führerkult. Der Prozess, den die kurdische Bewegung insbesondere in den letzten zehn Jahren durchlaufen hat, ist hier so gut wie gar nicht bekannt. Schon im Vorfeld des Camps sollen durch Veranstaltungen und Pressearbeit endlich wieder fundierte Diskussionen in Gang kommen. Beim Camp geht es auch letztlich darum, dass europäische und türkische AktivistInnen die Situation in Kurdistan vor Ort kennenlernen und den Kontext, in dem die Kämpfe entstanden sind, überhaupt mal verstehen können. Bestimmte Sachverhalte lassen sich halt nicht mit einem Blick aus Europa oder dem Wissen aus Büchern oder TV vermitteln.

Sind schon konkrete Themen für das Camp festgelegt?

Die kurdischen GenossInnen in Amed haben in ihrem Aufruf Themen wie z.B. Kämpfe der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegungen gegen Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung vorgeschlagen. Aber wie oben schon gesagt geht es natürlich auch um die Situation im Land: Es geht um die geschichtliche Entwicklung in Kurdistan, die Entwicklung des Widerstands und die aktuelle Situation. Spezielle Themen sind hier die Situation der Frauen im Mittleren Osten und die Erfahrungen der KurdInnen von zehn Jahren kommunaler Selbstverwaltung. Es soll hier jedoch nicht zu einem einseitigen Konsum von Informationen über Kurdistan kommen, sondern wie gesagt steht der Austausch im Mittelpunkt, also z. B. der Dialog über feministische Politik in Europa und Kurdistan ohne dabei auf eurozentristische Vergleiche zurückzufallen.

Geplant ist auch, dass wir nach Hasankeyf fahren, wo mit Geldern aus Deutschland, der Schweiz und Österreich ein riesiger Staudamm gebaut, Tausende von Menschen umgesiedelt und 12000 Jahre alte Kulturgüter komplett unter Wasser gesetzt werden sollen. Wir werden auch versuchen, die in den 1990ern vom türkischen Militär entvölkerten kurdischen Dörfer zu besuchen.

Wer sind Eure Ansprechpartner vor Ort?

Beteiligt sind als Einladende die Stadtverwaltung von Diyarbakır und die sozialen Einrichtungen, die für sie arbeiten, aber auch die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, diverse Presseorgane und Parteien. Wir übernehmen den Part, hier in Europa für das „Mesopotamische Sozialforum“ zu mobilisieren.

Wer soll denn zur Teilnahme am Camp angesprochen werden?

Erst mal alle, die Lust haben, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, und mit einer solidarischen Grundhaltung da hinfahren wollen – von radikaleren Linken bis zu liberaleren Einzelpersonen oder Organisationen wie Gewerkschaften, Jugendorganisationen usw. sind alle herzlich eingeladen mitzukommen. Wir versuchen, für das Camp möglichst breit zu mobilisieren, also auch über das antifaschistische oder antirassistische Spektrum hinaus. Wir zielen auch nicht auf

eine gewisse Altersgruppe ab, das heißt es soll nicht nur Jugendcamp werden. Der Ort ist ein Picknickareal und liegt etwa 15 km außerhalb von Diyarbakır. Wir werden dort zelten, aber für Menschen, für die das z. B. aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr geht, muss dann nach anderen Unterkunftsmöglichkeiten geschaut werden. Wir hoffen auf ein möglichst vielfältiges Spektrum an TeilnehmerInnen, da wir ja gerade einen breiten Austausch über Bewegungserfahrungen, soziale Fragen, Ökologie, Feminismus usw. wollen.

Mit welchen Schwierigkeiten rechnet Ihr?

Nun, die Situation in Kurdistan ist zurzeit sehr angespannt. Wir rechnen mindestens mit den üblichen Behinderungen und Überwachungen, wie sie jedes Jahr bei den europäischen Delegationen zum kurdischen Newrozfest stattfinden. Da es allerdings das erste derartige Camp in Kurdistan ist, wissen wir nicht genau, wie der Staat reagieren wird.

Apropos Newrozdelegationen. Da gibt es ja nicht nur positive Erfahrungen. Was wollt Ihr beim Camp anders machen?

Einige von uns haben schon an Newrozdelegationen teilgenommen. Das Problem war, dass sich Leute aus den unterschiedlichsten politischen Spektren mit sehr unterschiedlichem Informationsstand meist erst vor Ort kennengelernt haben. Das führte dann oft zu Spannungen, die unter den gegebenen Umständen in Kurdistan – Krieg und Repression – nicht wirklich erst vor Ort ausdiskutiert werden können. Manchmal fehlte auch das Bewusstsein für die Gefährdungssituation, in die sich unsere kurdischen AnsprechpartnerInnen begeben haben. Um das zu vermeiden, wollen wir mit allen TeilnehmerInnen im Vorfeld Vorbereitungsseminare machen, in denen es sowohl um Wissensvermittlung geht, also über die kurdische Bewegung und Situation vor Ort, als auch um konkrete Verhaltensregeln. Ein anderer von den KurdInnen oft kritisierter Punkt ist auch, dass die Delegationsleute sich alles anschauen, Fragen stellen und man dann nie wieder etwas von ihnen hört. Ziel des Camps ist es daher auch, hier in Europa nachhaltig arbeitende solidarische Netzwerke aufzubauen.

In Kurdistan spricht kaum jemand Deutsch oder Englisch. Wie wollt ihr die Sprachbarriere knacken?

Ganz viele ÜbersetzerInnen mitbringen und hoffen, dass es vor Ort auch viele geben wird. Viele der kurdischen GenossInnen aus Europa werden an dem Camp ja leider nicht teilnehmen können, da sie nicht in die Türkei reisen können. Dennoch werden sicherlich einige mitkommen und auch übersetzen können, auch einige der deutschen GenossInnen können türkisch oder kurdisch. Offizielle Camp-Sprachen sollen Englisch, Türkisch und Kurdisch sein. Uns ist wichtig, dass nicht nur die Podiumsdiskussionen übersetzt werden, sondern auch bei informellen Gesprächen in Kleingruppen sich immer wieder jemand bereit erklärt zu übersetzen.

Last not least: Wann soll das Camp denn stattfinden? Wie ist der Stand der Vorbereitungen?

Das Camp wird voraussichtlich über den 1. Mai im nächsten Jahr stattfinden. Es gibt schon zahlreiche Interessierte aus unterschiedlichen europäischen Städten, etwa in der Schweiz, Österreich, Frankreich, England, Italien, Spanien und aus dem Baskenland. In Deutschland haben wir schon mehrere Informationsveranstaltungen zum Camp und zu Kurdistan gemacht etwa zur Geschichte der kurdischen Bewegung und zur Situation der kurdischen Frauen. Wir hoffen, durch den gesamten Vorbereitungsprozess, wozu auch Pressearbeit gehört, die Situation in Kurdistan wieder in den Blickpunkt der europäischen Öffentlichkeit zu rücken. Wichtig ist noch zu erwähnen, dieses Camp ist ein Anfang. Sinnvoll wäre, soweit es die Situation zulässt, eine Kontinuität herzustellen und perspektivisch weitere Camps und andere Aktionen zu veranstalten.

An wen kann man sich denn wenden, wenn man selbst Interesse an dem Camp hat?

amed.camp@so36.net
oder direkt an die kurdischen GenossInnen in Amed:
mesopotamyaforum@hotmail.com

Es wird auch bald eine Website geben. Aufgrund der Kriegssituation in Kurdistan sind die Vorbereitungsseminare übrigens Bedingung für alle TeilnehmerInnen. Die werden voraussichtlich im Februar oder März 2009 stattfinden. Daher sollten sich alle Interessierten rechtzeitig anmelden. ♦



Im Rahmen der Êdî bes e-Kampagne demonstrieren Kinder und Jugendliche für ihr Recht auf muttersprachlichen Unterricht Foto: DIHA

Seit November 1993: Betätigungsverbot für PKK

15 Jahre PKK-Verbot – eine Verfolgungsbilanz

Monika Morres und Günther Böhm, Azadî e.V., 16. Oktober 2008

1993 (26.11.): Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) verhängt ein Betätigungsverbot für die PKK, die ERNK und andere kurdische Vereine und Organisationen.
Begründung: Die PKK verfolge mit Gewalt ihre Ziele, verletze strafgesetzliche Bestimmungen und gefährde die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung sowie „andere erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland".
1997: Kanther gerät wegen seiner harten Linie gegen die PKK in die Kritik von Verfassungsschützern. Mehrere Landesbehörden sprechen sich dafür aus, eine Aufhebung des Parteiverbots zu erwägen, „sollte Abdullah Öcalan am Gewaltverzicht festhalten". Als Wortführer der Kanther-Gegner gilt NRW-Verfassungsschutzchef Fritz-Achim Baumann.
1998: Seit Januar schätzt die Bundesanwaltschaft die PKK-Führung in Deutschland nicht mehr als „Terroristische Vereinigung" ein („Tötungs- und Brandstiftungsdelikte, die als Voraussetzungen für eine Einstufung als terroristische Vereinigung gelten, sind der PKK-Führung nicht mehr nachzuweisen").
1999: Letzte große Welle von Aktionen in Folge der Öcalan-Entführung (15.2.1999) durch den türkischen Geheimdienst.
2000: „Ein Parteikongress billigt Anfang des Jahres die Vorgaben Öcalans und beschließt eine Neustrukturierung der PKK, die im Wege einer innerparteilichen Demokratisierung den neuen Kurs auch in der Organisation selbst abbilden soll. In der Türkei wie auch in den europäischen Staaten bemüht sich die PKK seither um Anerkennung als politische Gesprächspartnerin." (aus Verfassungsschutzbericht 2001)
2001 (vor dem 11.9.): In der Folge des Parteikongresses wird in der PKK und ihrem Umfeld eine ideologische Kampagne zur Neubewertung und -orientierung durchgeführt.
2001 (nach dem 11.9.): Die PKK wird auf Betreiben der USA dem Spektrum der terroristischen Organisationen zugerechnet, vor allem um sich der Türkei als Bündnispartner im „Kampf gegen den Terror" zu versichern. Die Auflösung von PKK und ERNK und die Neugründung von KADEK (April 2002) und *Kongra-Gel* (November 2003) mit demokratischem Programm und Verzicht auf das Ziel eines eigenen Staates ändert nichts daran. Der *Kongra-Gel* wird 2004 ebenfalls in die „EU-Terrorliste" aufgenommen – auf Betreiben der Türkei und der USA.
2006 (Januar): Die norwegische Regierung betrachtet die PKK als „legitime Organisation" und die EU-Terrorliste sowie die Eintragung der PKK als nicht bindend.
2008 (3. April): Der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* erklärt die Eintragung von PKK und *Kongra-Gel* in die EU-Terrorliste für ungültig. Trotzdem wird sie von den meisten Mitgliedstaaten des *Europarates* aufrechterhalten.
2008 (30. Mai): Unmittelbar vor dem USA-Besuch des türkischen Außenministers Ali Babacan setzt Präsident George W. Bush die PKK und den *Kongra-Gel* auf die Liste der wegen Drogenhandels zu verfolgenden Organisationen („Kingpin Act").

Strafverfolgung in Deutschland:

Die größte Zahl der Strafen (v. a. Geldstrafen) wurde gegen Sympathisanten wegen Verstoßes gegen § 20 Vereinsgesetz in der Folge der am 13.6.2001 begonnenen Identitätskampagne „Auch ich bin PKKler" verhängt.

Grundlage für die Strafverfolgung von PKK-Kadern nach Aufgabe des Terrorismus-Vorwurfs wurde das Konstrukt der Mitgliedschaft oder Rädelsführerschaft in einer „kriminellen Vereinigung" innerhalb der PKK (Straftaten nach § 129 StGB), das sich auf „vier Säulen" von sogenannten „Katalogtaten" stützte:

1. innerparteiliche Strafjustiz
2. „Heimatbüro" (Passfälschung und Schleusung)
3. Spendengelderpressung
4. „aktionistische Aktivitäten" (Hausbesetzungen, Brandstiftungen, Körperverletzungen, Straßenblockaden)

Da auch diese Vorwürfe immer seltener erhoben werden konnten und in den letzten Jahren praktisch ganz weggefallen sind, haben Bundesanwaltschaft (BAW) und Oberlandesgerichte begonnen, den Finanzbereich der Organisation neu in den Straftatenkatalog aufzunehmen und ihn in den Fokus der künftigen strafrechtlichen Verfolgung zu rücken. Dies offenbarte sich erstmals in dem § 129-Verfahren gegen Halil D. vor dem Oberlandesgericht (OLG) Celle, das mit dessen Verurteilung zu einer 3-jährigen Freiheitsstrafe am 11. Oktober 2006 zu Ende ging. Seitdem sind die Behörden eifrig darum bemüht, bereits das bloße Bitten um Spenden bzw. das Spendensammeln von Vereinsmitgliedern als „Aufforderung zu einer Straftat" zu werten, weil mit diesem Geld eine verbotene „kriminelle Vereinigung" (§ 129 StGB) unterstützt werde. Damit

kann so ziemlich jede Tätigkeit und Unterstützungshandlung unter dem Damoklesschwert der Strafverfolgung stehen und kurdische Aktivitäten weiter in die Illegalität gedrängt werden. Eine solche willkürliche Verschiebung auch des Rechtsrahmens ist im laufenden Jahr zu beobachten. Derzeit sind einige kurdische Aktivisten hiervon betroffen. Sie sind konfrontiert mit dem Vorwurf des Verdachts auf Unterstützung nach § 129 StGB und stehen – ungewöhnlich für derartige Verfahren – nicht vor einem Oberlandes-, sondern einem Landgericht. Es handelt sich bei den Angeklagten nicht etwa um PKK/KONGRA-GEL-Gebietsverantwortliche, deren Verfahren grundsätzlich vor Staatsschutzsenaten der Oberlandesgerichte geführt werden. Sollte sich die Oberstaatsanwaltschaft Koblenz mit ihrem 129-Konstrukt bei den Richtern durchsetzen, wäre dies ein böses Signal für alle politisch engagierten Kurd(inn)en. Schließlich bedeutet eine Verurteilung nach § 129 StGB im schlimmsten Falle eine Verurteilung zu Freiheits- oder zumindest zu hohen Geldstrafen. Eine solche Verschärfung zielt auf die kurdischen Strukturen, insbesondere aber darauf ab, die Menschen einzuschüchtern, sie zu demotivieren und davon abzuhalten, sich politisch in kurdischen Einrichtungen zu engagieren.

Aufgrund der Schwierigkeit der Geheimdienste, Informanten in die verbotenen Organisationen einzuschleusen, aus ihnen zu rekrutieren oder Gefangene zu Kronzeugen zu machen, waren und sind die wichtigsten Beweismittel zur Verfolgung nach § 129 stets durch TKÜ (Telekommunikations-Überwachung) zustande gekommene Gesprächsmitschnitte und -protokolle. Solche Maßnahmen können im Fall der PKK jedoch nur dann richterlich angeordnet werden, wenn ein begründeter Verdacht auf eine der „Katalogtaten“ nach § 100a Strafprozessordnung (Straftaten gegen die öffentliche Ordnung nach den §§ 129 bis 130) vorliegt. Verstöße gegen § 20 Vereinsgesetz gehören seit der Neufassung des Gesetzes vom 1.1.2008 nicht mehr dazu. Das ist der Grund, warum die Oberstaatsanwaltschaft Koblenz bei den Betroffenen einen Anfangsverdacht des § 129 StGB konstruiert hat. Einer der Verteidiger bezeichnet dieses Vorgehen als „willkürlich im Rechtssinn“. Er beantragt zudem die Vernichtung von rechtswidrig angefertigten Gedächtnisprotokollen bei der Überwachung von Gefangenenbesuchen und die Löschung der ebenfalls zu Unrecht vorgenommenen Telefonaufzeichnungen. Es bleibt abzuwarten, welche Entscheidungen die Richter der 12. Großen Strafkammer des Landgerichts fällen werden.

Ein weiterer Aspekt der Verfolgungspolitik hat in den letzten Jahren an Brisanz gewonnen. Im Windschatten des sogenannten internationalen Anti-Terror-Kampfes versucht die Türkei weiterhin, im Zuge von Auslieferungsverfahren die deutschen Strafverfolgungsbehörden in ein gemeinsames Vorgehen einzubeziehen. Diese Ersuchen stellen eine durchaus ernste Bedrohung dar.



Eine Systematik ist dabei nicht zu erkennen, doch handelt es sich in allen Fällen um prominente kurdische Politikerinnen und Politiker, aber auch Angehörige linker türkischer Organisationen, die in Deutschland pflichtschuldigst festgenommen werden, bisher jedoch wegen des Fehlens gerichtsverwertbaren Beweismaterials in allen Fällen wieder freigelassen werden mussten – ohne Entschädigung natürlich!

Das Einfallstor bildete die Auslieferung des wegen „öffentlichen Aufrufs zu einer Straftat“ im November 2000 vom OLG Düsseldorf zu vier Jahren Haft verurteilten türkischen Islamisten Metin Kaplan. Dem Ersuchen der türkischen Behörden wurde stattgegeben und Kaplan nach einer Odyssee von Verwaltungsgerichtsprozessen an die Türkei ausgeliefert, wo er kein rechtsstaatliches Verfahren erwarten konnte und wie erwartet zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurde. 2006 saß Kaplan weiterhin im F-Typ-Gefängnis von Tekirdağ ein. Am 15.10.2008 bestätigte ein türkisches Berufungsgericht die Verurteilung zu lebenslänglicher Haft.

Ein weiteres Einfallstor ist der gegenwärtig laufende Prozess vor dem OLG Stuttgart gegen angebliche Angehörige der türkischen Organisation DHKP-C. In ihm wird erstmals versucht, Straftaten nach § 129b (Mitgliedschaft in / Unterstützung einer kriminellen oder terroristischen Organisation im Ausland) zu verfolgen. Demnach dienten laut Staatsanwaltschaft Aktivitäten in Deutschland wie das Sammeln von Spendengeldern, das Organisieren von Veranstaltungen, die Mitgliedschaft in Vereinen oder der Besitz und die angebliche Verbreitung einer in der Türkei legalen Publikation dem Zweck, den bewaffneten Arm der DHKP-C in der Türkei zu unterstützen. Um diese Vorwürfe zu erhärten, hat sich die Anklage eines türkisch-deutschen Doppelagenten bedient, der gegenüber einem gerichtlich bestellten psychiatrischen Gutachter geäußert hat, ihm sei einer der Angeklagten als böser Geist erschienen. Nicht nur diese Windigkeit ist unglaublich: Das Gericht hatte gar den Leiter der Abteilung DHKP-C bei der Istanbuler Antiterroreinheit als Zeugen geladen, was von der Verteidigung erst einmal verhindert werden konnte, weil gegen diese Person zwei Klagen wegen Folterverdachts anhängig sind.

Die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte würden sich nicht scheuen, solche Verfahren nach § 129b auch gegen mutmaßliche PKK/*KONGRA-GEL*-Funktionäre einzuleiten.

Zweifellos war nicht nur das vom damaligen Bundesinnenminister Otto Schily verfügte Verbot der prokurdischen Zeitung „*Özgür Politika*“ vom September 2005 ein massiver Angriff auf die kurdischen Medien (am 18. Oktober musste das Verbot nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wieder aufgehoben werden), sondern weit mehr noch das am 13. Juni 2008 verfügte Ausstrahlungsverbot des in Dänemark ansässigen kurdischen TV-Senders *ROJ TV* und der Produktionsfirma VIKO in Wuppertal. Die im Jahre 2007 installierte sog. „Anti-PKK-Koordination“ zwischen den USA, der Türkei, Frankreich, Großbritannien und Deutschland dürfte für diese tief greifende Maßnahme verantwortlich gewesen sein.

Die letzten Jahre waren zudem geprägt von zahllosen Asylwiderrufsverfahren durch das *Bundesamt für* (!?) *Flüchtlinge und Migration*, das konstant behauptet, die Menschenrechtssituation in der Türkei habe erhebliche Fortschritte gemacht und es sei verantwortbar, Kurdinnen und Kurden wieder dorthin abzuschieben. Das Amt verwendet zudem in den Widerrufsbescheiden häufig die in Asylverfahren genannten Fluchtgründe wegen politischer Verfolgung, deretwegen Flüchtlinge anerkannt worden sind. Allen politischen kurdischen Gefangenen, die nach § 129 verurteilt wurden, ist der Asylstatus aberkannt worden.

Wegen politischer Aktivitäten – und sei es nur die Mitgliedschaft in einem kurdischen Verein, die Teilnahme an einer Demonstration oder der Besuch von Veranstaltungen – ist in den vergangenen Jahren zahlreichen Kurdinnen und Kurden eine beantragte Einbürgerung verweigert worden.

15 Jahre Verbotspraxis – das bedeutet unablässiges Unrecht und undemokratisches Vorgehen gegen eine große Bevölkerungsgruppe, die mitten unter uns lebt und arbeitet. Die bundesdeutsche Politik der Unterstützung türkischer Verleugnungsmentalität trägt mit dazu bei, dass die Probleme des seit Jahrzehnten schwelenden türkisch-kurdischen Konflikts nicht gelöst, sondern mit militärischen Mitteln fortgesetzt werden. Die vielfältigen Versuche der kurdischen Bewegung, mit friedenspolitischen Vorschlägen den Status quo zu durchbrechen, sind allesamt ausgeschlagen oder ignoriert worden.

Wir haben versucht, eine Chronologie dieser 15 Jahre zu erstellen, wobei wir betonen möchten, dass diese nur unvollständig sein kann. Aufgelistet haben wir politische Ereignisse in dieser Zeit, die Namen von über 100 politischen Gefangenen dokumentiert und Verhaftungen aufgrund von Auslieferungsersuchen registriert. Doch sind uns bei weitem nicht alle Ereignisse, Festnahmen, Durchsuchungen oder Verurteilungen bekannt. Die Dokumentation mag aber einen Eindruck davon vermitteln, was es bedeutet, sich als Kurdin oder Kurde in diesem Land zu organisieren und für die legitimen Rechte seines Volkes einzutreten.

Die Dokumentation wird voraussichtlich von der Azadî-Internet-Seite heruntergeladen werden oder als Broschüre angefordert werden können. ♦

Azadî e.V. – Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

Monatlich erscheint der *AZADÎ infodienst*. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den *infodienst* kostenlos. Herausgeber ist AZADÎ e.V. Der Verein ist als gemeinnützig und mildtätig anerkannt, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.
E-Mail: azadi@t-online.de

Neuerscheinung: Broschüre von Abdullah Öcalan

„Krieg und Frieden in Kurdistan“

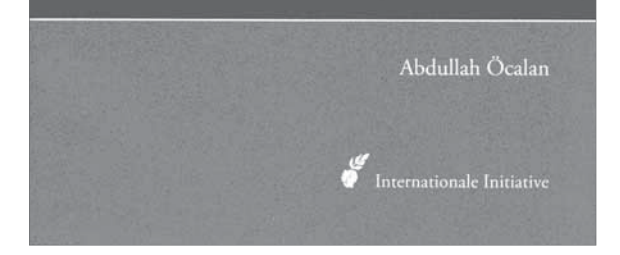
Waren bei kurdischen Demonstrationen früher meist ERNK- oder PKK-Fahnen zu beobachten, so sind seit dem Verbot der entsprechenden Symbole und der Verschleppung des PKK-Gründers Abdullah Öcalan in die Türkei häufig Fahnen mit seinem Konterfei zu sehen. Aus der Bildsymbolik erschließt sich jedoch nicht unmittelbar, wofür Öcalan eigentlich politisch steht. Die Lektüre seiner Schriften – in der türkischen Originalausgabe allesamt Bestseller – kann sich dabei durchaus zum mühsamen Unterfangen auswachsen. Teils sind sie unzureichend übersetzt, teils lang und anspruchsvoll und einige noch gar nicht auf Deutsch erschienen. Abhilfe könnte hier eine soeben erschienene Broschüre schaffen, die den Titel „Krieg und Frieden in Kurdistan“ trägt.

Auf 48 kleinformatigen Seiten sind die politischen Kernaussagen aus Öcalans Schriften der letzten Jahre versammelt. In schneller Folge werden die LeserInnen durch die ältere und neuere Geschichte Kurdistans, die Geschichte der PKK und einige strategische Diskussionen der letzten Jahre geführt. Die Kolonialismuskritik der PKK kommt genauso zur Sprache wie die Entstehung des Nationalismus in der Region. Die Auseinandersetzung der PKK mit ihrer Quasi-Staatlichkeit in den 1990er Jahren fehlt ebenso wenig wie eine selbstkritische Diskussion der Frage des Einsatzes von Gewalt.

Den eigentlichen Fokus des Textes stellen jedoch Öclans Lösungsvorschläge für den in jüngster Zeit wieder massiv intensivierten Konflikt dar. Der Katalog von Forderungen an den türkischen Staat ist lang, doch stellen viele der geforderten Rechte eigentlich Selbstverständlichkeiten wie das Recht auf Bildung in der Muttersprache dar, die jedoch die Türkei immer noch verweigert. „Radikale“ Forderungen wie kurdische Eigenstaatlichkeit sucht man dagegen vergeblich. Eher radikal oder auch utopisch erscheint da schon Öcalans Vision einer demokratisch-ökologischen Gesellschaft in Kurdistan, das er als Herz des Mittleren Ostens begreift. In wenigen Eckpunkten wird klar, dass mit „Konföderalismus“ keine staatlichen Strukturen gemeint sind, sondern eine demokratische Selbstorganisierung mit basisorientierten Rätestrukturen.

Natürlich können in der vorliegenden kurzen Darstellung nicht alle Themen Öcalans gleichermaßen zum Tragen kommen. Die sein Hauptwerk „Gilgameschs Erben“ prägenden Betrachtungen zur Geschichte der Zivilisation und der Religionen fehlen ebenso weitgehend wie Aussagen zur aktuellen Tagespolitik und eine ausführliche Diskussion der Situation in Südkurdistan und dem Irak. Umso klarer treten dafür die grundsätzliche politische Position des Autors und seine Lösungsvorschläge für die kurdische Frage hervor: Die kurdische Frage ist demnach in erster Linie eine Frage der Demokratisierung der sie betreffenden Staaten. Im Geist der Geschwisterlichkeit zwischen den Völkern der Region soll der Konflikt beigelegt werden, ohne eine Verschiebung der bestehenden Grenzen.

„Krieg und Frieden in Kurdistan“ eignet sich gleichermaßen für alle, die bereit sind, sich mit den aktuellen Positionen Öcalans auseinanderzusetzen und gegebenenfalls ihre lieb gewordenen (Vor-)Urteile zu korrigieren, als auch für diejenigen, die sich einen schnellen Überblick über die kurdische Geschichte und Gegenwart sowie die Positionen der kurdischen Bewegung verschaffen wollen. ♦



Die Broschüre ist kostenfrei / gegen Rückporto bei der *Informationsstelle Kurdistan* und bei der *Internationalen Initiative* zu bestellen, die auch als Herausgeberin fungiert.

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
E-mail: feykom@chello.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Wie frei ist die kurdische Sprache im EU-Kandidatenland Türkei?

Memo Şahin (Hg.)
Mit Beiträgen von Jutta Hermanns, Mustafa Akgün, Sabine Skubsch und Günay Aslan sowie mit einem Dokumentationsteil.

„Die UN-Generalversammlung hat das Jahr 2008 zum Internationalen Jahr der Sprachen erklärt. Es soll die Bedeutung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt hervorheben und mit weltweiten Projekten fördern. Die UNESCO ist die federführende Organisation im System der Vereinten Nationen für das Internationale Jahr der Sprachen.
Das zunehmende Verschwinden insbesondere kleiner Sprachen bedroht die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Die Sprache eines Volkes spiegelt das traditionelle Wissen über Umwelt und Kultur ihrer Träger wider. Der Untergang einer Sprache bedeutet damit auch den unwiederbringlichen Verlust dieses Wissens und dieser Kultur…
Im Rahmen des Internationalen Jahrs der Sprachen sind Regierungen, UN-Organisationen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Bildungs- und Kultureinrichtungen dazu eingeladen, ihre Aktivitäten zur Förderung und zum Schutz des Kulturgutes Sprache und insbesondere der bedrohten Sprachen auszubauen…
So steht es auf dem Papier der Weltorganisation. Die Praxis aber sieht z. B. in der Türkei ganz anders aus. In der Dokumentation sind einige Beispiele über den Stand der kurdischen Sprache im EU-Kandidatenland Türkei zusammengestellt. Auch im von den UN erklärten ‚Internationalen Jahr der Sprachen' dürfen etwa 20 Mio. KurdInnen von universellen Grundrechten, wie etwa freie Anwendung ihrer Muttersprache, keinen Gebrauch machen. Kurdisch sprechen wird geahndet und jedes Jahr werden Millionen von kurdischen Kindern nicht in ihrer Muttersprache, sondern in einer Fremdsprache eingeschult, d. h. sie sind einer beispiellosen Zwangassimilierung ausgesetzt. Ob dies ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt oder gar mit kulturellem Genozid bezeichnet werden darf, mögen die Politiker und Bürokraten in höheren Etagen der Weltpolitik beurteilen. Eines steht aber schon jetzt fest: Millionen von KurdInnen sind gegen die willkürlichen und beispiellosen Machenschaften des türkischen Staates aufgestanden und kämpfen mit allen möglichen demokratischen Mitteln für die Freiheit der kurdischen Sprache im Alltag, in der Schule und Öffentlichkeit.
Die UN, UNESCO, UNICEF und die EU sind eingeladen, ihrer Aufgabe gerecht zu werden und hierzu einen kleinen Beitrag zu leisten."
Zu Beziehen über Pro Humanitate, ISBN: 3-933884-11-X, pro-humanitate@t-online.de



ISSN 0935-5375